

Rentenpaket II begünstigt die Babyboomer

Bei Jüngeren überwiegen dagegen die Zusatzbeiträge, hat das Ifo-Institut berechnet

Die Stabilisierung der Rente ist eines der zentralen Vorhaben der Ampel-Koalition. Trotz der permanenten Streitereien zwischen SPD, FDP und Grünen ist Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) fest entschlossen, das sogenannte Rentenpaket II nach der Sommerpause auf den parlamentarischen Weg zu schicken. Die geplante langfristige Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent des Lohns sei „eine Frage des Anstands“, betont der Sozialdemokrat bei jeder Gelegenheit. Nicht nur die Rentner profitierten davon, sondern auch die Jüngeren, die den Großteil des Arbeitslebens noch vor sich hätten, versichert der Kanzler.

VON DOROTHEA SIEMS

Doch nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch führende Ökonomen sehen die junge Generation durch die geplante Änderung der Rentenformel stark benachteiligt. Der Wirtschaftsweisen Martin Werding spricht vom „Ende des fairen Generationenvertrags“. Aktuelle Berechnungen des Ifo-Instituts belegen, dass in der Tat das Rentenpaket ein üppiges Geschenk für die heutigen Ruhestandler sowie die rentennahen Jahrgänge darstellt. Das Maximum an Begünstigung wird danach bei einem Alter von 58 Jahren erreicht. Dagegen sind jüngere Erwerbstätige und vor allem die heutigen Kinder laut Studie die Verlierer der geplanten Änderung.

In den kommenden Jahren gehen die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer in den Ruhestand. Damit stehen immer mehr Rentner einer schrumpfenden Zahl an Erwerbstätigen gegenüber. Der sogenannte Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenformel sollte dafür sorgen, dass die finanziellen Folgen der Demografie gerecht auf Jung und Alt verteilt werden. Um den absehbaren stetigen Anstieg des Rentenbeitrags zu dämpfen, sollte das Rentenniveau – also die Rente im Verhältnis zum Lohn nach 45 Beitragsjahren – langsam absinken. Doch die von der Ampel angekündigte dauerhafte Stabilisierung des Rentenniveaus bedeutet nun das Aus für den Nachhaltigkeitsfaktor. Wenn in den kommenden Jahren auf immer mehr Rentner immer weniger Arbeitnehmer kommen, treibt der absehbare starke Anstieg der Rentenausgaben den Beitragsatz dann noch schneller in die Höhe.

Damit zahlen künftig nur noch die Jüngeren für die Alterung der Gesellschaft. Für sie wird die Schere zwischen Brutto- und Nettoeinkommen immer weiter auseinandergehen, zumal die Beitragsätze nicht nur für die Rente, sondern auch für Kranken- und Pflegeversicherung stark steigen werden. Weil das Netto-Rentenniveau (vor Steuern) auf dem heutigen Niveau von 48 Prozent stabilisiert wird, führen steigende Krankenkassen- und Pflegebeiträge in Zu-

kunft sogar automatisch zu noch höheren Rentenanpassungen, was wiederum die Erwerbstätigen finanziell belastet. Rasch steigende Sozialabgaben drohen damit in den kommenden Jahren zu einem immer größeren Standortnachteil zu werden. Denn Deutschland steht nach Angaben der Industrieländerorganisation OECD schon heute weltweit neben Belgien an der Spitze bei der Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeitnehmer.

Für den Ifo-Forscher Joachim Ragnitz marschiert die Bundesregierung mit ihrem Rentenpaket denn auch in die falsche Richtung: „Mit dieser Politik werden die ganz Jungen sehr stark belastet.“ Zwar profitieren laut der Rechnung auch sie im Alter vom garantierten Rentenniveau. Doch da die Jungen über ihre Erwerbsphase hinweg im Gegenzug deutlich mehr an Beiträgen zahlen müssen, ergibt sich unter dem Strich ein finanzieller Verlust. Für Kinder, die in diesem Jahr geboren werden, beträgt das Minus rund 6000 Euro pro Kopf. Zwölfjährige würden später als Ruhestandler zwar gegenüber dem Status quo bis zu ihrem Lebensende insgesamt rund 7500 Euro mehr aus der Rentenkasse erhalten. Doch müssten sie vorher gut 13.000 Euro zusätzlich an Beiträgen einzahlen. „Im Ergebnis zählen alle Kohorten, die jünger als 26 Jahre sind, zu den Verlierern der Rentenreform“, heißt es in der Ifo-Expertise.

Für alle Rentner wären die Folgen des Rentenpakets dagegen positiv. Denn für sie bedeutet die dauerhafte Haltelinie, dass die jährlichen Rentenanpassungen künftig höher ausfallen, als dies nach geltender Gesetzeslage der Fall wäre. Die höheren Beitragslasten spielen für sie hingegen keine Rolle. Noch besser sieht die Rechnung für die rentennahen Jahrgänge aus. Denn sie hätten bei einer Beibehaltung des Nachhaltigkeitsfaktors im Laufe ihres Ruhestands ein stetiges Absinken des Rentenniveaus verkraften müssen. Laut Bundesarbeitsministerium würde es nach jetziger Gesetzeslage bis 2035 auf 45,3 Prozent sinken.

Ökonom Ragnitz weist darauf hin, dass in Deutschland das Medianalter der Wähler bei 56 Jahren liegt. Damit stellen die zwischen 1956 und 1969 geborenen Babyboomer zusammen mit den Rentnern schon heute die Mehrheit. Olaf Scholz hatte im Wahlkampf für die Bundestagswahl 2021 mit seinem Versprechen, für „stabile Rente“ zu sorgen, erfolgreich bei älteren Wählern gepunktet. Bis dahin war die Generation der über 60-Jährigen in der Regel eine sichere Bank der Union. Doch bei der letzten Bundestagswahl holte die SPD bei den Älteren die Mehrheit – was Scholz die Kanzlerschaft sicherte. Dagegen votierten die Jungwähler zwischen 18 und 24 Jahren am häufigsten für die FDP und die Grünen. Diese Altersgruppe zahlt beim angekündigten Rentenpaket der Ampel-Koalition nun drauf.

Noch hat kein Cannabis-Club auf deutschem Boden die erste Ernte eingefahren, da gelten schon neue Regeln für den Umgang mit der Droge im Straßenverkehr. Wer mit 3,5 Nanogramm THC je Milliliter Blut am Steuer unterwegs ist, riskiert eine Strafe von 500 Euro und einen Monat Fahrverbot. Um das vorher zu berechnen, müsste man natürlich wissen, wieviel Milliliter Blut man eigentlich im Körper hat und was ein Nanogramm ist. Neuere Kfz sind mit einer Wegfahrsperre ausgerüstet. Bevor man losfahren kann, muss man einen tiefen Zug aus dem Airbag auf

der Fahrerseite nehmen. Die Bestimmungen gelten übrigens für den Genuss von Cannabis in jeder Form, ob als Joint, Keks, Öl, Marmorkuchen, Lasagne, Wirsingroulade mit Bulgurfüllung oder Riesenwindbeutel. Während ein E-Scooter nur im alkoholisierten Zustand bewegt werden darf, gelten für das Auto andere Regeln. Wenn man aber einen E-Scooter im Kiffer... äh, Kofferraum transportiert, dann muss der Fahrzeuglenker seinen Alkoholpegel erhöhen. Kiffen auf dem E-Scooter ist erlaubt, solange man beide Hände am Lenker und nicht an der Tüte hat.

**ZIPPERT
ZAPPT**



Wohl kaum ein Gotteshaus ist so umstritten: die Garnisonkirche in Potsdam. Sie diente dem Hofstaat des preußischen Königs und seiner Armee, 1933 inszenierten hier die Nazis den Schulterschluss mit dem alten Preußen. Im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigt und 1968 auf Beschluss der SED-Führung abgerissen, schien

das Ende der Kirche besiegelt. Doch nun ist zumindest ihr Turm wiederaufgebaut. „Lassen Sie uns zusammen daran arbeiten, dass dieser Ort etwas wird, was er über lange Strecken seiner Geschichte nicht war: ein Ort der Demokratie“ sagte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei der Einweihung. **Seite 16**

FDP will das Verbot von Eizellspenden kippen

Liberaler suchen fraktionsübergreifende Mehrheit. Union warnt vor Aufweichung ethischer Standards

Die FDP will im Bundestag eine fraktionsübergreifende Initiative zur Legalisierung von Eizellspenden starten. Ihr Ziel sei es, noch in dieser Wahlperiode die Legalisierung der Eizellspende zu beschließen, sagte die rechtspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Katrin Helling-Plahr, WELT. „Ich empfinde es als unerträglich, dass veraltete Argumente bis heute eine Gesetzeslage begründen, die es Menschen verwehrt, einander zu helfen“, so Helling-Plahr. „Frauen können sehr gut selbst darüber entscheiden, ob sie ihre Eizellen zur Verfügung stellen möchten und dadurch Paaren, die auf andere Weise keine Kinder zeugen können, ihren Kinderwunsch ermöglichen.“

VON SABINE MENKENS

In einem Brief an die Abgeordneten, über den die Deutsche Presseagentur als Erstes berichtete, wirbt Helling-Plahr um Mitstreiter für eine Gesetzesänderung. „Angesichts der ethischen Dimensionen, die mit der Eizellspende verbunden sind, ist eine fraktionsübergreifende Debatte der richtige Weg, über ein solches Gesetz zu entscheiden. Ich möchte Sie daher einladen, mit mir diese Debatte anzustößen und einen gemeinsamen Gruppenantrag zu erarbeiten“, schreibt Helling-Plahr. „So ergibt sich für uns die Chance, ein nicht mehr zeitgemäßes Verbot zu kippen, Paaren ihren Kinderwunsch zu ermöglichen und gleichzeitig hohen ethischen Standards gerecht zu werden.“

Auf eine Eizellspende sind vor allem Frauen angewiesen, die aufgrund ihres Alters oder aufgrund gesundheitlicher Probleme unfruchtbar sind. Sie können sich eine von ihrem Partner befruchtete Spendereizelle in die Gebärmutter einsetzen lassen. Bisher ist das nur im Ausland möglich. Deutschland ist laut FDP neben Luxemburg das einzige EU-Land, in dem die Eizellspende verboten ist.

Auch die Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin habe in ihrem Abschlussbericht festgestellt, dass das bestehende Verbot der Eizellspende in Deutschland nicht mehr begründet sei, so Hel-

ling-Plahr. Die von der Regierung eingesetzte Expertenkommission hatte in ihrem am 15. April vorgelegten Abschlussbericht festgehalten, die Begründung des 1990 im Embryonenschutzgesetz geregelten Verbots müsse heute „als überholt und nicht mehr überzeugend gelten“. Gegen die Übertragung einer gesunden Eizelle auf eine andere Frau war damals vor allem das Argument ins Feld geführt worden, dadurch entstehe eine „gespaltene Mutterschaft“. Die Kommission sprach sich hingegen für eine Neuordnung aus. „Ei-

ne Legalisierung der Eizellspende ist zulässig, sofern sie auf einer gesetzlichen Grundlage beruht, die insbesondere den notwendigen Schutz der Spenderinnen und das Kindeswohl gewährleistet“, heißt es in dem Bericht.

Verfassungsrechtlich und ethisch vertretbar sei zum einen die Spende von Eizellen, die Frauen ursprünglich für eigene Fortpflanzungszwecke entnommen wurden, als auch fremdnützige Eizellspenden, wenn die Frau freiwillig und selbstbestimmt eingewilligt hat und über Gesundheitsrisiken und

Belastungen aufgeklärt wurde. Zentral ist für die Kommission dabei, dass die so entstehenden Kinder das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung haben – also ähnlich wie beim Samenspenderegister Informations- und Auskunftsrechte über ihre biologische Mutter bekommen. Das setzt voraus, dass die Spende „offen“ erfolgt und nicht anonym. Darauf hebt auch Helling-Plahr in ihrem Plädoyer für eine verantwortungsvoll ausgestaltete Legalisierung der Eizellspende ab. „Ansonsten bleibt ihnen als Alternative oft nur eine Eizellspende im Ausland – wo wir als Gesetzgeber die Standards kaum mitbestimmen können und das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung oft nicht umgesetzt wird.“

Die Unionsfraktion kündigte an, eine eigene Position zum Vorstoß der FDP-Fraktion zur Legalisierung der Eizellspende in Deutschland zu erarbeiten. „Selbstverständlich befürworten wir die Fortpflanzungsmedizin, wenn sie den enormen Leidensdruck ungewollt kinderloser Menschen lindert, treten aber einer Erosion von Grundwerten entgegen“, sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dorothee Bär (CSU) WELT.

Parallel zu der von der Ampel eingesetzten Expertenkommission habe die Unionsfraktion ein eigenes Forum Bioethik einberufen. Dieses habe in vielen Fachgesprächen und Expertenanhörungen Möglichkeiten zur Modernisierung der Regeln zur Fortpflanzungsmedizin mit Blick auf die gesellschaftlichen Folgen kritisch beleuchtet, sagte Bär. „Auf Grundlage der Ergebnisse dieses Forums Bioethik erfolgt derzeit eine Meinungsbildung innerhalb der Fraktion. Dazu zählt auch die Frage, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen die Eizellspende in Deutschland legalisiert werden könnte.“ Klar sei dabei, dass Kinder ein Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung haben müssten, sagte Bär. „Für uns gilt: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wir achten und schützen sie in allen Lebensphasen.“ Eine zeitgemäße gesetzliche Regelung der Fortpflanzungsmedizin dürfe nicht zu einer Aufweichung ethisch-rechtlicher Schutzstandards in der Medizin- und Bioethik führen.

KOMMENTAR

Wunschkinder, trotz aller Bedenken

SABINE MENKENS

Es ist ein überfälliger Vorstoß, den die FDP jetzt in den Bundestag eingebracht hat. Mit einem interfraktionellen Gruppenantrag will sie die Eizellspende auch in Deutschland möglich machen – ein Verfahren, das unfruchtbaren Paaren zum ersehnten Nachwuchs verhelfen kann und in fast allen europäischen Ländern praktiziert wird. Menschen mit unerfülltem Kinderwunsch haben also auch heute bereits die Möglichkeit, sich in ausländischen Kliniken einer Behandlung mit gespendeten Eizellen zu unterziehen. Mit einem entscheidenden Unterschied: Teilweise ist das Verfahren streng anonym. Die Kinder, die aus einer solchen Kinderwunschbehandlung hervorgehen, sind biologisch mit ihrer Geburtsmutter verbunden, werden aber nicht erfahren, wer ihre genetische Mutter ist.

Wie verstörend das sein kann, weiß jeder, der sich schon einmal mit Menschen unterhalten hat, die durch eine anonyme Samenspende entstanden sind. Manche von ihnen empfinden zeitweilig eine Leerstelle, weil sie ihre genetischen Wurzeln

nicht kennen und nie eine Chance haben werden, alles über ihre Herkunft zu erfahren. Es war die Sorge vor einer „gespaltenen Mutterschaft“, die 1980 den Ausschlag für das Verbot der Eizellspende gegeben hat. Die „gespaltene Vaterschaft“ wurde hingegen nicht thematisiert.

Es ist daher ein Segen, dass 2018 endlich ein zentrales Samenspenderegister eingerichtet wurde, das Kindern das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung sichert. Im Gegenzug wird dem Samenspender zugesichert, dass er frei von Erb- und Unterhaltsansprüchen ist. Die gleichen Standards müssen auch für die Eizellspende gelten. Schon deshalb ist es geboten, das Verfahren in Deutschland zu erlauben.

Man kann darüber klagen, dass die Grenzen des Machbaren sich immer weiter verschieben, dass Politik den Fortschritten in der Fortpflanzungsmedizin zwangsläufig hinterherhinkt. Man kann sich aber auch darüber freuen, dass es hier um die Ermöglichung von Leben geht – um Wunschkinder.

sabine.menkens@welt.de

PLATZ DER REPUBLIK

ANNA SCHNEIDER



Fake News kann der Bürger schon selbst erkennen

Es gibt ziemlich viel, wovon der deutsche Bürger aus der Sicht nicht weniger Politiker beschützt werden muss, schließlich ist es eine finstere Welt. Insbesondere in Wahlkampf-, Kriegs- und von künstlicher Intelligenz durchsetzten Zeiten will man seine Schäferchen zumindest geistig im Trockenen wissen. Und wie der Zufall es will, muss man im Moment zwischen diesen drei Szenarien gar nicht wählen. Einmal mit alles bitte, ohne Klimawandel.

Das ist insofern praktisch, als es einen einzigen Gefahrenkennzeichnungsbegriff gibt, der sich über alle diese Themenbereiche legen lässt – den der Desinformation. Die Bedeutung dieses Schwammwortes variiert je nach Absender. Der Medienwissenschaftler Christian Hoffmann hat jüngst darauf hingewiesen, dass der öffentliche Diskurs in dieser Angelegenheit stark am Forschungsstand vorbeigehe. Das Thema Desinformation bekomme nicht zu wenig, sondern eher zu viel Aufmerksamkeit, sagt Hoffmann: „Wir wissen inzwischen, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger sehr wenig Fake News sehen. Und auch die Wirkungen von Fake News sind nach wie vor unklar. Insofern scheint mir, dass wir sehr viel Aufmerksamkeit richten auf ein Thema, das wir eigentlich noch wenig verstanden haben.“ Es gebe nur eine sehr kleine Minderheit von Bürgern, die relativ intensiv Fake News konsumieren und diese sogar gezielt suchen würden, die ihr Weltbild bestärken und bestätigen, so Hoffmann. „Die öffentliche Vorstellung, dass Bürgerinnen und Bürger im Netz unschuldig herumirren über Fake News stolpern und dadurch in die Irre geführt werden, können wir in den Daten überhaupt nicht feststellen.“ Es könnte also durchaus sein, dass Menschen auch im Jahr 2024 noch fähig sind, sich ihres Verstandes zu bedienen. Da schau her.

Donald Trump etwa lügt oft, das ist eine Tatsache, die jeder nachvollziehen kann, der die Kunst des Googelns beherrscht. Doch warum sollte man das als potenzieller Wähler – oder als Beobachter aus Deutschland – nicht auch genau so zu Gesicht bekommen? Wäre sehr hilfreich für die eigene Urteilsbildung, so unter Erwachsenen. Einmal ganz abgesehen davon, dass Lügen von der Meinungsfreiheit gedeckt sind, da sich das Grundgesetz herzlich wenig für etwaige Desinformations-Kategorisierungen interessiert. Lügen sind legal, sofern sie nicht gegen das Strafgesetzbuch verstoßen, genauso wie hirnrissige Meinungen oder Verschwörungstheorien. Doch das scheint zunehmend in Vergessenheit zu geraten.

Und daran wiederum hat Innenministerin Nancy Faeser einen ziemlich großen Anteil, scheint sie in jüngster Zeit doch tatsächlich zu glauben, im geheiligten „Kampf gegen rechts“ – der wohl eher „Kampf gegen die (Meinungs-)Freiheit“ heißen müsste – die Pressefreiheit ad acta legen zu können. Besonders spannend ist das alles, wenn man sich daran erinnert, dass das Ampel-Regierungsprogramm den Untertitel „Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ trägt. Hat jemand Fake News gesagt?

IMPRESSUM Verleger AXEL SPRINGER (1985*)

Herausgeber: Stefan Aust
 Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt
 Stellvertreter des Chefredakteurs:
 Oliver Michalsky
 Chefredakteure in der Welt-Gruppe:
 Dr. Jan Philipp Burgard, Jennifer Wilton;
 Dr. Jacques Schuster (Mitglied der
 Chefredaktion) Stv. Chefredakteur:
 Robin Alexander Geschäftsführender
 Redakteur: Thomas Exner Redaktions-
 leiter Digital: Stefan Frommann Leitung
 Editionsteam: Christian Gaertner
 Creative Director: Cornelius Tittel
 Artredaktion: Juliane Schwarzenberg
 Politik: Claudia Kade Forum: Eva Marie
 Kogel Investigation/Reportage: Tim
 Röhn Außenpolitik: Klaus Geiger,
 Caroline Turzer Wirtschaft und Geld:
 Jan Dams, Olaf Gersemann, Thomas
 Exner (Senior Editor) Feuilleton:
 Dr. Mara Delius, Andreas Rosenfelder
 Stil/Reise/Leben: Heiko Zwiener Sport:
 Matthias Brügelmann Wissen: Edda
 Gabrar, Sonja Kastilan Nachrichten/
 Gesellschaft: Leonhard Landes, Robert-
 Christian Tannenber Community/
 Social: Franziska Zimmerer Cvd/
 Produktion: Patricia Plate Foto: Stefan
 A. Runne Infografik: Karin Sturm
 Chefoökonomin: Dr. Dorothea Siems
 Auslandskorrespondenten: Athen:
 Carolina Drüten Brüssel: Dr. Christoph
 Schiltz Kapstadt: Christian Putsch
 London: Mandoline Rutkowski Marra-
 kesch: Alfred Hackensberger Moskau:
 Pavel Lokshin New York: Hannes Stein
 Paris: Martina Meister Tel Aviv: Christi-
 ne Kensch Warschau: Philipp Fritz
 Washington: Stefanie Bolzen Ständige
 Mitarbeit: Prof. Michael Stürmer
 Autoren: Henryk M. Broder,
 Peter Huth, Alan Posener, Hans Zippert
 WELT kooperiert mit „El Pais“
 (Spanien), „Gazeta Wyborcza“ (Polen),
 „La Repubblica“ (Italien), „Le Figaro“
 (Frankreich), „Le Soir“ (Belgien),
 „Tages-Anzeiger“ und „Tribune de
 Geneve“ (beide Schweiz)

Verantwortlich im Sinne des Pressege-
 setzes: Seite 1/Auf einen Blick: Christian
 Gaertner Deutschland: Jennifer Wilton
 Ausland: Jennifer Wilton Forum: Eva
 Marie Kogel Reisen: Sönke Krüger
 Wirtschaft und Geld: Olaf Gersemann
 Sport: Matthias Brügelmann
 Feuilleton: Dr. Mara Delius
 Alle: c/o Axel Springer Deutschland
 GmbH, Axel-Springer-Straße 65, 10888

THEMA DES TAGES

Warmlaufen für die Kanzlerkandidatur

Im Thüringer Wahlkampf distanziert sich CDU-Chef Friedrich Merz scharf von Grünen und AfD. Seine Grundbotschaft: eine Umkehr in der Wirtschaftspolitik

Es wird auf den ersten Blick deutlich an diesem lauen Sommerabend auf dem Hof eines Erfurter Autohauses: CDU-Wahlkampfveranstaltungen werden auch im Jahr 2024 von Männern dominiert. Sie stellen hier nicht nur die übermächtige Mehrheit der gut 500 Kundgebungsteilnehmer. Sie sind auch die Einzigen, die etwas zu sagen haben. Begrüßung, Vorrede eins, Vorrede zwei, Hauptredner eins, Hauptredner zwei, alle männlich. Immerhin: Zwei von vier Erfurter Direktkandidaten sind weiblich. Der Hausherr, Autohändler Helmut Peter, hat Bier und Bratwurst für alle besorgt. Dazu natürlich Gehacktes-Brötchen – nicht Mettbrötchen.

VON ULRICH EXNER
 AUS ERFURT

Die sind seit dem Duell bei WELT TV zwischen den Thüringer Spitzenkandidaten von CDU und AfD, Mario Voigt und Björn Höcke, sowie dem darin enthaltenen Disput über die richtige Bezeichnung für durchgedrehtes oder eben auch gehacktes Schweinefleisch so etwas wie die Wahrzeichen des CDU-Landtagswahlkampfes geworden. Sie finden auch an diesem Mittwochabend in Erfurt reißenden Absatz. Dazu werden grüne Gewürzgurken gereicht, die allerdings keine politische Botschaft enthalten. Sie gehören in Thüringen zu Gehacktes-Brötchen wie der Senf zur Bratwurst. Vegetarisches, Veganes, das übliche Grünzeug sucht man hier dagegen vergeblich – und das wiederum darf durchaus als politisches Signal gewertet werden.

CDU-Chef Friedrich Merz lässt bei den zwei Auftritten, die er an diesem Mittwoch im Landtagswahlkampf absolviert, keinen Zweifel daran aufkommen, dass er die Grünen weiterhin als politischen „Hauptgegner“ und keineswegs als potenziellen Koalitionspartner im Bund sieht. Die Partei, sagt Merz in Erfurt, verkörpere aus seiner Sicht eine Politik der „Bevormundung durch einen übergriffigen Staat“. „Sie machen das Gegenteil von dem, was wir eigentlich erreichen müssten.“

Die Wirtschaftspolitik der Grünen – so ähnlich hat es der 68-jährige Christdemokrat schon ein paar Stunden zuvor im nordthüringischen Nordhausen formuliert – „gefährdet unseren Standort, die gefährdet unsere Unternehmen, und die gefährdet den Wohlstand unseres ganzen Landes. Wir können es nicht zulassen, dass grüne Ideologen weiter dieses Land vor die Wand fahren und die Volkswirtschaft ruinieren. Das müssen und das wollen und das werden wir beenden.“

Eine Umkehr in der Wirtschaftspolitik sei „die Grundbotschaft“, „die Grundüberzeugung“, mit der die Union im kommenden Jahr in den Bundestagswahlkampf ziehen werde. Mit einer vorgezogenen Neuwahl rechne er nicht, sagt Merz, weil alle drei Ampel-Parteien dabei nur verlieren könnten: die SPD das Kanzleramt, die Grünen die Regierungsbeteiligung, die FDP ihre parlamentarische Existenz. Wer mag, kann aus diesem prognostizierten Zieleinlauf herauslesen, dass der CDU-Chef damit rechnet, dass Union und SPD die nächste Bundesregierung stellen werden.

Es gibt viel Applaus und Zustimmung für Friedrich Merz in Erfurt und Nordhausen,



wo die allermeisten der ihm durchgängig sehr gewogenen Zuhörer ihn als quasi „natürlichen“ Kanzlerkandidaten der Union loben. Als einen Politiker, der „das Staatsmännische in sich trägt“. Der ein „Kontrastprogramm“ zu CSU-Chef Markus Söder darstelle und trotz der möglichen, hier aber als nicht restlos seriös eingestuften Konkurrenz aus Bayern „auf jeden Fall Kanzlerkandidat“ werden müsse. „Ja, ja, ja“ – so lautet die grobe Zusammenfassung des Stimmungsbilds zu der Frage, ob Merz Kanzlerkandidat werden solle. Nur die wenigen Zuhörerinnen äußern sich skeptischer, zögerlicher, wenn sie von WELT nach Merz' Ambition gefragt werden. Andere verzichten ganz darauf, Stellung zu beziehen. Diplomatie ist womöglich eher weiblich in diesen Tagen. Immerhin hat Merz Marion Rosin, Direktkandidatin der Gothaer CDU bei der Landtagswahl am 1. September, überzeugt: „Ich denke, dass er

ein gutes Angebot für die Wähler sein wird bei der Bundestagswahl.“ Schärfer als die Abgrenzung gegenüber den Grünen fällt in Merz' Wahlkampfreden nur noch die Grenzziehung gegenüber der AfD aus. Mit dieser Partei, das gibt der CDU-Vorsitzende in Erfurt wie in Nordhausen zu Protokoll, werde es garantiert keine Zusammenarbeit geben. „Das Wort gilt. Wir werden es nicht tun.“ Brandmauer zur AfD, größtmögliche Distanz zu den Grünen – das sind die beiden klaren Botschaften, mit denen CDU-Chef Merz aus dem Urlaub gekommen ist.

Hinzu kommt eine ebenfalls deutlich ausgesprochene, innerparteiliche Abgrenzung gegenüber der Migrations-Politik der ehemaligen CDU-Bundeskanzlerin und Merz-Rivalin Angela Merkel. In Erfurt klingt das so: „Wir haben unsere Asyl- und Einwanderungspolitik korrigiert. Wir wissen, dass wir so nicht weitermachen konnten. Und wir sa-

INNENPOLITIK

GRÜNE

Offen für Koalition mit Union

Trotz des erneuten Streits um den Bundeshaushalt vor einer Woche wollen SPD, Grüne und FDP weiter regieren. Hoffnung, dass die Ampel-Koalition noch einmal die Kurve bekommt, haben die Grünen aber offenbar nicht mehr. Sie zeigen sich schon jetzt, 13 Monate vor der Bundestagswahl, offen für ein Bündnis mit CDU und CSU. „Für uns ist klar: So geht es in einer künftigen Regierung nicht weiter“, sagte Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge der „Süddeutschen Zeitung“. „Wir werden sehr genau prüfen, welche Koalition wir nach der nächsten Bundestagswahl eingehen.“ Für eine Regierungsbeteiligung stellte Dröge die Forderungen auf, „dass die Partner respektvoll, vertrauensvoll, verbindlich und kollegial“ miteinander umgehen. „Wir schließen damit niemanden aus“, sagte Dröge. „Das kann auch bei der FDP und SPD erfüllt sein. Aber es sind auch andere Konstellationen und Koalitionen denkbar – auch mit der CDU.“ Grünen-Chef Omid Nouripour hält ebenfalls ein Bündnis mit der Union für möglich. Auf Ablehnung stoßen solche Überlegungen bei Markus Söder. „Das Anbiedere der Grünen an die Union ist schlichtweg peinlich“, zitierte „Bild“ den CSU-Chef.

ABSURDE BÜROKRATIE

Schulausbau wird zum Problem

Von 2026 an haben Grundschüler Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz. Um sich darauf vorzubereiten, nutzte der Bürgermeister von Gellersen (Niedersachsen) Fördermittel des Bundes, um eine Schule auszubauen. Doch wegen geringen Zeitverzugs soll der Gemeindeverbund mehr als 1,2 Millionen Euro zurückzahlen. Die Union rüht einen „Schilddrüsenkrebs“ der Ampel. Über den Fall lesen Sie auf Seite 4.

AFD-WAHLPARTY

Landgericht gibt WELT Recht

Die AfD Thüringen muss Journalisten mehrerer klagender Medien, darunter WELT, im gleichen Umfang wie anderen Medienvertretern Zugang zu einer Wahlveranstaltung am Abend der Landtagswahl am 1. September gewähren. Dies hat das Landgericht Erfurt nach einem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung der Medien am Mittwoch beschlossen. Die Thüringer AfD hatte Reportern von WELT Print/Digital, „Spiegel“, „taz“ und der ebenfalls bei Axel Springer erscheinenden „Bild“ eine Akkreditierung ver-

wehrt. In allen Fällen handelt es sich um Politikredakteure, die innerhalb ihrer Redaktionen für die Berichterstattung über die AfD zuständig sind. Die Medienhäuser hatten sich gegen ihren Ausschluss gewehrt, da andere Medien bei der für die öffentliche Information bedeutsamen Veranstaltung zugelassen wurden und so Grund zur Sorge um mediale Gleichbehandlung und eine Einschränkung der Pressefreiheit bestand. Der Beschluss des Erfurter Landgerichts ist nicht rechtskräftig. Die AfD kann Widerspruch einlegen.

NACH LANDTAGSWAHLEN

Wagenknecht will mitbestimmen

BSW-Gründerin Sahra Wagenknecht will Medienberichten zufolge auf mögliche Koalitionsverhandlungen nach den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen persönlich Einfluss nehmen. Sie werde nach den Wahlen mit am Tisch sitzen, kündigte Wagenknecht demnach im Gespräch mit dem „Spiegel“ an. „Wenn in Sachsen und Thüringen verhandelt wird, werden wir diese Gespräche in enger Abstimmung mit unseren Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten führen, und natürlich werde ich mich auch persönlich einbringen“, sagte die BSW-Gründerin.

AUSSENPOLITIK

VIZEPRÄSIDENTEN-KANDIDAT WALZ

„Die Ehre meines Lebens“

Die Kandidatur für das Amt des US-Vizepräsidenten ist nach Aussage des Demokraten Tim Walz die Ehre seines Lebens. Das sagte der Gouverneur des US-Bundesstaats Minnesota auf dem Parteitag der Demokraten in Chicago bei der feierlichen Annahme seiner Nominierung. Walz tritt bei der Wahl am 5. November als Vize von Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris an. Der 60-Jährige fokussierte sich in seiner Rede auf soziale Themen und betonte die Bedeutung der Freiheit. Mehr zum Walz-Auftritt finden Sie auf Seite 5.

UKRAINE-KRIEG

Russland: Angriff abgewehrt

Russisches Militär hat nach eigenen Angaben einen Einfall ukrainischer Truppen in eine weitere Grenzregion vereitelt. Der Gouverneur der Region Brjansk, Alexander Bogomas, erklärte, russische Grenztruppen und Militäreinheiten hätten am Mittwoch das Vordringen eines ukrainischen Aufklärungs- und Sabotageteams verhindert. Brjansk liegt nordwestlich der Region Kursk, in die vor zwei Wochen überraschend ukrainische Truppen einmarschiert waren. In

Kursk wurden nach Angaben der Behörden unterdessen Beton-Fertigbunker zum Schutz der Bevölkerung aufgestellt. Präsident Wolodymyr Selenskyj besuchte die Region Sumy, von der aus ukrainische Truppen nach Russland vorgedrungen waren. Selenskyj betonte, seit der Kursk-Offensive hätten die Angriffe auf Sumy und die Zahl der dort getöteten Zivilisten abgenommen. Wie der ukrainische Präsident Indien auf seine Seite ziehen will, erfahren Sie auf Seite 5.

SIEDLER-GEWALT

Israel nimmt vier Verdächtige fest

Die israelischen Sicherheitsbehörden haben nach dem jüngsten Vorfall extremistischer Siedler-Gewalt im Westjordanland vier Verdächtige festgenommen. Der Inlandsgeheimdienst Shin Bet und die Polizei hätten drei Erwachsene und einen Minderjährigen festgenommen, hieß es in einer Erklärung beider Behörden mit Blick auf die „schweren Ausschreitungen am 15. August im Dorf Dschit“. Sie würden „mehrerer terroristischer Handlungen gegen Palästinenser“ verdächtigt. Gegen die vier mutmaßlich daran Beteiligten sei eine Untersuchung eingeleitet worden. Dutzende bewaffnete jüdische Siedler waren kürzlich in die Ortschaft Dschit im besetzten Westjordanland eingedrungen und hatten Häuser und Autos in Brand gesetzt. Laut palästinensischem Gesundheitsministerium wurde ein Mensch getötet und ein weiterer schwer verletzt. Der Angriff wurde in Israel und international scharf verurteilt. Über eine mögliche Waffenruhe im Gaza-Krieg lesen Sie auf Seite 6.

DIE GUTE NACHRICHT

LEIPZIG

Drei-Religionen-Schule kommt

Kinder christlichen, muslimischen und jüdischen Glaubens sollen in Leipzig erstmals unter einem Dach lernen können. Der Stadtrat stimmte mit großer Mehrheit einer Beschlussvorlage zu einer Drei-Religionen-Schule zu. Demnach könnte die „Abrahamitische Schule“ schon 2026 an den Start gehen. Der Name sei gewählt worden, weil Abraham der Stammvater der drei Religionen sei und von allen akzeptiert werde. An der Erarbeitung des Schulkonzeptes sollen die Israelitische Religionsgemeinschaft, der Verein Forum Dialog Mitteldeutschland, die Bistümer Dresden-Meißen und Magdeburg sowie die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens beteiligt werden. Die Stadt Leipzig unterstützt das Vorhaben. Jetzt muss jedoch erst einmal ein passendes Gebäude gefunden werden.



Gute Laune in Erfurt: Thüringens CDU-Spitzenkandidat Mario Voigt (l.) und der Bundesvorsitzende Friedrich Merz

gen zu der Bundesregierung, die versucht, es immer noch weiterzumachen, insbesondere zu den Grünen: Es geht so nicht weiter.“

Deutschland sei ein „ausländerfreundliches Land“, betont der CDU-Chef. „Aber wir wissen gleichzeitig, dass wir nur in begrenzter Zahl Asylbewerber und Einwanderer aufnehmen können.“ Deutschland brauche deshalb „Grenzkontrollen, nicht nur während der Europameisterschaft“, sowie „Zurückweisungen an den Grenzen“ für diejenigen, die keine Chance hätten, dauerhaft aufgenommen zu werden. Es gibt Applaus für diese zweite programmatische Grundbotschaft des CDU-Vorsitzenden. Bei der dritten fällt die Zustimmung zumindest der ostdeutschen CDU-Anhänger nicht ganz so einstimmig aus.

Den Krieg Russlands, die deutsche Unterstützung der Ukraine, eines der umstrittensten Themen des ostdeutschen Land-

tagswahlkampfs, umgeht Merz bei seinen Auftritten in Sachsen und Thüringen weiträumig. Nur im Verlauf einer kleinen Frageunde im Anschluss an seine Rede in Nordhausen kommt er um ein zurückhaltend vortragenes Plädoyer („In der Sache kann man das für richtig halten“) für die Stationierung neuer US-Raketen in Deutschland nicht herum.

Deutlich entschiedener plädiert der Christdemokrat dagegen dafür „dass Deutschland wieder Führungsverantwortung in Europa“ übernehmen müsse. Was nur möglich sei, wenn die Bundesrepublik „innenpolitisch wieder handlungsfähig“ werde. Er sei jedenfalls fest entschlossen, sagt Merz, „dass wir Deutschland wieder auf Kurs bringen, dass wir dieses Land wieder nach vorne bringen und dass wir vor allem dafür sorgen, dass diese ganzen Schreihälse von ganz links und ganz rechts in unserem Land keine Chance haben, die Geschicke der Bundesrepublik Deutschland zu bestimmen. Dafür stehen wir. Das ist unsere nahezu historische Aufgabe.“

Es steht offiziell noch nicht fest, ob CDU und CSU mit Friedrich Merz als Kanzlerkandidat in diese von ihm skizzierte politische Auseinandersetzung zieht. Er selbst lässt bei seinen Auftritten im Osten allerdings wenig Zweifel daran aufkommen. Auch innerhalb der Parteiführung ist der Satz „Wenn er es will, dann wird er es“ mittlerweile Standard, gelegentlich gepaart mit dem Hinweis auf die existenzielle Bedeutung, die das Gelingen der nächsten Unionskanzlerschaft für Partei und Demokratie habe. „Es ist unser letzter Schuss, der muss sitzen“, ist eine Formulierung, die gerade Karriere macht in der CDU-Führung. Soll heißen: Wenn eine unionsgeführte Regierung es künftig nicht besser macht als die jetzt amtierende Ampel-Koalition, dann würde die Christdemokratie, dann würde auch die parlamentarische Demokratie in Deutschland insgesamt erheblichen Schaden nehmen. Viel höher kann man die Latte kaum legen für den nächsten Kanzlerkandidaten von CDU und CSU.

Noch etwas fällt auf zwischen Bratwurst, Bier und Gehacktem: Merz sucht in diesen Selfie-Zeiten nicht von sich aus die Nähe seiner potenziellen Wähler. Erfolgreiche Unions-Wahlkämpfer wie Hendrik Wüst aus NRW, Daniel Günther aus Schleswig-Holstein oder auch Söder aus Bayern kürzten zuletzt ihre Reden ein, nahmen sich bei ihren Veranstaltungen mehr Zeit für direkte Gespräch und Handy-Fotos. Merz hingegen verzichtet darauf, sich länger als unbedingt nötig unter seine Zuhörer zu mischen. Ein kurzes Bier am Stand, ein kurzes Gespräch mit den Mitgliedern einer Blaskapelle – dann sitzt Merz auch schon wieder im Auto.

MEYER WERFT

Scholz sichert Hilfe zu

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat der kriselnden Meyer Werft staatliche Unterstützung zugesichert. Es sei für ihn nie eine Frage gewesen, „ob wir der Meyer Werft in dieser Lage helfen, sondern nur die Frage wie“, sagte er auf einer Betriebsversammlung in Papenburg. Es gebe aber noch „ein bisschen Detailarbeit“ zu tun. Scholz verwies auf die nötige Zustimmung des Bundestages und der EU-Kommission. „Der Bund trägt seinen Teil zur Lösung bei“, versicherte der Kanzler. „Und wenn alle anderen mitziehen – was ich erwarte – dann kriegen wir die Sache auch hin“. Auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) erklärte, eine Lösung sei „in greifbarer Nähe“.

KALIFORNISCHE MEDIEN

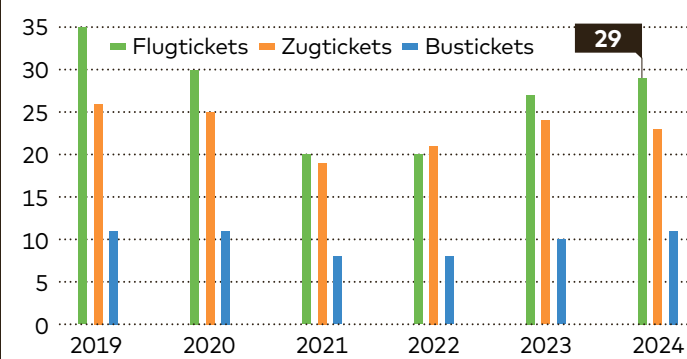
Google zahlt 250 Millionen Dollar

Google hat mit der Zusage von Millionenzahlungen ein Gesetz im US-Bundesstaat Kalifornien abgewendet, das Abgaben von Internet-Konzernen an lokale Medienunternehmen vorschreiben sollte. Mit der Vereinbarung sollen in den kommenden fünf Jahren nahezu 250 Millionen Dollar (224 Millionen Euro) in den Journalismus investiert werden, wie die Initiatorin des Gesetzes, die kalifornische Abgeordnete Buffy Wicks, mitteilte. Das Geld soll nicht nur von Google, sondern auch vom Bundesstaat kommen. Die Gesetzesinitiative war Gesetzen in Kanada und Australien nachempfunden. Vor allem Regionalmedien in den USA haben mit sinkenden Anzeigenerlösen zu kämpfen.

FERNREISEN

Fliegen immer noch vorn

Anteil der Befragten, die diese Fernverkehrstickets in den letzten 12 Monaten gebucht haben, Angaben in Prozent



Basis: 2100–6000 Befragte (18–64 Jahre) in Deutschland je Erhebungswelle; Quelle: Statista

WELT

KFZ-VERSICHERUNG

Millionen werden neu eingestuft

Für rund 4,7 Millionen Autobesitzer könnte die Kfz-Haftpflichtversicherung im kommenden Jahr teurer werden – ihre Bezirke wurden in eine schlechtere Regionalklasse eingestuft. Ebenfalls 4,7 Millionen Autofahrer profitieren dagegen von besseren Regionalklassen, erklärte der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV). Für einen Großteil der Versicherten, rund 33 Millionen, ändert sich bei der Regionalklasseneinstufung nichts. Die Regionalklassen spiegeln die Schadenbilanz der 43 deutschen Zulassungsbezirke wider.

TAG AN DER BÖRSE

Dax im Plus

Auch schlechtere Konjunkturdaten konnten nicht verhindern, dass die Börsen in Europa ins Plus drehten. Der jüngste S&P-Einkaufsmanager-Index zeigt für Deutschland eine vertiefte Rezession an. Der Deutsche Aktienindex (Dax) notiert dennoch am Donnerstagnachmittag im Plus. Der Dax legte 0,2 Prozent auf 18.490 Zähler zu. Vielleicht bestehe die Hoffnung, dass bessere Konjunkturdaten aus der Euro-Zone auch Deutschland beflügeln. Weitere Aktienkurse finden Sie auf Seite 9.

SPORT

BUNDESLIGA

Für Alonso ist Bayern Favorit

Trotz einer großartigen Saison mit dem Gewinn des Doubles sieht Trainer Xabi Alonso Bayer Leverkusen nicht als Favorit auf den Meistertitel. „Das bedeutet überhaupt nichts. Wir haben keine Favoritenrolle. Die hat für mich der FC Bayern München“, sagte der ehemalige Bayern-Profi vor dem Bundesliga-Auftaktspiel heute bei Borussia Mönchengladbach (20.30 Uhr/DAZN und Sat.1). Alles über die neue Bundesliga-Saison lesen Sie auf Seite 13.

FRANZ BECKENBAUER

Posthume Ehrung

Fußball-Ikone Franz Beckenbauer wird posthum für seine Vita ausgezeichnet. Der Anfang Januar verstorbene Sportler erhält von „Sport Bild“ einen Award für das Lebenswerk. Bei der Verleihung im Rahmen einer Gala am kommenden Montag in Hamburg wird seine Witwe Heidi Beckenbauer den Preis entgegennehmen. Beckenbauer – Weltmeister als Spieler und Trainer, Europameister, mehrmaliger deutscher Meister und einer der größten Fußballer der Historie – war am 7. Januar im Alter von 78 Jahren gestorben. Bei der Sportler-Gala erhält zudem Darja Varfolomeev, Olympiasiegerin in der rhythmischen Sportgymnastik, einen Preis als „Star des Jahres“. Die Veranstalter erwarten mehr als 600 Gäste aus der Sportwelt zu der Veranstaltung in der Hamburger Fischauktionshalle.

FREE THEM NOW

Die Geiseln der Hamas

321 Tage werden die beim Angriff der islamistischen Terroristen am 7. Oktober 2023 verschleppten Menschen schon gefangen gehalten.



KULTUR UND GESELLSCHAFT

KINOS

Weniger Tickets verkauft

Die Kinos in Deutschland haben in der ersten Jahreshälfte weniger Menschen vor die Leinwand gelockt. In den ersten sechs Monaten wurden rund 41,9 Millionen Tickets verkauft, wie die Filmförderungsanstalt (FFA) errechnete. Das seien 7,3 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. 2023 waren es in der ersten Jahreshälfte rund 45,2 Millionen verkaufte Kinokarten. „Die positive Überraschung ist im Gegensatz zum ersten Halbjahr 2023 diesmal leider ausgeblieben“, sagte FFA-Vorstand Peter Dinges. Der Rückgang bei den Tickets sei aber mit Blick auf die Folgen des Hollywoodstreiks erwartbar gewesen. Ganz oben an den deutschen Kinokassen stand bei Besuchern der zweite Teil des Science-Fiction-Epos „Dune: Part Two“ – mit mehr als 3,1 Millionen verkauften Tickets. Dahinter folgte die Komödie „Chantal im Märchenland“ (rund 2,7 Millionen Tickets).

HAMBURG

Schauspielhaus ausgezeichnet

Das Deutsche Schauspielhaus in Hamburg unter der Leitung von Karin Beier ist zum Theater des Jahres gewählt worden. Zu diesem Ergebnis kommt die Zeitschrift „Theater heute“ in ihrem Jahrbuch. An der jährlichen Umfrage mit mehreren Kategorien zu den Höhepunkten der Saison beteiligten sich 46 Kritiker. Beier hatte in der Spielzeit 2013/14 die Intendanz des Hauses übernommen. „Sie überrollte Hamburg mit Kunst“, schrieb die Zeitschrift dazu. Im Spielplan 2023/24 komme das Haus inhaltlich zu sich selbst. „Hier schließt sich ein Kreis, thematisch, dramaturgisch.“

TAXIFAHNER AUF MALLORCA VERPRÜGELT

Deutsche Polizisten unter Verdacht

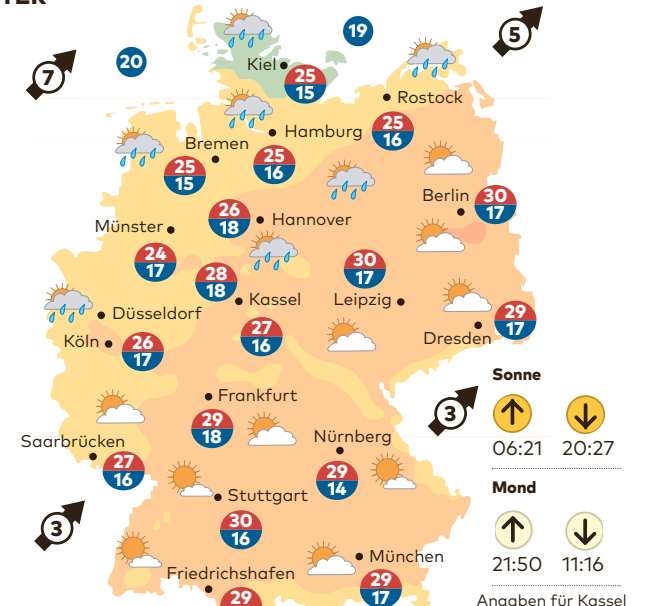
Nach einem Angriff auf einen Taxi-Fahrer auf Mallorca prüft die Polizei, ob es sich bei den tatverdächtigen deutschen Urlaubern um Polizeibeamte aus Essen handelt. „Der Vorfall ist uns bekannt“, sagte ein Sprecher der Essener Polizei. Vier deutsche Urlauber waren auf Mallorca festgenommen worden, weil sie einen Taxi-Fahrer verprügelt haben sollen. Das Opfer sagte der „Mallorca Zeitung“, die Männer hätten behauptet, deutsche Polizisten zu sein, sie hätten ihm sogar ihre Ausweise gezeigt. Die Männer waren nachts in der sogenannten Schinkenstraße, der Haupt-Partymeile am Ballermann, in das Taxi gestiegen, um sich zu ihrem Hotel in der Inselmitte bringen zu lassen. Am Ziel kam es zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung. Dem Taxifahrer wurde unterstellt, ein Handy gestohlen zu haben, was sich aber als falsch herausstellte.

AUSTRALIEN

Schwuler Pinguin gestorben

Der schwule Eselspinguin Sphen, der wegen seines Soziallebens weltweit bekannt wurde, ist in Sydney gestorben. Er sei fast zwölf Jahre alt geworden, teilte das Sea Life Aquarium mit – das sei ein langes Leben für einen Eselspinguin. Sphen und sein Partner Magic seien sechs Jahre lang ein treues Paar gewesen und hätten zwei Küken adoptiert und großgezogen. Sogar außerhalb der Brutzeit seien Sphen und Magic stets zusammen gewesen, hieß es. Das sei für Eselspinguine einzigartig. Der Einfluss des Pinguinpaars als Symbol für Gleichstellung sei „unermesslich“ gewesen.

WETTER



Freundlich, im Nordwesten etwas Regen

Heute: Im Südosten zeigt sich neben ein paar lockeren Quellwolken die Sonne. Auch an den Alpen bleibt die Schauer- und Gewitterneigung gering. Im Nordwesten bringen dichte Wolken gebietsweise Regen oder Sprühen. 19 bis 31 Grad werden erreicht. Der Wind weht schwach bis mäßig aus West bis Süd mit starken bis stürmischen Böen. An der Nordsee bläst ein starker Südwestwind mit Sturmböen. **Biwetter:** Bei der Wetterlage schlafen viele Menschen nicht so tief wie sonst. Die Folgen sind Müdigkeit und Abgespanntheit. Dadurch können Konzentrations- und Leistungsfähigkeit eingeschränkt sein. In einigen Fällen verlängert sich auch die Reaktionszeit.

US-KRIEGSSCHIFF

Fahrt durch Straße von Taiwan

Vor dem Hintergrund der Spannungen mit China hat ein US-Kriegsschiff die von Peking beanspruchte Straße von Taiwan durchquert. Die Fahrt des Lenkwaffenzerstörers „USS Ralph Johnson“ habe Washingtons Verpflichtung deutlich gemacht, „das Prinzip der Freiheit der Schifffahrt für alle Nationen zu verteidigen“, erklärte die US-Marine. Solche Durchfahrten sollen den Status der Straße von Taiwan als internationales Gewässer festigen. Peking bezeichnete das Manöver als „öffentlichen Hype“. Die chinesische Armee teilte mit, sie habe die Durchfahrt während des gesamten Prozesses überwacht.

WISSEN

STUDIE

Ökolandbau macht Bienen stark

Laut einer Studie der Universitäten Göttingen und Halle fördern Ökolandbau und Blühstreifen die Gesundheit von Honigbienen. „In deren Nähe wachsen die Völker stärker und sind gesünder“, heißt es. Grund sei wohl, dass die Insekten vielfältigere Nahrung finden und weniger durch Pestizide belastet sind. „Viel Ökolandbau und zahlreiche Blühstreifen fördern nicht nur das Wachstum der Honigbienenvölker durch mehr Blüten und weniger Belastung durch Pflanzenschutzmittel, sondern verringern auch die Gefährdung der Völker durch die Varroa-Milbe und übertragene Krankheitserreger“, so die Forscher.

GESCHÄDIGTE PATIENTEN

3160 Behandlungsfehler

Die Prüfer der gesetzlichen Krankenkassen haben im vergangenen Jahr 3160 Behandlungsfehler bestätigt, durch die Patienten vorübergehend oder dauerhaft geschädigt wurden. Das waren nur geringfügig weniger als im Vorjahr, wie der Medizinische Dienst in seiner Jahresstatistik für 2023 mitteilte. Die Dunkelziffer ist allerdings deutlich höher. Experten gehen davon aus, dass es bei etwa einem Prozent aller Krankenhausfälle zu Behandlungsfehlern kommt. Insgesamt gingen die Gutachter des Medizinischen Dienstes im vergangenen Jahr 12.438 Patientenbeschwerden und Verdachtsfällen über mögliche Behandlungsfehler nach. In etwa jedem vierten Fall wiesen die Gutachter einen Behandlungsfehler mit Schaden nach. In jedem fünften Fall – das betraf 2679 Fälle – war der Fehler auch Ursache des erlittenen Schadens. Das ist wichtig für die Betroffenen, denn nur dann bestehen Chancen auf Schadenersatz.

WIRTSCHAFT UND GELD

ENTSCHÄDIGUNGSTREIT

Deutsche Bank einigt sich

Im Entschädigungsstreit zwischen der Deutschen Bank und früheren Postbank-Aktionären hat sich das Geldinstitut mit einem großen Teil der Kläger verglichen. Die Einigung habe einen positiven Effekt auf das Vorsteuerergebnis im dritten Quartal von 430 Millionen Euro, teilte die Bank am Donnerstag mit. Mit mehr als 80 Klägern, auf die insgesamt fast 60 Prozent aller geltend gemachten Forderungen entfielen, sei wie von dem Institut vorgeschlagen ein Vergleich auf Basis eines Preises von 31 Euro je Aktie geschlossen worden. Die Zahlung erfolgt zusätzlich zu den bereits geleisteten 25 Euro. Die Kläger hatten ursprünglich ein Pflichtangebot von 57,25 Euro pro Anteil verlangt und zudem aufgelaufene Zinsen eingefordert. Was das jetzt für die Bank bedeutet, erfahren Sie auf Seite 9.

E-AUTOS

Mehr als 20 Prozent teurer

Der Absatz von Elektroautos läuft schleppend, vielen Autofahrern sind sie zu teuer im Vergleich mit einem Benziner, ergibt eine Studie des Branchenexperten Ferdinand Dudenhöffer. Demnach zahlen Autokäufer für ein Elektroauto im Durchschnitt 21 Prozent mehr als für einen vergleichbaren Verbrenner. Bei ohnehin höheren Listenpreisen gebe es aktuell auch noch geringere Rabatte als für Verbrenner. Warum manche Hersteller aber versuchen, die Schere etwas zu schließen, erfahren Sie auf Seite 10.

DEUTSCHLAND

20 Millionen Pendler

Rund 20,5 Millionen Menschen pendeln in Deutschland zwischen Wohn- und Arbeitsort. Für 7,1 Millionen Erwerbstätige beträgt die Entfernung von zu Hause zur Arbeit sogar mehr als 30 Kilometer, wie das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) errechnete. Ob sie diese Strecke täglich fahren müssen oder ob sie viel im Homeoffice arbeiten, geht aus der Auswertung allerdings nicht hervor. „Unter den 80 deutschen Großstädten übt weiterhin München die größte Anziehungskraft für Arbeitskräfte aus dem Umland aus“, erklärte die Behörde. Im Jahr 2023 wohnten demnach 454.900 der in München arbeitenden Beschäftigten außerhalb der Stadtgrenzen. Es folgen Frankfurt/Main (404.800), Hamburg (391.900), Berlin (391.200) und Köln (305.200).

Ganztagsausbau endet im finanziellen Ruin

Bürgermeister von Gellersen kritisiert Bürokratie

Eigentlich könnte Steffen Gärtner stolz auf sich sein. Als Anfang 2021 das „Investitionsprogramm zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinde“ aufgelegt wurde, war der CDU-Bürgermeister aus Gellersen nahe Lüneburg (Niedersachsen) einer der Ersten, die einen Förderantrag stellten. 750 Millionen Euro hatte der Bund den Ländern damals kurzfristig für die Beschleunigung des Ganztagsausbaus zur Verfügung gestellt – als Konjunkturmaßnahme in der Corona-Pandemie und Vorgriff auf das 2023 gestartete reguläre Investitionsprogramm.

VON SABINE MENKENS

Die Pläne zum Ausbau der Grundschule Reppenstedt, die zum Gemeindeverbund (Samtgemeinde) Gellersen gehört, lagen da schon in der Schublade. Die offene Ganztagschule sollte künftig vier statt drei Klassen pro Jahrgangsstufe anbieten – mit Blick auf die wachsende Einwohnerzahl und im Vorgriff auf ab 2026 geltenden Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ausbauen. Acht neue Klassenzimmer mit dazugehörigen Gruppenräumen sollten entstehen. Zuvor fehlte der Gemeinde das Geld für die sechs Millionen Euro teure Maßnahme. „Da kam das Investitionsprogramm gerade recht“, erzählt Gärtner. Im Januar 2021 stellte er den Antrag – fünf Monate später hatte er den Förderbescheid in der Post: 3,2 Millionen Euro hatte das Regionale Landesamt für Schule und Bildung der Gemeinde aus dem Förderpotopf zugesprochen.

Und als sich abzeichnete, dass der ursprünglich auf nur ein Jahr angelegte Förderzeitraum bis Ende 2022 verlängert werden würde, ließ Gärtner anfangen zu bauen. „Die Frist war auch nach der Verlängerung enorm knapp für so ein riesiges Vorhaben“, sagt der 33-Jährige. „Wir mussten wirklich im Deutschlandtempo bauen.“ Trotz Verzögerungen durch Handwerkerangel und kriegsbedingte Lieferengpässe



Steffen Gärtner (CDU), Bürgermeister des Gemeindeverbands Gellersen

wurde der Aufstockungs- und Erweiterungsbau tatsächlich Ende 2022 weitestgehend fertig. Bis die letzten Rechnungen geprüft und bezahlt waren, wurde es dann allerdings März 2023. Diese Verzögerung um drei Monate wird der Samtgemeinde Gellersen jetzt finanziell zum Verhängnis. Denn laut Förderrichtlinie hätten die Arbeiten bis Ende 2022 nicht nur abgeschlossen, sondern auch vollständig bezahlt sein müssen. Jetzt sieht sich Gärtner hohen Rückforderungen ausgesetzt.

Mit Schreiben vom 1. August 2024 fordert das Regionale Landesamt für Schule und Bildung in Lüneburg etwa 1,2 Millionen Euro Fördergelder zurück – plus 82.260 Euro Zinsen. Demnach können „nur im Bewilligungszeitraum

geleistete Zahlungen, die zur Realisierung des o.g. Projekts erforderlich waren, als zuwendungsfähig anerkannt werden“, heißt es in dem Bescheid. „Damit muss ein tatsächlicher Geldfluss erfolgen, das Eingehen einer Zahlungsverpflichtung erfüllt diesen Tatbestand nicht.“

Für Gärtner eine „vollkommen unverhältnismäßige“ Entscheidung. Mehrfach hatte sich der junge Bürgermeister um eine Fristverlängerung bemüht. Immer wieder sei ihm in Gesprächen mit dem Kultusministerium und Abgeordneten des Landtags eine „Lösung mit Augenmaß“ zugesichert worden, sagt Gärtner WELT. Umso enttäuschter ist er jetzt, dass das Land nicht nur einen großen Teil der Fördersumme, sondern sogar Zinsen zurückfordert. „Für uns als kleine Kommune mit 13.000 Einwohnern ist das der Super-GAU“, sagt Gärtner. Er muss jetzt über die gesamte Rückzahlungssumme einen Kredit aufnehmen. Auch das im Mai letzten Jahres angelaufene reguläre „Investitionsprogramm Ganztagsausbau“ sei da keine Hilfe, sagt Gärtner. „Aus diesem Programm erhalten wir gerade einmal 400.000 Euro. Das reicht hinten und vorne nicht, um unsere drei Grundschulen am Ort für den Ganztags zu ertüchtigen.“ Und für die Rückzahlungen dürfe er diese Fördergelder auch nicht verwenden.

Zynisch aus Gärtners Sicht mutet vor diesem Hintergrund die Begründung für die Rückforderung an, die das Landesamt für Schule und Bildung Lüneburg in seinem Bescheid formuliert hat. Schließlich handele es sich dabei um Steuergelder, heißt es dort. „Es steht dem öffentlichen Interesse am sparsamen, wirtschaftlichen und sorgsamem Umgang mit aus Steuergeldern finanzierten Maßnahmen entgegen, wenn die Leistung nicht, nicht alsbald nach der Erbringung oder nicht mehr für den in dem Verwaltungsakt bestimmten Zweck verwendet wird.“ Dass der Erweiterungsbau in der Grundschule Reppenstedt bereits seit April 2023 in Betrieb ist, spielt dabei offenbar keine Rolle. Auch das Bundesfamilienministerium, an das sich Gärtner bereits 2023 wendete, konnte nicht helfen. Das Ende des Förderzeitraums sei nun einmal der 31. Dezember 2022, schrieb ihm die zuständige Referatsleiterin. „Eine darüber hinaus gehende Bewilligung stand und steht tatsächlich nicht im Ermessen der zuständigen Behörden und ist rechtlich nicht verankert.“

Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund teilt Gärtners Kritik. „Für uns ist es total unverständlich, warum der Bund mit den Förderprogrammen, die er in die Welt bringt, immer wieder so kurze Fristen setzt, dass sie für unsere Städte und Gemeinden vor Ort nur äußerst schwer und manchmal gar nicht zu erfüllen sind“, sagt Präsident Marco Trips. Für Gärtner ist es ein „Skandal, wie der Ganztagsausbau ohne auskömmliche Finanzierung auf die Kommunen abgewälzt wird“. Er fürchtet, dass der Rechtsanspruch vielerorts nicht eingelöst werden könne, weil die Kommunen nicht in der Lage seien, das Versprechen zu finanzieren. Immerhin, in Reppenstedt wird der Anspruch ab 2026 eingelöst werden können. „Wir haben viele Eltern und Kinder, die sich über die moderne Schule freuen. Aber unsere Finanzen sind ruiniert.“



Iman Sefati bei einer Demonstration für die „Solidarität mit Palästina“ auf dem Karl-Marx-Platz in Berlin-Neukölln

Der pure Hass auf den Anti-Israel-Demos

Der Reporter Iman Sefati und die FDP-Politikerin Karoline Preisler sind fast immer dabei. Hier erzählen sie, wie sie bedroht werden

Als Iman Sefati am Donnerstagmorgen vor dem Amtsgericht Tiergarten in Berlin sein Handy zückt, wird er sofort von einer Gruppe antiisraelischer Demonstranten umringt. „Napoleon“, ruft ihm einer der Männer zu, offenbar gemeint als abwertende Anspielung auf Sefatis geringe Körpergröße. Dann fällt aus der Gruppe, die sich auf Deutsch und Arabisch unterhält, mehrmals ein Satz, den der Reporter eigentlich nur von Rechtsradikalen kennt: „Geh doch zurück in den Iran!“

VON FREDERIK SCHINDLER

Die Gruppe der Demonstranten, die sich aufgrund eines Prozesses gegen eine Aktivistin versammelt hat, kennt Sefati. Sie sehen sich mehrmals wöchentlich. Seit dem 7. Oktober, als die Terrororganisation Hamas in Israel 139 Menschen ermordete und 240 als Geiseln nach Gaza entführte, hat es sich der 38-Jährige zur Aufgabe gemacht, israelifeindliche Proteste in Berlin zu beobachten. Er spricht dort mit den Teilnehmern, filmt die häufig hetzerischen Reden und dokumentiert diese auf seinem X-Kanal und für seinen Arbeitgeber „Bild“ (erscheint wie WELT im Verlag Axel Springer). „Ich kenne den Judenhass gut“, sagt Sefati. Er wuchs bis zu seinem 14. Lebensjahr in Teheran auf, wo seine Familie gegen die Islamische Revolution demonstriert hatte, die Machtübernahme der Mullahs im Jahr 1979. Ebrahim Raisi, der im Mai bei einem Hubschrauberabsturz verstorbene damalige Präsident des Irans, hatte Sefatis Vater im Jahr 1988 hingerichtet lassen. Sefati war erst zwei Jahre alt. Sein Vater hatte für Frauenrechte demonstriert und galt daher als Staatsfeind. Raisi war damals für die Massenhinrichtung Tausender politischer Gefangener mitverantwortlich. Von den Beleidigungen lässt sich der Journalist am Donnerstag nicht abschrecken, er ist sie mittlerweile gewohnt. Ende Juli waren ihm Demonstranten sogar nach Hause gefolgt. Ein Mann bedrohte ihn nach einer Versammlung am späten Abend mit einem Messer, direkt vor seiner Wohnungstür. Zwölf Stunden später war Sefati schon wieder beim nächsten israelifeindlichen Protest im Einsatz – und der mutmaßliche Täter ebenfalls. Die Polizei nahm ihn dort in Gewahrsam und stellte die Personalien fest, die Ermittlungen dauern an.

„Ich hätte nie gedacht, dass diese Menschen bereit sind, vor meine Haustür zu kommen und meine Familie und Nachbarn in Gefahr zu bringen“, sagt der Videoreporter am Donnerstag. „Ich war naiv.“ Die Kundgebung vor dem Amtsgericht sei bereits die 92., die er seit dem 7. Oktober beobachte. „Von der Hamas hat sich auf den Versammlungen kein einziger Redner distanziert“, sagt er. Lediglich einzelne Teilnehmer, mit denen er gesprochen habe, hätten ihm gesagt, dass sie nicht nur Israel, sondern auch die Hamas als Gefahr ansahen. Sefatis 91. Demonstration war erst einen Tag zuvor, auch hier war WELT dabei. Mittwochsabend auf dem Karl-Marx-Platz im Berliner Ortsteil Neukölln. Nur 150 Demonstranten sind an diesem Tag zusammengekommen, die Stimmung ist vergleichsweise ruhig, Gewalt gibt es nicht. Die meisten Teilnehmer tragen einen Palästinenserschal, viele haben eine Palästinaflagge mitgebracht. Israel beschuldigen sie, einen Genozid zu verüben. „Stoppt den Völkermord in Gaza“, heißt es auf einem Transparent in den panarabischen Farben Schwarz, Weiß, Grün und Rot, die auch auf den palästinensischen Fahnen zu finden sind. „Deutsche Medien lügen, hetzen und betrügen“, ru-

fen die Demonstranten. Später rufen sie auch: „Falastin Arabiya“ (Palästina ist arabisch) – für Israel ist in diesem Slogan kein Platz mehr. Unter den Demonstranten ist auch der mutmaßliche Angreifer, der Sefati mit einem Messer bedroht hatte. „Das ist ein komisches Gefühl“, sagt der Reporter. Dann begrüßt er die FDP-Politikerin Karoline Preisler, auch sie ist jede Woche auf zwei bis drei solcher Kundgebungen. Wie immer hat sie ein Schild mit Fotos israelischer Geiseln dabei. „Believe Israeli Women“, steht darauf. „Glaubt israelischen Frauen.“ „Bild“ nannte sie „die mutigste Demonstrantin Deutschlands“. Die 53-Jährige steht zwischen mehreren Polizisten und erzählt, wie dankbar sie für deren Schutz sei. Mehrfach wurde Preisler nach eigener Aussage von Demonstranten bedroht. „Wir bringen dich um“, habe jemand gerufen. „Man müsste dich vergewaltigen“, ein anderer. „Ganz oft ist es sexistisch.“ Und eine Frau, die auch an diesem Mittwoch da ist, habe schon häufiger über ein Mikrofon „Fuck you, Karoline“ gerufen. „Dann stimmt der Chor ein, dann machen das 100 Leute nach“, sagt sie. „Das ist schon bedrohlich.“

Nach 45 Wochen auf der Straße erstatte Preisler nicht mehr bei jeder Beleidigung und Bedrohung Anzeige. Der Aufwand dafür sei einfach zu hoch, sagt sie am Rande der Kundgebung. Das Gefährlichste sei immer der Rückweg, wenn die Polizisten sie nicht mehr schützen können. Einmal habe sie mit einem Motorrad abgeholt werden müssen, um Autos abzuhängen, von denen sie verfolgt worden sei. „Ich habe mittlerweile Vorkehrungen für mich getroffen, mit denen ich mich wohlfühle.“ Auch Philipp Peyman Engel ist am Mittwoch dabei. Der Chefredakteur der Wochenzeitung „Jüdische Allgemeine“ will sich ein Bild von dem antiisraelischen Protestgeschehen machen. WELT ist mit ihm im Gespräch, als ein weiterer Redner ans Mikrofon tritt. „Die zionistische Bewegung ist Gift, und dieses Gift sollte behandelt werden“, sagt der Mann. „Gemeinsam vereint, sowohl Ost- als auch Westjerusalem. Palästina ist komplett unseres.“ Juden als Giftmischer, Brunnengiffter und Krebsgeschwür? „Das erinnert eine zu eins an Goebbels und das NS-Hetzblatt ‚Der Stürmer‘“, sagt Engel. „Hier treffen sich, bewusst oder unbewusst, die islamistische und die nationalsozialistische Ideologie“, sagt er. „Und wer ‚Yallah Intifada‘ skandiert, ruft zu einem neuen Massenmord an israelischen Zivilisten auf.“ Dem 41-Jährigen fällt außerdem auf, dass die Hamas auch an diesem Tag in keinem der Redebeiträge und Parolen genannt wurde.

Hat nicht nur die Hamas, sondern auch Israel eine Verantwortung für die Zivilisten in Gaza? „Der Verteidigungskrieg gegen die Hamas ist nicht immer gerecht, aber der Krieg gegen die Hamas ist gerechtfertigt und notwendig“, sagt der Journalist. Für den Krieg und das Leid sei die palästinensische Terrororganisation verantwortlich. „Israel möchte diesen Krieg nicht und muss ihn führen. Wenn israelische Soldaten im Krieg Straftaten begehen, wird ermittelt und diese Soldaten werden bestraft und das ist auch gut so.“ Und die Demonstranten, die keine hetzerischen Parolen rufen und die vermutlich Angehörige in Gaza haben oder hatten? Engel ist überzeugt, dass es den Demonstranten nicht um das Wohl der Zivilisten gehe. „Ich leide mit der Zivilbevölkerung in Gaza“, sagt er. „Wer vorgibt, für ein Ende des Krieges zu sein, muss die Hamas verurteilen und auffordern, diesen Krieg endlich zu beenden, indem sie die Geiseln endlich freilässt.“

Niedersachsen erklärt Brief zu Abschiebungen für „sehr bedauerlich“

Im Schreiben wird ein laxer Umgang mit Rückführungen deutlich. Aus dem Bundestag wird scharfe Kritik laut. Polizeigewerkschaft fordert mehr Befugnisse für Beamte

Wir müssen mehr und schneller abschieben“, hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im vergangenen Jahr gesagt, als die illegale Migration auf den höchsten Stand seit den Rekordjahren 2015/2016 geklettert war.

VON MARCEL LEUBECHER UND NICOLAS WALTER

Wie schwer sich einige Behörden jedoch zu einem strengen Kurs bewegen lassen, zeigte am Mittwoch ein Brief, über den zuerst die „Bild“-Zeitung berichtete. So schrieb die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen an die Bundespolizei am Düsseldorfer Flughafen über einen ausreisepflichtigen Ivorer, der abgeschoben werden sollte: „Wenn sich der Betroffene weigert, in das

Flugzeug zu steigen bzw. auf eine andere Art versucht, sich der Abschiebung zu widersetzen (aktiver/passiver Widerstand), kann dieser auf freien Fuß gesetzt werden und eigenständig zu der ihm zugewiesenen Unterkunft zurückkehren.“ Der 38-Jährige hatte einen Abschiebungspolizisten gebissen und einen gegen den Kopf geschlagen – die Bundespolizei folgte der Aufforderung des Landes nicht und führten den Ivorer erfolgreich dem Haftrichter vor.

Niedersachsens Innenministerium argumentiert gegenüber WELT, bei dem Schriftstück handele es sich um ein internes Behördenschreiben der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen an die Bundespolizei, „das leider ausgesprochen missverständlich und unpräzise formuliert ist. Das Schreiben wird in Zukunft nicht mehr verwendet wer-

den.“ Dass es so an die Bundespolizei übersandt worden sei, „ist ein bedauerlicher Einzelfall“. Innenministerin Daniela Behrens (SPD) erklärt WELT: „Es gibt keine Anweisung der Niedersächsischen Landesaufnahmebehörde an die Bundespolizei, Rückführungen bei Widerstandshandlungen abzubrechen. Das missverständlich formulierte Schreiben ist sehr bedauerlich.“

Im Bundestag ist die Empörung über den Brief der Landesaufnahmebehörde groß. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion teilt WELT über ihren rechtspolitischen Sprecher Günter Krings (CDU) mit: „Niedersachsen fordert die Bundespolizei zum Rechtsbruch auf und ermuntert abzuschickende Personen zum Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Die rot-grüne Landesregierung muss dieses

skandalöse Verhalten ihrer Behörde sofort unterbinden.“ Auch aus der Ampel-Koalition kommt scharfe Kritik. FDP-Innenpolitiker Konstantin Kuhle, Chef der Liberalen in Niedersachsen, sagt: „Die Aussage der Landesaufnahmebehörde kommt einer Kapitulation des Rechtsstaats gleich. Wenn die Durchsetzung des Rechts erschwert wird, darf der Staat die Durchsetzung nicht einfach aufgeben. Das Innenministerium in Hannover sollte dieser Praxis sofort ein Ende bereiten, wenn es sich nicht dem Vorwurf ausgesetzt sehen will, Ordnung und Kontrolle in der Migrationspolitik gezielt zu sabotieren.“ Die SPD, die mit Stephan Weil in Niedersachsen den Ministerpräsidenten stellt, teilt mit, dass sie nachvollziehen könne, dass die „Dienstweisung für Empörung und Kopfschüt-

eln“ Sorge. Innenpolitiker Helge Lindh gibt aber zu bedenken: „Zur nüchternen Betrachtung gehört aber auch die Feststellung, dass der Betroffene auf freien Fuß gesetzt werden kann – nicht gesetzt werden muss. Daher ist von der Behörde sinnvollerweise zu erwarten, dass sie dieses Ermessen nicht in der Weise nutzt.“

Gottfried Curio, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt: „Es ist schlicht absurd, eine Zwangsmaßnahme faktisch in das Belieben des Betroffenen zu stellen, indem man ihm erlaubt, diese durch Widerstand zu verhindern. Die Weisung des Landes Niedersachsen ist eine gezielte Sabotage des Rechtsstaats.“ BSW-Chefin Sahra Wagenknecht nimmt die in Niedersachsen regierende SPD in die Verantwortung: „Dieser Hinweis zeigt, dass

einige offenbar nicht begriffen haben, dass in Deutschland Gesetze gelten. Dass die Behörden in Niedersachsen offenbar in einer Parallelwelt leben, wirft auch ein Schlaglicht auf SPD-Ministerpräsident Weil. Abschiebungen sind für den Betroffenen hart. Aber das Asylrecht gilt für Verfolgte und darf keine Einladung an die halbe Welt sein, sich nach Deutschland aufzumachen.“ Heiko Tegatz, Vorsitzender der DPolG-Bundespolizeigewerkschaft, fordert, dass im Falle von durch Widerstand geplatzen Abschiebungen die Bundespolizei die Befugnis erhält, selbst Personen in Ausreisegewahrsam nehmen zu können, bis der nächste geeignete Flieger abhebt. „Dieser seit Jahren vorgebrachte Verbesserungsvorschlag findet leider kein Gehör bei der Bundesregierung.“

Als „Übergangsregierung“ nach der Ära von Angela Merkel hat Grünen-Chef Omid Nouripour kürzlich die Ampel-Regierung in Berlin bezeichnet. Der erbitterte Streit um den Haushalt und das zähe Ringen um Antworten auf Deutschlands schwächelnde Wirtschaft wird auch in anderen europäischen Hauptstädten wahrgenommen.

VON CHRISTOPH B. SCHILTZ, DIANA PIEPER, MANDOLINE RUTKOWSKI, PHILIPP FRITZ, PHILIP VOLKMAN-SCHLUCK, PAVEL LOKSHIN

Den Ton setzte bereits im vergangenen Jahr der britische „Economist“, der ein Ampelmännchen am Tropf auf der Titelseite druckte. Gilt Berlin noch als verlässlicher Partner? Ein Überblick unserer Korrespondenten.

ÖSTERREICH

In Österreich ist das Staunen über die Ampel-Koalition groß. Erst zu Beginn dieser Woche sprach die renommierte Tageszeitung „Der Standard“ aus Wien von einer „schlechten Performance der Ampel“. Wenige Tage zuvor berichtet Österreichs größte Presseagentur APA von erneuten „Streitereien“ in der deutschen Regierung. Offizielle Aussagen von führenden Bundespolitikern zum Zustand der deutschen Regierung gibt es dagegen nicht. Sie wollen nach eigenen Aussagen ihre deutschen Kollegen „nicht belehren“ oder als „besserwisserisch“ gebrandmarkt werden.

In informellen Gesprächen oder Hintergründen mit Journalisten reden sie aber parteiübergreifend Klartext. Ein Spitzenpolitiker sprach kürzlich hinter vorgehaltener Hand sogar davon, dass die Querelen in der Ampel-Koalition „eine Warnung an uns Österreicher sind, nach den Nationalratswahlen im September nicht auf eine Koalition aus drei Parteien zu setzen.“ „Das kann schiefgehen“, fügte er hinzu. Ein Oppositionspolitiker aus Österreich sagte: „Was in Deutschlands Regierung los ist, das hätten wir niemals erwartet.“

FRANKREICH

Das Tandem von Frankreich und Deutschland gilt als Antrieb Europas. Aber selten war die Stimmung in beiden Ländern unterschiedlicher. Während Frankreich von der Euphorie über die gelungenen Olympischen Spiele in Paris und einem stabilen Wirtschaftswachstum profitiert, berichten Frankreichs Zeitungen aus Deutschland vor allem über Probleme. Das „Bahn-Chaos“ während der Europameisterschaft „hat in einem Land, das für seine Pünktlichkeit bekannt ist, nationale Verlegenheit, empörte Urteile von Politikern und detaillierte Analysen über die Ursachen dieses Bankrotts ausgelöst“, heißt es in „Le Figaro“ – „allerdings ohne große Aussichten auf Abhilfe“.

Zahlreiche Ökonomen drückten in den vergangenen Monaten ihre Sorge vor einem Übergreifen der Krise auf Frankreich aus, dessen größter Handelspartner die Bundesrepublik ist. Der Wirtschaftswissenschaftler Nicolas Baverez warnt in einem Gastbeitrag im „Figaro“ vor einem „Deutschland in der Depression“, das den gesamten Kontinent in die Stagnation stürzen könnte. „Vielschichtige Krisen, die die Koalition erschüttern“ sieht man auch in „La Croix“, während sich das Magazin „Le Point“ sorgt, dass Deutschland erneut



In großer Sorge um die AMPEL

Das Zerwürfnis in der Bundesregierung alarmiert auch andere Hauptstädte in Europa. Hinter vorgehaltener Hand gilt das Dreier-Bündnis als abschreckendes Beispiel

zum „kranken Mann Europas“ geworden sein könnte und im Nachrichtensender „France 24“ wird die Frage aufgeworfen, ob sich nun das „Ende eines viel gepriesenen Erfolgsmodells“ zeige.

Sorge bereitet vielen Kommentatoren auch der drohende Durchmarsch der AfD bei den Landtagswahlen Anfang September. Die Angst der Regierungsparteien vor einem schlechten Abschneiden wirkt sich sogar negativ auf die Ukraine-Unterstützung aus, schreibt „Le Monde“. Die Zeitung wertet die Ankündigung, der Ukraine im kommenden Jahr keine Hilfen zur Verfügung zu stellen, die über bereits eingeplante Mittel hinausgehen, als Zugschritt an die Rechtspopulisten. Die Vorgänge seien „katastrophal für Bundeskanzler Scholz, dessen Schweigen einmal mehr das Gefühl vermittelt, dass er eine Koalition anführt, die auf Sicht fährt und sich 13 Monate vor den nächsten Bundestagswahlen in Widersprüche verstrickt.“ Allerdings hat Frankreichs Präsident Macron ebenfalls Probleme: Bei den Neuwahlen im Juli hätten fast der rechtsnationalistische Rassemblement National von Marine Le Pen gewonnen. Mehr als sechs Wochen nach der Wahl ist noch immer unklar, wer die künftige Regierung anführen soll.

GROSSBRITANNIEN

Die wirtschaftlichen Herausforderungen Großbritanniens sind so groß, dass Regierungsvertreter nur selten den Vergleich mit anderen G-7-Staaten wagen.

Die Tatsache aber, dass Großbritannien Deutschland im vergangenen Jahr beim Wirtschaftswachstum überholt hatte, wurde von renommierten Medien wie der „Times“ aufgegriffen und von Vertretern der damaligen konservativen Regierungspartei immer wieder vorgebracht.

Der britische „Economist“ griff den vor 25 Jahren erstmals verwendeten Begriff des „kranken Mannes Europas“ für Deutschland wieder auf. In dieses Bild passt, dass der „Telegraph“ in diesem Sommer darauf aufmerksam machte, dass Großbritannien Deutschland im Dienstleistungssektor überholt habe. Auch die Bilanz der deutschen Regierung steht auf dem Prüfstand: Die „Dysfunktionalität“ der Ampel-Koalition „überträgt sich auf Europa und erschwert das Tagesgeschäft“, schrieb ebenfalls der „Economist“.

Mit Blick auf die Führungsrolle Berlins in Europa urteilte das Blatt: „Herr Scholz und Deutschland müssen mehr tun“. Härter ging der „Telegraph“ mit Deutschland ins Gericht: Es sei eine der „schäblichsten Nationen Europas, gebeugt von Jahrzehnten politischer Fehlentscheidungen, Missmanagement und künstlerischem und industriellem Niedergang“.

POLEN

Die Hiobsbotschaften aus Deutschland reißen nicht ab. Nicht nur in Medien, die der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) nahe stehen, geht Deutschland scheinbar unter. Eine „Deindustrialisierung“, Messerger-

walt an Bahnhöfen, Energie- und Immobilienkrise, verschleppte Digitalisierung, Haushaltsstreit und allgemein die Uneinigkeit in der Ampel-Regierung haben es mittlerweile in die Hauptnachrichten in Polen geschafft.

Zwar halten sich Regierungspolitiker mit öffentlichen Kommentaren zurück, stattdessen betonen sie gerne, dass Deutschland ein wichtiger Partner sei. Dabei verfestigt sich der Eindruck, dass der große Nachbar, der lange als Lokomotive der europäischen Wirtschaft und in vielen anderen Belangen als Vorbild galt, in einer Art Niedergang ist – und die Regierung von Olaf Scholz nicht mal bis zu den Bundestagswahlen 2025 durchhalten könnte. „Krise“ ist das Wort, das viele Polen in Zusammenhang mit Deutschland derzeit am häufigsten hören.

ITALIEN

Zwar schaue Europa weiterhin auf Berlin als wirtschaftliche Lokomotive, schreibt Italiens große Zeitung „Corriere della Sera“. Darauf ist das hoch verschuldete Italien auch angewiesen. Der Journalist Paolo Valentino sieht Deutschland in seinem Beitrag aber dazu verdammt, in Ermangelung wichtiger „struktureller und mentaler Anpassungen“ auf einem „bestens falls schwachen Wachstumspfad“ zwischen „Hoffnung und Enttäuschung“ zu verharren. Die Liste der ausgehenden Probleme ist lang, von verschlafener Digitalisierung zur Überalterung der Bevölkerung, zu niedrigen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur.

Dazu der globale Trend, dass sich Großmächte wie USA und China wirtschaftlich mehr abschotten, was ein Exportland wie Deutschland besonders trifft. Doch Bundeskanzler Scholz sei durch den Streit in seiner Koalition „gelehmt“. In Brüssel kursiere längst ein Witz: Es sei so, als stammten die jeweiligen Minister der Ampel-Parteien aus völlig unterschiedlichen Ländern. Beispiel: Der Streit um das Aus für den Verbrenner, in dem FDP und Grüne gegensätzliche Positionen vertreten.

SCHWEIZ

In der Schweiz sieht man das große Nachbarland ohnehin stets in der Dauerkrise. Doch nach der „Übergangskoalition“-Äußerung des Grünen-Vorsitzenden Omid Nouripour haben die Schweizer Deutschland-Beobachter einen Punkt. „Die Ampel sieht sich auf den letzten Metern – und der Kanzler verordnet Frohsinn“, titelte am Mittwoch die „Neue Zürcher Zeitung“. Die chronisch zerstrittene Koalition mache es der Opposition einfach, Zweifel an der Fähigkeit der Ampel „zu gutem Regieren“ zu äußern, so der Tenor des Textes von NZZ-Redakteur Alexander Kissler. „Fliehkräfte“ hätten von der einstigen „Fortschrittskoalition“ Besitz ergriffen. Diese wolle der Bundeskanzler totschweigen. „Miesepetrigkeit“ dürfe nicht die Oberhand gewinnen, zitiert die Zeitung eine Rede von Olaf Scholz in Vechta. „Miesepetrig aber als die eigenen Koalitionspartner redet kaum jemand über Scholz und sein Kabinett“, stellt die NZZ süffisant fest.

Selenskyj will Modi mit Investitionsversprechen locken

Indien ist wirtschaftlich und rüstungspolitisch abhängig von Russland. Bei seinem Kiew-Besuch will die Ukraine ihn stärker an sich binden

Indiens Premierminister Narendra Modi wird am Freitag in Kiew erwartet – wenige Wochen nach seinem umstrittenen Staatsbesuch in Moskau. Dort hütete er sich, Russland direkt zu kritisieren und umarmte den Kremlchef Wladimir Putin, während Russland die größte Kinderklinik der ukrainischen Hauptstadt unter Beschuss nahm.

VON PAVEL LOKSHIN

Aus indischer Sicht ist Modis über Monate vorbereiteter Besuch in Kiew eine Prestigefrage. Weltweit werden die Rufe nach eine Verhandlungslösung im Ukraine-Krieg lauter. Auch Indiens schwieriger Nachbar China plädiert dafür. Modis Indien mit seinen Weltmacht-Ambitionen darf da nicht auf der Strecke bleiben und prescht vor. Mit der Staatsvisite demonstriert Modi auch seine Nähe zu Indiens und Ukraines westlichen Partnern. Die Ukraine wiederum will die Kontakte zu einem der wichtigsten Länder des Globalen Südens ausbauen und Indien langfristig auf seine Seite ziehen. Kiews Bemühungen waren in den letzten zwei Jahren

nicht gerade erfolgreich. Im vergangenen Jahr plädierte Wolodymyr Selenskyj vergeblich für Indiens Beitritt zu seiner „Friedensformel“. Beim Ukraine-Gipfel in der Schweiz war Indiens Gesandter Pawan Kapoor zwar zugegen. Das Schluss-Kommuniqué mit der Forderung, die territoriale Integrität der Ukraine zur Grundlage der Verhandlungen zu machen, unterzeichnete er nicht.

Offiziell gibt sich Indien neutral und plädiert für eine Lösung, die für beide Seiten akzeptabel ist, also für die Ukraine und für Russland. Aber indirekt stellt sich Indien, genau wie China, auf die Seite Russlands und trägt zur Finanzierung des russischen Angriffskrieges bei. Wie der große geopolitische Gegenspieler China profitiert Modis Land von Ölgeschäften mit Russland, die vor dem Krieg so nicht möglich waren. Vor 2022 kam Indiens Öl vor allem aus den OPEC-Ländern des Mittleren Ostens. Mit dem Ukraine-Krieg und dem Ölpreisdeckel war Russland bestrebt, möglichst große Mengen seines wichtigen Exportgutes zu Dumpingpreisen loszuwerden – und fand in Peking und Neu-Delhi dankbare Abnehmer. Heute

importiert Indien auf dem Seeweg bis zu 2,1 Millionen Barrel russisches Erdöl pro Tag, eine Steigerung von mehr als 1000 Prozent gegenüber dem Jahr 2021. Derzeit kommen 40 Prozent der indischen Ölimporte aus Russland.

Dazu kommt: Indien braucht Russland, um das schwierige Dreiecksverhältnis mit China im Gleichgewicht zu halten. Gerade jetzt, da Moskau immer abhängiger von Peking wird, muss Neu-Delhi gegensteuern. Die Sowjetunion und später Russland waren jahrzehntelang wichtigste Rüstungslieferanten Indiens. Ein Beispiel: Praktisch alle Panzer der indischen Armee stammen aus russischer Produktion, genau wie das Flaggschiff und einziger Flugzeugträger der indischen Marine, INS Vikramaditya. Neuerdings schwenkt das Land auf eine engere Partnerschaft mit den USA, westliche Waffensysteme und inländische Produktion um. Der immense Bestand an sowjetisch-russischer Technik muss aber gewartet und mit Ersatzteilen versorgt werden, was ein gutes Verhältnis zu Moskau voraussetzt. Indien profitiert, wo es kann von sowjetisch-russischer Technik, etwa bei Atomkraft-

werken. Die Anlage im südindischen Kudankulam soll 6000 Megawatt liefern, zwei Reaktoren russischen Typs sind bereits in Betrieb, vier weitere derzeit im Bau.

Die Ukraine ist für Indien zwar kein unwichtiger Partner. Es gibt auch im Rüstungssektor Zusammenarbeit, vor dem Krieg kooperierten beide Länder im Bereich Wartung und Aufrüstung der sowjetischen Waffensysteme der indischen Armee. Das politische Gewicht des Landes lässt sich aber kaum mit der Bedeutung Russlands vergleichen. Im letzten Vorkriegsjahr 2021 belief sich der bilaterale Handel zwischen Indien und Ukraine auf gerade einmal 0,5 Prozent des gesamten Außenhandelsvolumens Indiens – und fiel seitdem rapide. Russland hingegen ist inzwischen zum viertgrößten Handelspartner avanciert, nach China, den USA und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Die Ukraine hat also keine starken Hebel, um Indiens Außenpolitik zu beeinflussen. Dem will Kiew entgegenwirken, und stellt Modi Verträge für den Wiederaufbau des von Russland zerstörten Wohnungsbestandes und Infra-

struktur in Aussicht. Es geht um Investitionsmöglichkeiten in Höhe 30 Milliarden Dollar. Je stärker sich Indien für einen für Kiew akzeptablen Friedensschluss einsetzt, desto näher rückt diese Chance.

Angesichts der massiven Jugendarbeitslosigkeit könnte die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Entsendung von Gastarbeitern in die Ukraine für Modi interessant sein. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass der Ukraine Arbeitskräfte für den Wiederaufbau fehlen werden – wegen der Kriegsverluste, Flucht und Abwanderung. Doch das Indiens Premier für solche Versprechen die sicherheitsrelevante Zusammenarbeit mit Russland riskiert, ist unwahrscheinlich. Praktisch ausgeschlossen wären auch indische Waffenlieferungen an die Ukraine. Theoretisch könnte Indien dem Land einen Teil seines Sowjetequipments zur Verfügung stellen, wie zuvor die Nato-Länder Osteuropas. Für Russland wäre das ein Affront – und würde die Beziehungen merklich abkühlen lassen. Deshalb halten sich die Erwartungen Kiews an die Ergebnisse der hohen Visite in Grenzen.

Tim Walz wirbt bei Parteitag für Einheit

Trump attackiert Harris bei Auftritt als „Genossin“

Der demokratische US-Vizepräsidentenkandidat Tim Walz hat die Amerikaner zu Zusammenhalt aufgerufen und vor der Politik des Republikaners Donald Trump gewarnt. Was Trump und seine Leute vorhaben, sei nicht nur „eigenartig“, sondern auch falsch und gefährlich, sagte Walz in einer Rede beim Parteitag der Demokraten in Chicago. Dort nahm er feierlich seine Nominierung als Vize der Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris an und sagte, dies sei „die Ehre meines Lebens“. Walz beklagte, Trump wolle die soziale Absicherung beschneiden und den Menschen wesentliche Freiheiten nehmen wie den Zugang zu Abtreibungen und künstlicher Befruchtung. Harris und er hätten eine andere Vision für das Land. Sie stünden für ein Amerika, „in dem Arbeiter Priorität haben, in dem Gesundheitsversorgung und Wohnraum Menschenrechte sind und in dem sich die Regierung verdammt noch mal aus dem Schlafzimmer fernhält“. Es gehe darum, Verantwortung zu übernehmen und eine Zukunft zu schaffen, in der jeder sein Leben frei gestalten könne. Trump und Vance verfolgten dagegen eine radikale Agenda.

Harris selbst war an Tag drei der Parteiversammlung in Chicago nicht anwesend. Ihre große Rede dort steht in der deutschen Nacht zu Freitag an – als großes Finale des Parteitages. Walz gab eine eher kurze Ansprache und spulte viele bekannte Wahlkampfbotschaften ab. Der Gouverneur des Bundesstaates Minnesota gab sich als Mann von nebenan, der aus einer Kleinstadt stamme, wo einer den anderen akzeptiere. „Die Familie am Ende der Straße denkt vielleicht nicht so wie Sie, sie betet vielleicht nicht so wie Sie, sie liebt vielleicht nicht so wie Sie.“ Aber es seien Nachbarn, also kümmere man sich um einander.

Die demokratischen Wahlkampfstrategen inszenierten den 60-jährigen systematisch als den nahbaren Ex-Lehrer und Ex-Football-Trainer, den hemdsärmeligen Vater aus dem Mittleren Westen. Der Demokrat wuchs auf dem Land auf, in einem kleinen Ort im Bundesstaat Nebraska, diente bei der Nationalgarde, wurde später Lehrer und Football-Trainer, bevor er in die Politik wechselte, erst als Abgeordneter im Repräsentantenhaus, seit 2019 ist er Gouverneur von Minnesota. Beim Parteitag waren auch frühere Schüler von ihm dabei.

Die US-Talkshow-Königin Oprah Winfrey versetzte Vance und Trump bei einem Überraschungsauftritt einige Seitenhiebe, ohne die beiden beim Namen zu nennen. Sie mahnte, ab und zu müsse sich Amerika gegen Mobber zur Wehr setzen, um Freiheit und Demokratie zu verteidigen. Bei der Präsidentschaftswahl im November stünden auch Anstand und Respekt auf dem Wahlzettel. „Lasst uns gesunden Menschenverstand statt Unsinn wählen“, mahnte sie. „Lasst uns Wahrheit wählen. Lasst uns Ehre wählen – und lasst uns Freude wählen.“ Für all das stehe Harris. Winfrey ist durch eine erfolgreiche Talkshow, die über Jahrzehnte im US-Fernsehen lief, weltberühmt geworden. Sie zählt zu den einflussreichsten Frauen in den USA.

Die republikanischen Kontrahenten Trump und Vance wiederum machen die ganze Woche Kontrastprogramm zum Parteitag. Sie touren durch jene Bundesstaaten, die bei der Wahl besonders hart umkämpft sind. In einem dieser Swing States, North Carolina, machte Trump erstmals wieder Wahlkampf unter freiem Himmel seit dem Attentat auf ihn im Juli. Dort teilte er – geschützt von einer Glaswand – gegen seine Konkurrentin aus, nannte sie einmal mehr „Genossin Harris“ und sagte an die Demokratinnen gerichtet: „Sie taugen nichts.“ Seit dem Rückzug von US-Präsident Joe Biden aus dem Rennen tut sich Trump etwas schwer damit, seinen Wahlkampf auf dessen Nachfolger-Kandidatin Harris umzustellen. Er setzt auf derbe persönliche Angriffe gegen sie, verunglimpft sie regelmäßig als „dumm“ und „verrückt“, bezeichnet sie als „kommunistisch“ – in Anspielung darauf auch der abfällige Spitzname „Genossin Harris“. Trump attackierte Harris zuletzt auch mit Blick auf ihre Hautfarbe und Herkunft. Einige Parteifolger und Berater halten das für problematisch und empfehlen ihm, sich mehr auf politische Inhalte zu konzentrieren. Der Ex-Präsident zeigt sich davon bislang unbeeindruckt. dpa/grs

Biden drängt Netanjahu zu Waffenruhe

Israel meldet Sieg über „Rafah-Brigade“ der Hamas

Die USA als Israels wichtigster Verbündeter wollen ein Scheitern der schwierigen Verhandlungen über eine Waffenruhe im Gaza-Krieg mit aller Kraft verhindern. In einem Telefonat mit dem israelischen Regierungschef Benjamin Netanjahu betonte US-Präsident Joe Biden erneut die Dringlichkeit eines Abkommens, das die Freilassung der Geiseln in den Händen der islamistischen Hamas beinhaltet. Er habe mit Netanjahu über „bevorstehende Gespräche“ in der ägyptischen Hauptstadt Kairo gesprochen, „um alle noch bestehenden Hindernisse zu beseitigen“, schrieb Biden anschließend auf der Plattform X. Einer der größten Streitpunkte ist Israels Forderung nach einer dauerhaften Kontrolle der südlichen Grenze zwischen dem Gazastreifen und Ägypten durch israelische Sicherheitskräfte. Das Büro des israelischen Ministerpräsidenten dementierte am Abend einen Medienbericht, wonach Netanjahu zugestimmt habe, dass Israel sich aus dem sogenannten Philadelphi-Korridor zurückzieht. Israel bestehe darauf, „dass alle seine Kriegsziele, wie sie vom Sicherheitskabinett festgelegt wurden, erreicht werden“, hieß es. Dazu gehöre, „dass der Gazastreifen nie wieder eine Sicherheitsbedrohung für Israel darstellt. Dies erfordert die Sicherung der Südgrenze.“

Die Hamas wirft Israel vor, die Verhandlungen über ein Abkommen mit der Weigerung zu blockieren, sich aus dem etwa 14 Kilometer langen Philadelphi-Korridor an der Grenze zu Ägypten zurückzuziehen. Die Islamisten fordern einen kompletten Abzug des israelischen Militärs aus dem Gazastreifen. Netanjahu dagegen verlangt, dass die Armee den Korridor auch nach einer Waffenruhe weiter kontrolliert, etwa um Waffenschmuggel zu verhindern. Israels Generalstabschef Herzi Halevi hatte vor wenigen Tagen bei einem Besuch dieses Gebietes gesagt, die Armee könne dort auch ohne eine ständige Präsenz und mit nur punktuellen Vorstößen die Kontrolle behalten.

Der israelische Verteidigungsminister Joav Galant verkündete nun bei einem Besuch im Grenzgebiet zwischen dem Gazastreifen und Ägypten, die dortige Hamas-Brigade bezwungen zu haben. „Die Rafah-Brigade ist besiegt worden und mehr als 150 Tunnel in dieser Region wurden zerstört“, sagte Galant. Er habe die Truppen angewiesen, sich in der kommenden Zeit auf die Zerstörung der verbliebenen Tunnel an der Grenze zwischen dem Küstenstreifen und Ägypten zu konzentrieren.

Der Streit um die Kontrolle über dieses Gebiet gehört zu den von Biden erwähnten Hindernissen bei den Verhandlungen über eine Waffenruhe und die Freilassung der Geiseln. Laut einem Bericht von „Politico“, der sich auf zwei israelische und zwei US-Beamte beruft, steht ein Abkommen kurz vor dem Scheitern. Zuvor war US-Außenminister Antony Blinken erneut zu Gesprächen in Israel, Ägypten und Katar gewesen, um den Verhandlungen zum Durchbruch zu verhelfen.

dpa/grs



Ein brennendes Auto bei einer Demo in Middlesbrough

AP/WIDEWORLD

Der Aufstieg der britischen Rechten

Großbritannien ist in diesem Sommer Schauplatz von Ereignissen geworden, die das Selbstverständnis der britischen Gesellschaft nachhaltig erschüttert haben. Im europäischen Vergleich war die rechtsextreme Szene auf der Insel bislang nur schwach vertreten. Umso schockierter reagierten die Briten auf die gelungenen Ausschreitungen.

VON MANDOLINE RUTKOWSKI
AUS LONDON

Randalierer demolierten Moscheen und Asylbewerberheime, plünderten Geschäfte, bewarfen Polizisten mit Ziegelsteinen. Premierminister Keir Starmer verurteilte die „rechtsextremen Ausschreitungen“, die Anti-Extremismus-Organisation Hope Not Hate sprach von der „vielleicht schlimmsten Welle rechtsextremer Gewalt der Nachkriegszeit“ in Großbritannien.

Auslöser war der Mord an drei Mädchen in Southport im Norden Englands Ende Juli, verübt von einem 17-jährigen Briten mit ruandischen Wurzeln. Kurz nach der Tat hatten Menschen in sozialen Netzwerken zu einwanderungskritischen Protesten, aber auch zu Gewalt gegen Migranten und Muslime aufgerufen. Die friedlichen Demonstrationen wurden schnell zur Randerscheinung, die Ausschreitungen nahmen überhand. Mehr als 1000 Personen wurden bislang festgenommen, wie viele davon rechtsextremes Gedankengut vertreten, ist noch unklar. Die Lage hat sich inzwischen beruhigt – doch zurück bleibt ein Land in einer Identitätskrise. Die Menschen in Großbritannien fragen sich, ob die jüngsten Unruhen auf eine wachsende rechtsextreme Szene auf der Insel hindeuten.

Obwohl die britischen Behörden den Islamismus nach wie vor als größte Bedrohung für die nationale Sicherheit betrachteten, zeigten sie sich in den letzten Jahren zunehmend besorgt über den er-

Die schweren Ausschreitungen in mehreren Städten werfen ein Schlaglicht auf die radikale Rechte in Großbritannien. Die Polizei rüstet sich für eine weitere Zunahme der Gewalt



„Genug ist genug“ skandierten die Demonstranten bei einer Demo in Nottingham nach dem Mord in Southport

AP/WIDEWORLD

starkenden Rechtsextremismus. Bereits 2019 stellte der damalige Chef der Antiterrorbehörde, Neil Basu, fest: „Das Problem ist klein, aber es ist das am schnellsten wachsende.“

Ein Urteil, das durch Untersuchungen bestätigt wird: Die Zahl der wegen terroristischer Straftaten verurteilten Rechtsextremisten ist laut Innenministerium in den letzten zehn Jahren von 4 auf 69 gestiegen – also um das mehr als 16-fache. Im vergangenen Jahr

wurden im Rahmen eines staatlichen Präventionsprogramms gegen Extremismus zudem 1310 rechtsextreme Verdachtsfälle gemeldet, im Vergleich zu 781 islamistischen. Damit überwiegen die rechtsextremen Verdachtsfälle laut Innenministerium bereits im dritten Jahr in Folge die islamistischen. Alarmiert sind die britischen Behörden auch über die Radikalisierung junger Menschen: Unter den Festgenommenen bei den jüngsten Krawallen waren

auch Minderjährige, darunter zwei Zwölfjährige.

„Es hat schon lange unter der Oberfläche gebrodelt“, sagt Julia Ebner, Leiterin des Forschungslabors für gewalttätigen Extremismus am Zentrum für sozialen Zusammenhalt der Universität Oxford. „In den letzten Jahren fand eine Radikalisierung im Internet statt, vor allem auf wenig moderierten alternativen Medienplattformen wie Telegram, wo sich Meldungen rasend schnell verbreiten.“ Die rechte Szene habe in diesen Räumen Ängste geschürt, vor allem mit islamistisch motivierten Straftaten wie dem Selbstmordanschlag auf das Konzert der US-Sängerin Ariana Grande in Manchester 2017, bei dem 23 Menschen ums Leben kamen.

Dieser Schneeballeffekt war auch nach dem Mord in Southport in den sozialen Netzwerken rasend schnell zu beobachten. Kurz nach der Tat verbreiteten Nutzer auf Telegram Falschinformationen, wonach der Mörder ein syrischer Flüchtling sei, und riefen zu Protesten und Gewalt auf. Diese Nachrichten gelangten später auch auf Plattformen wie X, Facebook und TikTok. Geht man den Urhebern dieser Botschaften nach, so wird die Zersplitterung des rechtsextremen Milieus in Großbritannien offensichtlich. Statt aus einigen führenden Kräften besteht sie aus vielen informellen Gruppen und Einzelpersonen mit unterschiedlichen Zielen.

Dass die Wut im Netz in einer solchen Gewalt auf den Straßen enden konnte, erklärt Ebner mit einer breiten Mobilisierung. Auf den Plattformen hätten sich verschiedene Strömungen zusammengefunden, indem sie sich „auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner im Feindbild einigten: Migranten und Muslime, vor denen ihre Kinder geschützt werden müssen“. Diese heterogene Gruppe habe sich vor allem aus Anhängern der anti-islamischen English Defense League, der ethnisch-nationalistischen Patriotic Alternative, Fußball-Hooligans und Verschwörungstheoretikern zusammengesetzt, erklärt sie. Reichweitenstarke Influencer wie Tommy Robinson und An-

drew Tate hätten die Debatte befeuert.

Zwar lässt sich kein Anführer dieser weitverbreiteten Bewegung bestimmen, aber einige Akteure haben in den letzten Wochen durch ihre öffentliche Präsenz besondere Aufmerksamkeit erregt. Dies gilt insbesondere für die Patriotic Alternative (PA), die von der britischen „Times“ im vergangenen Jahr als „die größte rechtsextreme, weiße, rassistische Bewegung in Großbritannien“ bezeichnet wurde.

Nach den Morden in Southport waren laut britischen Medien prominente Vertreter der Gruppe auf der Straße, Anhänger sollen zu Gewalt aufgerufen haben. Die Vereinigung wurde 2019 von Mark Collett, einem ehemaligen Vorsitzenden der Jugendorganisation der rechtsextremen British National Party, gegründet und propagiert die Bewahrung einer weißen britischen Identität. Offizielle Mitgliederzahlen gibt es nicht, dem Telegram-Kanal „Patriotic Alternative Official“ folgen knapp 7000 Nutzer.

Für Aufsehen sorgte auch Stephen Yaxley-Lennon, alias Tommy Robinson, die Galionsfigur der rechtsextremen Szene Großbritanniens. Auf X folgen ihm fast eine Million Menschen. Aus dem Ausland, wo er sich britischen Medienberichten zufolge aufhält, um einem Gerichtsverfahren zu entgehen, heizte er zuletzt die Debatte in den sozialen Netzwerken an. Bekannt wurde er durch die Gründung der English Defence League im Jahr 2009, die gegen eine aus Sicht ihrer Anhänger stattfindende Islamisierung Großbritanniens mobilisierte. Auf ihrem Höhepunkt um 2011 soll sie bis zu 35.000 Anhänger gehabt haben, bis vor Kurzem galt sie als inaktiv. Die britische Regierung macht die Bewegung für gewalttätige Ausschreitungen mitverantwortlich.

Die Gewaltbereiten, die ihre Wut auf den Straßen auslebten, repräsentieren jedoch nur einen Bruchteil der Gesellschaft. Eine deutliche Mehrheit, laut YouGov-Umfrage 85 Prozent, verurteilt die Krawalle. Aber auch in der Mitte der Gesellschaft gibt es Bedenken gegenüber der Zuwanderung.

Die Briten sind vor allem darüber verärgert, dass es der Regierung nicht gelungen ist, die illegale Einwanderung über den Ärmelkanal unter Kontrolle zu bringen. Seit 2018 hat sich der Seeweg von Frankreich nach England als meistgenutzte Route etabliert. Laut einer Umfrage der britischen Denkfabrik British Future vom März waren 69 Prozent der Befragten mit der Migrationspolitik der bis Juli regierenden Konservativen unzufrieden. 54 Prozent davon gaben an, dass die Regierung nicht genug gegen Bootsmigranten unternehme. Die rechtspopulistische Reform-UK-Partei, die eine scharfe Rhetorik gegen Migranten fährt, konnte aus dieser Unzufriedenheit zuletzt Kapital schlagen. Bei den Parlamentswahlen gelang ihr erstmals der Einzug ins Unterhaus.

Die neue Labour-Regierung steht in den kommenden Monaten vor zwei Herausforderungen: Zum einen muss sie die aufstrebenden rechten Kräfte zurückdrängen, die sich im Internet radikalisieren. Britischen Medienberichten zufolge will die Regierung das bislang teilweise wirksame Gesetz zur Internetregulierung verschärfen. Andererseits muss sie gegen illegale Einwanderung vorgehen. Vor allem Letzteres wird angesichts leerer Staatskassen und der Tatsache, dass Großbritannien seit dem Brexit in Migrationsfragen auf sich allein gestellt ist, eine Herkulesaufgabe werden.

Harris' radikale Migrationspolitik

US-Demokraten schieben ebenso viele Menschen ab wie zu Zeiten Trumps. Nun zahlt Washington Millionen an Panama für die Rückführung von Migranten

Militärs sichern den Zugang zur Maschine, ein Beamter der Migrationsbehörde weist den Weg in das Flugzeug: Einzelnen betreten die Migranten, angekettet an Händen und Füßen, die Treppenstufen des Air-Panama-Fliegers und verschwinden schließlich in seinem Bauch. Für sie ist der Versuch in Richtung USA zu gelangen damit zu Ende. Rund 30 Personen aus Kolumbien werden am Ende des Tages in ihre Heimat abgeschoben. Einige der zurückgeführten Migranten sollen laut dem Direktor der panamaischen Migrationsbehörde vorbestraft gewesen sein.

VON TOBIAS KÄUFER
AUS BOGOTA

In dieser Woche eröffnete Washington auf dem Flughafen von Panama-Stadt damit eine weitere Front gegen illegale Migration: Die Biden-Harris-Administration bezahlt Abschiebeflüge aus dem kleinen mittelamerikanischen Land. Und Panama agiert künftig als eine Art Abschiebedienstleister. Das öffentlichkeitswirksa-

me Joint-Venture der beiden Länder steht symbolisch für die Bemühungen der demokratischen US-Regierung, als knallhart in Sachen Migration zu gelten. Und ein genauer Blick zeigt, dass das, ganz anders als etwa in Falle Deutschlands, durchaus der Realität entspricht.

Die US-Regierung lässt nichts unversucht, um in den Wochen und Monaten vor den Präsidentschaftswahlen im November Bilder einer „Masseninvasion“ zu verhindern. Denn von diesem Szenario spricht derzeit Gegenspieler Donald Trump in nahezu jeder Wahlkampfrede. Die Bilder aus Panama haben deshalb vor allem einen innenpolitischen Hintergrund: Sie sollen zeigen, dass die Biden-Regierung alle Hebel in Bewegung setzt, um illegale Migration zu bremsen. Panama kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Denn das Dschungelgebiet zwischen dem Land und seinem südlichen Nachbarn Kolumbien ist eine der Hauptmigrationsrouten von Südamerika in Richtung USA. Allein im vergangenen Jahr durchquerten mehr als 500.000 Migranten die lebensgefährliche Wildnis –

und ein Ende der Massenmigration durch den Darien-Dschungel ist nicht in Sicht.

Auch deshalb wurde vor wenigen Wochen der rechtsgerichtete Jose Raul Mulino zum neuen Präsidenten Panamas gewählt. Er verspricht den „Dschungel abzuriegeln“ und Migranten, die auf ihrem Weg in die USA illegal einreisen, abzuschicken. In Washington wurde die Initiative erfreut zur Kenntnis genommen und als Vorlage für die eigene Anti-Migrations-Agenda genutzt. Eine der ersten Gratulantinnen war US-Botschafterin Mari Carmen Aponte, die in Rekordzeit einen Deal aushandelte: Panama schiebt ab und die USA bezahlen dafür. Mulino ließ daraufhin auf eigenem Territorium zahlreiche Grenzübergangspunkte mit Stacheldraht abriegeln, die USA stellten zunächst sechs Millionen US-Dollar zur Verfügung. Botschafterin Aponte postete in dieser Woche die Bilder vom ersten Abschiebeflug.

In Sachen Massenabschiebungen übertrifft die amtierende Regierung von Präsident Joe Biden und Vizepräsidentin Kamala Harris die Abschiebezahlen aus

Deutschland oder Europa bereits jetzt um ein Vielfaches. „Die 1,1 Millionen Abschiebungen seit Beginn des Fiskaljahres 2021 bis Februar 2024 sind auf dem besten Weg, die 1,5 Millionen Abschiebungen zu erreichen, die in den vier Jahren der Amtszeit von Präsident Donald Trump durchgeführt wurden“, schreibt der US-Thinktank Migration Policy Institute (MPI). Zum Vergleich: Laut EU-Statistikamt wurden im Jahr 2023 rund 110.000 Menschen aus den Mitgliedstaaten in ein Land außerhalb der Europäischen Union abgeschoben, ein Jahr zuvor waren es 96.800. Deutschland schob im Jahr 2023 etwa 16.430 Menschen ab, wie die Bundesregierung jüngst auf Anfrage der Linksfraktion mitteilte.

Ganz anders das Duo Biden-Harris: In den zwölf Monaten nach Auslaufen des umstrittenen „Title 42“ einer Regelung, die während der Corona-Pandemie zeitweise die Zurückweisung von Migranten aus gesundheitlichen Gründen ermöglichte und selbst danach noch bis Mitte Mai 2023 de facto angewandt wurde, wurden laut MPI 775.000 illegal eingereiste

Migranten abgeschoben oder an der Grenze abgewiesen – mehr als in jedem anderen Haushaltsjahr seit 2010. Und mehr als in jedem Jahr der Trump-Zeit.

Während Deutschland nur in Länder abschiebt, die als „sichere Herkunftsstaaten“ gelten – und bislang selbst Straftäter aus Syrien und Afghanistan nicht in ihre Heimatländer rückführen wollte – kennt die Biden-Harris-Administration derartige Zurückhaltung nicht. Im April dieses Jahres nahmen die USA gar Abschiebeflü-



Migranten werden in Handschellen in ein Abschiebeflugzeug geführt

REUTERS/ARIS MARTINEZ

ge nach Haiti wieder auf, obwohl in dem bellenarmen Karibikstaat ein blutiger Bandenkrieg tobt, zehntausende Menschen aus den Städten vertrieben wurden und Frauen und Mädchen Ziel sexueller Gewalt sind. Auch in die drei Linksdiktaturen Kuba, Nicaragua und Venezuela schoben die USA zuletzt ab, obwohl Regimeflüchtlingen dort staatliche Repression droht. Venezuela ist wohlgerne ein Sonderfall, denn wegen der schwierigen Beziehungen zwischen Washington und Caracas werden Abschiebeflüge immer wieder ausgesetzt.

Sollte sich der linksextreme Machthaber Nicolas Maduro nach dem Wahlbesieg Ende Juli gewaltsam an der Macht halten, droht von dort außerdem ein neuer „Migrationssunami“ wie Oppositionsführerin Maria Corina Machado jüngst erklärte. Migrationsexperte Ronal Rodriguez von der Universität Rosario in Bogota warnt: „Es gibt derzeit keine Beziehungen zwischen Panama und Venezuela und daher ist es nicht möglich, venezolanische Staatsbürger in ihr eigenes Land zurückzuführen.“

ESSAY

Wir schulden ihnen Ehrlichkeit

N ein, wirklich Schlimmes haben unsere Töchter in den Pandemie-Jahren nicht erlebt. Sie waren ja noch recht klein, zwei, sechs und neun im Frühjahr 2020 – in diesem Alter haben Kinder ja noch das anrührende Bedürfnis, möglichst viel Zeit mit den eigenen Eltern zu verbringen. Wären unsere Töchter bereits Jugendliche und damit in einem Alter gewesen, in dem vor allem der Austausch mit Gleichaltrigen zählt, hätten sie die Pandemie-Maßnahmen wahrscheinlich wesentlich härter getroffen. So erlebten sie einfach nur zwei oft triste Jahre, in denen ihr wichtigster Lebensraum außerhalb der Familie, die Schule, über Monate hinweg geschlossen war. Und wenn sie offen war, fand sie unter eher gespenstigen Bedingungen statt.

Alles, was fröhliche und prägende Schulzeit ausmacht, gab es nicht mehr: Projektwoche, Weihnachtskonzert, Schulfest, Bundesjugendspiele, Arbeitsgemeinschaften, Sportwoche, Chor, Schwimmen, Theateraufführung, Klassenfahrt: Alles gestrichen, zwei Jahre lang. Stattdessen Kontaktbeschränkungen, immer wieder Quarantäne, Tests, Eisesskalte im Winter durch gnadenloses Dauerlüften, versetztes Essen des Frühstücks im Schachbrettmuster und Verbote, den Radiergummi auszuleihen. Und natürlich Masken. Unsere Mittlere wurde während der Pandemie eingeschult, sie musste abgesehen von ein paar Wochen im Sommer eininhalb Jahre lang Maske tragen. Jeden Tag, in Schule und Nachmittagsbetreuung, sieben Stunden lang. Es gab nur wenige Erwachsene, denen wir Vergleichbares zugemutet haben – unsere Sechsjährige musste so lesen und schreiben lernen.

Und dann war da noch die Sache mit der großen Schwester. Die beiden hatten ein gemeinsames Schuljahr an der Grundschule, die Große in der 4., die Kleine in der 1. Klasse. Immer wieder hatten sie sich in den Jahren zuvor ausgemalt, zusammen auf dem Pausenhof zu spielen. Als es dann so weit war, war Pandemie, es galt eine strenge Kohortierung nach Klassen, der Pausenhof war mit Flatterbändern, abgesperrt, jede Klasse hatte ihren eigenen Bereich, mehr als Zuwinken war unmöglich. Abends betete die Kleine oft, nur ein einziges Mal mit ihrer großen Schwester spielen zu dürfen – sie wurde nicht erhört, die Absperrungen blieben fast zwei Jahre lang.

Dramatischeres haben wir nicht zu berichten, das erlebe ich nur im Umfeld oder erfahre ich durch Zuschriften. Der Junge, der unter diesen Bedingungen nie richtig in die Schule hineingefunden hat, inzwischen als „Schulverweigerer“ gilt und eine Förderschule besucht. Der 17-Jährige, der nach dem zweiten fünfmonatigen Lockdown nicht mehr in die Schule zurückgekehrt ist, und seitdem zu Hause ist, einfach nichts macht. Oder die junge Frau, schon vor der Pandemie psychisch nicht ganz stabil, die eine starke Magersucht entwickelt hat und im letz-

Von Anfang an war klar, dass Kinder und Jugendliche durch das Corona-Virus kaum gefährdet waren. Dennoch wurden sie zwei Jahre lang mit harten Maßnahmen überzogen. Schon deshalb brauchen wir eine Aufarbeitung der Pandemie

KRISTINA SCHRÖDER



ten Jahr daran gestorben ist. Darf man im Deutschland des Jahres 1 nach der Pandemie (ja, die letzten Maßnahmen wie die Maskenpflicht im ÖPNV endeten tatsächlich erst im Februar 2023, ich konnte es selbst kaum glauben) die desaströsen PISA-Ergebnisse deutscher Schüler beklagen, rasant steigende Adipositaszahlen bei Kindern und Jugendlichen anprangern oder mit Aplomb Kinderrechte fordern, aber darüber, was unsere Gesellschaft Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Pandemie angetan hat, weitgehend schweigen? Zumal ja von Anfang an klar war: Gesunde Kinder und Jugendliche waren durch das Sars-CoV-2-Virus nie nennenswert gefährdet, darauf wies etwa die Deutsche Gesellschaft für pädiatrische Infektiologie immer wieder hin.

Und obwohl dieses Wissen ab Beginn der Pandemie verfügbar war und in medizinischen Fachkreisen auch nie ernsthaft bestritten wurde (das allfällige Argument „Das konnten wir ja damals noch nicht wissen“ zählt hier also nicht), wurden Kinder und Jugendliche zwei Jahre lang erbarmungslos mit drastischen Maßnahmen überzogen. Dass Eltern oft glaubten, dies alles geschehe zum Schutz ihrer Kinder, erleichterte für die Politik die Sache ungenügend, denn so gab es nur wenig nennenswerten Widerstand.

Und so kam es zum ersten Lockdown, den ich in den ersten Wochen ja noch nachvollziehen konnte. Als Deutschland im April/Mai im Gegensatz zu an-

deren europäischen Ländern die Öffnungen allerdings nicht mit Schulen und Kindergärten begann, sondern Baumärkte, die Bundesliga und Fitnessstudios Vorrang vor Grundschulen genossen, hatte ich das erste Mal das Gefühl: Hier läuft etwas gewaltig schief. Es folgte der zweite Lockdown 2020/2021, bei dem aus dem flehentlichen Appell Angela Merkels im Bundestag, die Schulen nur drei Tage bis zu den Weihnachtsferien zu schließen, für Schüler insbesondere der Mittelstufe fünf Monate wurden. Es folgte die Bundesnotbremse, bei der Kathrin Göring-Eckhardt sich im Bundestag dafür einsetzte, beschämenderweise mit Unterstützung meiner Partei, dass die Schwelle für Schulschließungen im Rahmen der Bundesnotbremse noch weiter abgesenkt wurde, als es das notorisch auf Maßnahmen für Kinder und Jugendliche fixierte Bundeskanzleramt ohnehin schon vorgeschlagen hatte.

Später befand das Bundesverfassungsgericht auch diese Schulschließungen vollumfänglich für rechtmäßig – und machte in seinem Urteil bemerkenswerterweise noch nicht einmal den Versuch, zu behaupten, diese seien zum Schutz der Kinder notwendig gewesen. Und während geimpfte Erwachsene ab Frühjahr 2021 nach und nach endlich wieder ein einigermaßen normales Leben führen konnten – sie waren ja nicht mehr ansteckend, so der Irrglaube – wurden gegenüber Kindern und Jugendlichen die Maßnahmen immer noch knallhart durchgezogen.

Im Juni 2021, seit Tagen lagen die Temperaturen um die 30 Grad, erbaterte sich das Hessische Kultusministerium: Wenigstens die Maskenpflicht auf dem Schulhof wurde aufgehoben. Wenige Tage später schrieb das Wiesbadener Gesundheitsamt an die örtlichen Schulleiter und empfahl, dennoch auch im Freien weiter Maske zu tragen, „wenn ein Abstand von mindestens 1,5 m nicht gewährleistet werden kann“, so die absurde Vorgabe der Behörde, die sich auf einem Grundschulpausenhof nur umsetzen lässt, wenn man jedes Kind in einen Kreidekreis stellt und ihm verbietet, diesen zu verlassen. Sollte es zu einer „Unterschreitung des Mindestabstands ohne Masken“ kommen, könne dies „für eine große Anzahl von Kontaktpersonen Quarantäne-Maßnahmen zur Folge haben“, lautete die kaum verhohlene Drohung des Amtes gegenüber Sechsjährigen, die es wagten, die Maske im Freien bei 30 Grad auch tatsächlich abzunehmen.

Drei Jahre später wird die Debatte um eine Aufarbeitung der Pandemie-Maßnahmen immer lauter. Ich denke, wir sind Kindern und Jugendlichen dabei wenigstens eines schuldig: Ehrlichkeit. Die Wahrheit ist: Sie wurden benutzt. In der Hoffnung, dass andere Teile der Gesellschaft davon einen Nutzen haben, haben wir ihnen drastische Dinge angetan, von denen sie fast nur Schaden hatten. Und unter deren Folgen sie, das räumt auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil freimütig ein, in vielen Fällen lebenslang leiden werden. Mit Immanuel Kant könnte man sagen: Wir haben sie zu einem Mittel für die Zwecke anderer Menschen gemacht. Völlig unabhängig davon, ob damit wirklich ein Nutzen für andere erzielt wurde oder nicht: Das darf man nicht, mit Menschen generell nicht, mit Kindern und Jugendlichen schon gar nicht. Vielleicht können wir uns als eine Konsequenz aus unserem Umgang mit der Pandemie zumindest darauf wieder einigen.

■ Kristina Schröder war von 2002 bis 2017 Mitglied des Bundestages und von 2009 bis 2013 Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend. Sie gehört der CDU an und ist Mutter von drei Töchtern.

GASTBEITRAG

Das Ende des Nimbus vom unbesiegbaren Russland

KLAUS WITTMANN



In Russlands Unterwerfungskrieg gegen sein Nachbarland hat die Ukraine den Spieß umgedreht und mit einem kühnen Entlastungsangriff eine neue Front auf russischem Gebiet eröffnet, nämlich in der Region Kursk, von wo ihr Territorium, ihre Städte, ihre lebenswichtigen Einrichtungen und ihre Bevölkerung ständig beschossen werden. Groß war die Spannweite der Reaktionen von: „Russland beginnt den Krieg zu verlieren“ über „Die Ukraine dreht das Narrativ vom verlorenen Krieg“ bis hin zu „Das Kursk-Manöver könnte das militärische Ende der Ukraine einleiten“.

Mittlerweile hat sich das Bild geklärt: Eine risikoreiche Angriffsoperation haben die ukrainischen Streitkräfte am 6. August begonnen. Aber die Überrumpfung der Russen ist vollständig geplatzt. Der Täuschungsplan muss ähnlich komplex wie der Operationsplan gewesen sein. Auf russischer Seite waren Aufklärung, Verteidigungsplanung und -vorbereitungen, Lagebild sowie ausreichende Kräfte nicht existent, die Reaktion panisch und chaotisch.

Die öffentliche Darstellung der „Geschehnisse an der Grenze“ (Präsident Wladimir Putin) bewegte sich von Leugnung über Erfolgsmeldungen zum Kleinreden. Die peinlichen öffentlichen Unterredungen Putins mit seinem Generalstabschef und den zuständigen Gouverneuren sind Ausdruck der tiefen Demütigung des Regimes und seiner unsouveränen Reaktion. Kampfkraftige Reserven hat es bis heute nicht aufgebracht, entgegen Putins Zusicherungen werden Wehrpflichtige eingesetzt, russische Opfer und Kriegsgefangene gehen in die Hunderte. Starre Hierarchie und Putins dosierte Informiertheit wirken lähmend.

Unterdessen hat die Ukraine nach eigenen Angaben mindestens 1000 Quadratkilometer russisches Territorium besetzt und über 70 Ortschaften unter Kontrolle. Kräfte mehrerer Elitebrigaden sind im Einsatz – Kampftruppen mit Feuerunterstützung, Flugabwehr, elektronischer Kampfführung, Logistik, Verdunenevakuierung und sehr flexibler Gefechtsführung. Über 200.000 Bewohner sind bereits evakuiert, und um die Versorgung der Verbliebenen kümmern sich die ukrainischen Truppen, in demonstrativem Kontrast zur Aufführung der Russen in von ihnen eroberten Gebieten. In der Regionhauptstadt Sudscha wurde eine ukrainische Militärkommandantur eingerichtet.

Über das Motiv dieses Handstreichs wurde lange gerätselt, bis sich – auch aufgrund später Äußerungen des Präsidenten und des Generalstabschefs – Folgendes herauskristallisiert zu haben scheint: Der zentrale Begriff „Pufferzone“ meint offenbar das Ausschalten von Truppenbereitstellungen, Militärflugplätzen, Abschussvorrichtungen, weitreichender Artillerie, Flugzeugen mit Gleitbomben und anderes auf der russischen Seite. Dies scheint das Hauptziel zu sein: Russland sein „Sanktuarium“ zu nehmen – während zusätzliche Wirkungen zwar erwünscht sind, aber nicht jeweils alleiniger Grund für die Operation gewesen sein können.

Befreiungsschlag und Wiedererlangen der Initiative sowie Entlarvung der Schwäche des „unbesiegbaren Russland“ (gut gelungen), Hebung von Kampfwille und Moral des ukrainischen Volks und seines Militärs (überzeugend), Zwang zum Abzug russischer Truppen von der bedrängten Ostfront (bis dato wohl äußerst beschränkt, dort bleibt der russische Schwerpunkt), Faustpfand für Verhandlungen (möglich, aber die Ukraine will die Region nicht auf Dauer besetzen), Maximierung russischer Verluste (erfolgreich), Kriegsgefangene für spätere Austausch. Abwegig erscheint die Vermutung, das Kernkraftwerk Kursk sei ein Angriffsziel. Die Ukraine beachtet die diesbezüglichen kriegsvölkerrechtlichen Bestimmungen.

Putins Klagen über „Provokationen“ sind zynisch, wenn nicht lächerlich – ebenso wie die Verlautbarung des russischen Außenministeriums, dass wegen der „terroristischen Aktionen“ Friedensgespräche mit der Ukraine auf lange Sicht „auf Eis gelegt“ seien. Deutsche Medien erwähnten kritisch den Einsatz von Schützenpanzer Marder, aber die sind nach der Übergabe ukrainische Waffen. Über fehlende Vorabinformation wurde geklagt – angesichts der bei

einer solchen Aktion notwendigen Geheimhaltung ist das naiv. Und viel zu sehr werden von manchen sachkundigen Kommentatoren Gefahr und Risiko der Operation betont – so wie sie teilweise schon zweieinhalb Jahre lang nur Misserfolge vorausgesagt haben.

Seitens der Unterstützer-Nationen sollte man den Erfolg dieser meisterhaften Offensive vorbehaltlos würdigen und erkennen, dass das Image vom „unbesiegbaren Russland“ einen möglicherweise irreparablen Schaden erlitten hat. Das – und die vielen ukrainischen Erfolge gegen Militärflugplätze, Munitionsdepots, Ziele auf der Krim, die Schwarzmeerflotte – sollte dazu führen, alles zur Unterstützung des ukrainischen Momentums zu tun. Beziehungsweise zu seiner Wiederbelebung, vor allem an der Donbass-Front. Dort beobachten und kommentieren wir seit Monaten das langsame, wenngleich verlustreiche, russische Vorrücken (durch quantitative Überlegenheit – „Masse statt Klasse“), anstatt der Ukraine beschleunigt den erforderlichen Nachschub an Waffen und Munition zu liefern. „Abnutzungs-krieg“ bringt die Ukraine auf die Verliererstraße; dem hat die ukrainische Führung nun mit ihrem Denken „outside the box“ abgeschworen. Dynamik und erneute Offensivkraft müssen auch die Verbündeten fördern.

Und sofern die obige Beurteilung der ukrainischen Motive zutrifft, sollte man sich bei uns Folgendes vor Augen halten: Bei Verfügbarkeit weitreichender Waffen wie des Marschflugkörpers Taurus und ohne die absurden Einschränkungen



VIEL ZU SEHR
WERDEN GEFAHR
UND RISIKO DER
KURSK-OPERATION
BETONT

zum Beispiel bei den amerikanischen Atacms-Waffen wäre diese umfangreiche Angriffsoperation möglicherweise vermeidbar gewesen, weil der Zweck – Ausschalten des russischen Beschlusses – mit Feuerwirkung risikoärmer hätte erreicht werden können.

Aus der Entzauberung des russischen „Unbesiegbarkeits“-Nimbus gilt es Schlussfolgerungen zu ziehen: Die Furcht vor Eskalation, die bei der westlichen Hilfe zu fatalen Verzögerungen und restriktiven Auflagen geführt hat, ist Selbstabschreckung. Wo ist Eskalation zu erkennen bei der hilflosen russischen Reaktion? Wann, wenn nicht nach der ersten militärischen Besetzung russischen Bodens seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, wäre aus russischer Sicht eine „furchtbare Antwort“ angebracht? Müsste nicht nach der Doktrin Putin bei einem solchen Angriff auf russisches Territorium sofort seine ständigen Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen wahr machen? Doch er eskaliert ohnehin in jederlei Hinsicht etwa mit periodischer Intensivierung der verbrecherischen Luftkampagne, auch ohne den Anlass einer „Vergeltung“ gegen ukrainische Maßnahmen. Seine „roten Linien“ sollten spätestens jetzt nicht länger ernst genommen werden.

Die Ukraine hat gezeigt, was sie hinsichtlich Überraschung, Kampfkraft und flexibler Führung zustande bringt. Daraus lässt sich schließen, was sie zustande bringen könnte, würden endlich die erforderlichen Waffen und Munition geliefert und die Beschränkungen des Einsatzes – denkbar: für einen 100-Kilometer-Streifen jenseits der ukrainisch-russischen Grenze – aufgehoben. Ad acta gelegt werden sollte das Narrativ vom unvermeidlichen russischen Sieg, dem nutzlosen ukrainischen Widerstand und der vergeblichen westlichen Hilfe. Die Kursk-Offensive kann ein Wendepunkt in diesem Krieg sein. Sie sollte jedenfalls zum Wendepunkt hinsichtlich der Intensität unserer Bereitschaft zur militärischen Unterstützung der Ukraine sein – nicht nur „solange wie nötig“, sondern auch „zeitgerecht“ und „mit allem Erforderlichen“.

■ Brigadegeneral a.D. Klaus Wittmann lehrt Zeitgeschichte an der Universität Potsdam.

OFFENE BAUMÄRKTE UND FITNESSSTUDIOS HATTEN VORRANG VOR DEN GRUNDSCHULEN

KOMMENTAR

Eine Zeitenwende für den deutschen Fußball

Manuel Neuer hat die richtige Entscheidung getroffen. Sein Rücktritt aus der deutschen Fußball-Nationalmannschaft ist verständlich. Sie kommt zum richtigen Zeitpunkt – und bietet der Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) auch Chancen. Neuer verkündete bei Instagram, dass er nach 124 Länderspielen nicht mehr für Deutschland auflaufen wird. Nach 15 Jahren endet eine Ära. Neuer war einer der besten Nationaltorhüter – nicht nur in der Historie des DFB, auch in der Geschichte des Weltfußballs. Sieben Jahre führte er Deutschland als Kapitän auf den Rasen. Es tritt einer der – nicht nur körperlich – ganz großen deutschen Sportler ab. Eine große Persönlichkeit, die sich auch in heiklen Momenten, etwa nach bitteren Niederlagen, immer gestellt hat.

Neuer gewann die Weltmeisterschaft in Brasilien und revolutionierte das Torhüter-Spiel. Doch in den vergangenen Jahren hatte er nicht immer die Topform, seine schwere Fußverletzung war ein Einschnitt. Es verdient großen Respekt, wie er sich zurückkämpfte. Und wie sehr er es als Ehre und Verpflichtung empfand, für Deutschland zu spielen. Deswegen tat Neuer sich mit dieser Entscheidung schwer. Und nahm sich lange Zeit, um sie zu treffen. Neuer hat sich intensiv mit seiner Familie besprochen – und nun mehr Zeit für Privates.

Sein Entschluss bedeutet eine Zeitenwende in der Nationalelf. Innerhalb weniger Wochen haben sich

die erfahrensten Spieler aus der Auswahl verabschiedet: erst Toni Kroos, dann Thomas Müller, Anfang der Woche Kapitän Ilkay Gündoğan – und jetzt Neuer. Das 1:2 bei der EM gegen Spanien war Neuers letztes Spiel. Er hätte sich so gern mit einem Titel verabschiedet. Doch die WM 2026 in den USA ist zu weit weg. Neuer wäre dann 40 Jahre alt.

Die Routiniers sind weg. Wer führt nun die Mannschaft? Wer übernimmt Verantwortung? Das sind die wichtigsten Fragen für Bundestrainer Julian Nagelsmann. Neuers Entschluss stellt ihn vor besondere Herausforderungen. Mit den Abgängen der meinstarken Routiniers verändert sich das Gefüge dieser Mannschaft enorm. Vieles deutet darauf hin, dass Joshua Kimmich vom FC Bayern nun der neue starke Mann in der Nationalelf wird. Auch Abwehrchef Antonio Rüdiger von Real Madrid ist im Hinblick auf Führung nun noch mehr gefordert. Auf wen Nagelsmann sonst noch setzt und wie gut die neue Hierarchie funktioniert, wird sich bereits bei den Spielen in der Nations League in rund zwei Wochen zeigen.

JULIEN WOLFF



Nagelsmann wollte nach der Heim-EM in Deutschland – die für die deutsche Mannschaft mit dem Erreichen des Viertelfinales ordentlich, aber längst nicht perfekt lief – neue personelle Akzente setzen. Jetzt muss er es. Eine weitere Verjüngung tut der Mannschaft gut. Das Erbe der Weltmeister-Generation um Neuer, Müller und Kroos anzutreten, wird schwer. Doch die aktuelle Situation bietet auch Chancen. Ohne „die Alten“ sind die anderen Generationen mehr gefordert, haben Raum, um sich zu entwickeln. Der Bundestrainer kann bis zur WM in den USA etwas aufbauen. Und wird dabei neue Führungsspieler entwickeln. Nagelsmanns Glück: Die Torhüter-Position ist bestens besetzt. In Marc-André ter Stegen vom FC Barcelona wird ein Weltklasse-Keeper künftig das deutsche Tor hüten. Der 32-Jährige hat lange darauf gewartet. Jetzt ist seine Zeit gekommen.

Manuel Neuers Vertrag beim FC Bayern München gilt bis zum 30. Juni 2025. Insofern bleibt er dem deutschen Fußball noch erhalten. In einem Jahr könnte diese großartige Karriere dann endgültig beendet sein. Die deutsche Nationalmannschaft bekommt in diesem Sommer ein neues Gesicht. Ohne Neuer. Ohne einen Spieler, der Deutschland über Jahre hervorragend repräsentierte. Und es sich und vielen anderen in den vergangenen Jahren noch einmal bewiesen hat.

julien.wolff@welt.de

Flott rollen die E-Mountainbikes auf den ersten Kilometern dahin. Die Häuser von Reichraming bleiben zurück, auf Asphalt folgt Schotter, dann schrauben sich links und rechts die Felswände des Hintergebirges in den Himmel. Neben an stromert ein Wildbach in seinem breiten Bett. Noch eine Brücke überquert – und plötzlich ist die Welt in 50 Schattierungen von Grün getaucht. Hüfthoch wuchert Farnkraut, Sonnenstrahlen tasten sich durch die Kronen mächtiger Laubbäume, im Unterholz hat sich ein Orchester zu einem Begrüßungsständchen eingefunden: Ein Specht hämmert, es tschilpt und krächzt in einem fort. Vom Gegenhang grüßen einige monumentale Buchen, durch die der Wind streicht.

VON STEFAN SPATH

Nationalpark Kalkalpen heißt diese urtümliche Ecke im Südosten Oberösterreichs. 210 Quadratkilometer mit zerklüfteten Felsarenen, Schluchten, unberührten Bächen und einem Schatz an Wäldern, wie er in der Alpenrepublik kein zweites Mal zu finden ist. 32 unterschiedliche Waldgesellschaften vereine das Gebiet, sagt Franz Sieghartsleitner, „es gibt keinen Nationalpark in den Alpen mit einem höheren Waldanteil“.

Der 63-jährige Nationalparkmitarbeiter begleitet an diesem Sommertag eine Mountainbike-Tour durch das Schutzgebiet. Aus seinen Augen blitzt der Schalk, und mit seinem Schnurrbart und seiner Statur erinnert er ein bisschen an den allzeit kampfbereiten Gallier Asterix. Vor gut 40 Jahren gehörte er zu den Aktivisten, die für den Schutz des Wälder-Potpourris auf die Barrikaden stiegen. Damals wälzte die Stromwirtschaft Pläne, die örtlichen Canyon-Schönheiten zu fluten und hinter Staumauern verschwinden zu lassen. Dann wollte ein Rüstungskonzern einen Kanonenschießplatz einrichten und schlug vor, den Wanderern über einen Ampelbetrieb Zeitfenster für gefahrloses Passieren zu verschaffen.

Hin und her wogte der Streit, bevor die Politik schließlich 1997 mit der Gründung eines Nationalparks die Ampeln auf Grün stellte. Seither können Besucher miterleben, wie sich die Region zurück in eine Wildnis verwandelt. Nur zu Fuß erschließt sich das Herzstück des Reservats mit seinen uralten Buchenhainen, die als Weltnaturerbe ausgewiesen sind. Doch auch für Radfahrer sind die Bedingungen erstklassig, seit die Nationalparkverwaltung ehemalige Forststraßen von Mitte April bis Ende Oktober zur Erkundung per Mountainbike freigegeben hat. In Kombination mit dem Ennstal- und dem Steyrtal-Radweg, die das Schutzgebiet flankieren, Verleihstationen in den umliegenden Gemeinden, radlerfreundlichen Quartieren sowie Zubringerdiensten durch eine Lokalbahn hat sich die Region zu einer der abwechslungsreichsten Mountainbike-Destinationen ganz Österreichs gemauert.

Die von Sieghartsleitner begleitete Tour führt über 48 Kilometer und 1500 Höhenmeter von Reichraming im Norden nach Windischgarsten im Süden des Schutzgebiets. Sie ist zugleich Etappe 2 der „Trans Nationalpark“, welche die Kalkalpen-Wildnis mit dem steirischen Nationalpark Gesäuse zu einem sechstägigen Ritt durch die wilde Mitte Österreichs verbindet. Wer bereits über Mountainbike-Erfahrung verfügt, kommt mit der Strecke gut zurecht. Technisch gilt sie als leicht, nur eine kurze geröllreiche Passage gilt es besser schiebend zu überwinden. Das Höhenprofil ist aber durchaus anspruchsvoll. Untrainierten Radlern sei deshalb ein geländegängiges Bike mit E-Motor dringend empfohlen.

Die Szenerie erweist sich allerdings als viel zu schön, um im Sport- oder Turbo-Modus hindurchzuhausen. Seit der Wald sich selbst überlassen bleibt, hat er mancherorts märchenhafte Züge angenommen. Auf einer Lichtung haben sich zwei vom Alter gefällte Baumriesen ineinander verkeilt. Pilze, Flechten und Moose haben die Stämme besiedelt und schaffen Lebensräume für eine beeindruckende Insektenvielfalt. Mit vereinten Kräften bereiten die Totholzbewohner den Boden für den Urwald von morgen auf. Einen wertvollen Beitrag für die Biodiversität leistet auch der Borkenkäfer, den die Forstwirte fürchten wie der Teufel das Weihwasser. „Er nimmt viele geschwächte Fichten heraus. So kann sich wieder ein artenreicher und robuster Wald entwickeln“, erläutert Sieghartsleitner.

Ein paar Steinwürfe weiter hat die Natur ihr Füllhorn über einem Hochmoor ausgeschüttet. Wollgras sprenkelt die sumpfige Wiese mit weißen Tupfen, dazwischen haben sich seltene pinkfarbene Orchideen breit gemacht. Schmetterlinge tingeln von Nektar-Tankstelle zu Nektar-Tankstelle. Noch ein Weidegatter wird passiert, vorbei an grasenden Kühen, dann ist mit der Ebenforst-Alm in 1100 Meter Höhe der Panorama-Höhepunkt des Tages erreicht. Im Süden reißen sich die Walddecken des Reichraminger Hintergebirges aneinander, von Westen leuchten die Kalkklötze des Sengengebirges herüber. Eigentlich, so erklärt der Guide mit einer weit ausholenden Geste, hätte auch der Luchs hier ein gutes Auskommen. Doch seine Wiederansiedlung kommt einfach nicht in die Gänge. Wilderer haben ei-



STEFAN SPATH

Der österreichische Nationalpark Kalkalpen bietet eine fantastische Vielfalt an Mountainbike-Strecken – und ebenso großartige Einblicke in eine Wildnis von morgen



SBINE KNER

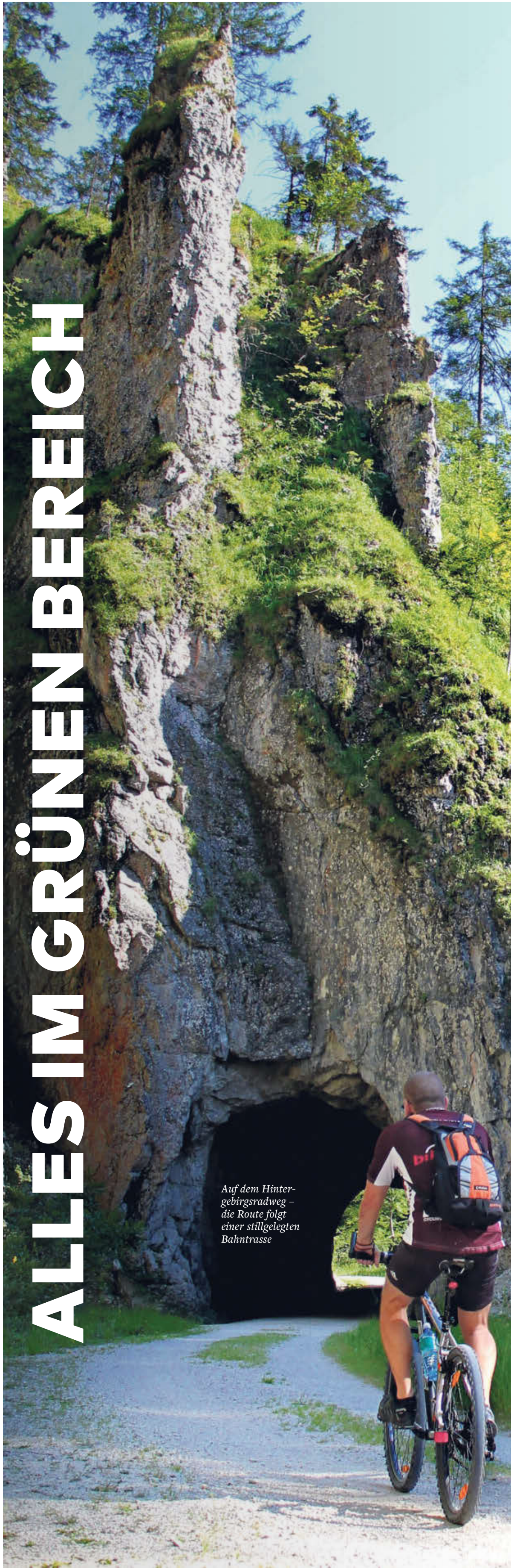


STEFAN SPATH



STEFAN SPATH

Der Radweg „Trans Nationalpark“ beginnt in Steyr und zieht sich insgesamt 240 Kilometer durch die Kalkalpen; nach jeder Tagesetappe wird aufgetankt – die E-Bikes hängen an der Strippe und die Radurlauber stärken sich mit rustikaler Kost (Fotos von oben nach unten)



ALLES IM GRÜNEN BEREICH

Auf dem Hintergebirgsradweg – die Route folgt einer stillgelegten Bahntrasse

STEFAN SPATH

nige der ausgewilderten Pinselohr-Katzen abgeknallt. Der Bestand sei auf fünf Exemplare geschrumpft, und mit der Fortpflanzung klappe es nicht. „Wenn nicht in den nächsten Jahren frisches Blut kommt, bricht die Population wohl zusammen“, so sein nüchterer Befund.

Zurück auf den Sattel. Konzentration und smarte Bremsstechnik sind auf der langen Abfahrt in den Bodinggraben gefordert. Rasch schmelzen die Höhenmeter wieder dahin. Wenn sich das erste Zittern in den Oberschenkeln bemerkbar macht, kommt der Mittagstisch bei Maria Hahn wie gerufen. Im „Jagahäusl“, das zu einem Ensemble rund um eine ehemals gräfliche Jagdvilla gehört, zelebriert die 67-Jährige im Sommer ein Hochamt auf die regionale Kochkunst. Geselchtes, Wildwurst mit Sauerkraut und Kaspressknödelsuppe stehen auf der Speisekarte. Flott kommen die Stärkungspakete durch das Servicefenster zu den Bikern, die sich mit Blick auf den herrlichen Talschluss auf den Schlussanstieg einstimmen.

Dreieinhalb Stunden reine Fahrzeit weist das Display am Ende des Tages aus – das ist für Radler mit Durchschnittskondition und etwas Mountainbike-Erfahrung gut zu schaffen. Für Anfänger und Familien hat vielleicht der Hintergebirgsradweg (R 9) die richtige Kragenweite. Von Reichraming aus folgt er den Spuren einer Schmalspurbahn, die einst den Holzschatz aus der tiefsten Waldeinsamkeit hinab zur Enns transportierte. Die Gleisstrasse wich einem geschotterten Rad-Highway, der nur unmerklich ansteigt. Links plätschert ein Wasserfall herab, rechts laden türkis leuchtende Gumpen zu einer Abkühlung, und bei der Durchquerung der alten, schummrigen Bahntunnel kommt etwas Nervenkitzel auf.

Für sportliche Naturen erweist sich dagegen die in Nord-Süd-Richtung ausgeschilderte „Trans Nationalpark“ als Maß aller Dinge. Seit für die XL-Tour Komplettpakete mit Quartieren, Gepäckservice und Rücktransport angeboten werden, ist ihre Popularität gestiegen. Los geht es in Steyr, das im Mittelalter durch Eisenverarbeitung zu einer Boomtown der Habsburger-Monarchie aufstieg. Der Rohstoff kam vom steirischen Erzberg über die Enns heran und ließ Kleinindustrie im Umkreis erblühen. Im abgelegenen Weiler Trattenbach etwa entstanden Taschenmesser aus Scharsach-Stahl mit Holzgriffen, die Absatz in halb Europa fanden. Von den einst 17 Messerer-Betrieben ist heute noch einer übrig.

Eng schmiegen sich die Häuser an den Wasserlauf, der die Hämmer und Schleifsteine einst mit Energie versorgte. Dem Bach folgen die Radler aufwärts, dann geht es weiter auf einsamen Forststraßen, die auf der „Trans Nationalpark“ den Takt angeben. 240 Kilometer und 7300 Höhenmeter sind zurückzulegen, bevor die Drahtesel inmitten der Gesäuseberge zum Stehen kommen. Der Talschluss von Johnsbach ähnelt einem Amphitheater. Hunderte Meter steigen die Felswände der Hochtorggruppe an. Hier ist das Reich der Gämsen und der Kletterer – und auch für die ambitioniertesten Mountainbiker gibt es kein Weiterkommen mehr.

Die Teilnahme an der Reise wurde unterstützt von Oberösterreich Tourismus. Unsere Standards der Transparenz und journalistischen Unabhängigkeit finden Sie unter go2.as/unabhaengigkeit

Tipps und Informationen

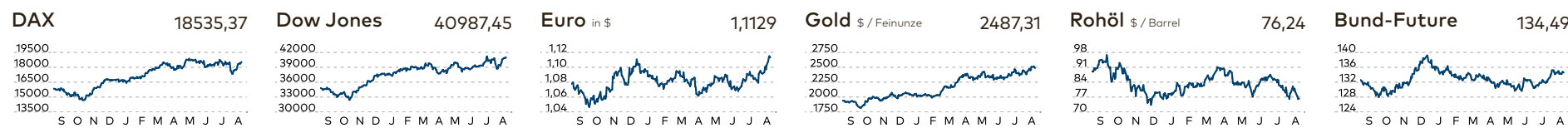
Anreise: Steyr ist von München aus mit einmaligem Umsteigen in Linz gut per Zug erreichbar (bahn.de und oebb.at). Mit dem Auto fährt man von München über die Autobahnen A8 und A1 Richtung Linz, bei Enns-West (Abfahrt 158) auf die B309 nach Süden bis nach Steyr.

Radfreundliche Unterkünfte: „Harry's Home Steyr“, DZ ab 120 Euro, E-Bike-Verleih an Gäste, harrys-home.com/steyr/. „Villa Sonnwend National Park Lodge“ in Roßleithen, DZ/HP ab 204 Euro, zwei Nächte Mindestaufenthalt, villa-sonnwend.at.

Service: Einen guten Überblick zum Thema Radfahren in der Nationalparkregion bieten die Websites kalkalpen.at/radfahren und steyr-nationalpark.at/aktivitaeten/sommer/radfahren.html. „Trans Nationalpark“-Route mit Streckenprofil inkl. GPS-Daten: transnationalpark.at/etappen/. E-Mountainbike-Verleihstationen gibt es zum Beispiel in Garsten (fünf Kilometer von Steyr entfernt) sowie in Reichraming (30 Kilometer südlich), emobility.co.at/e-bike-verleihstationen. Rad-Rückreise: Entweder samstags, sonn- und feiertags per Zug von der Bahnstation Johnsbach (sieben Kilometer vom Ort entfernt) nach Steyr (mit einmal Umsteigen). Oder per Raddtaxi zu den nächstgelegenen Personenverkehr-Bahnhöfen in Ardnring oder Weibenbach-St. Gallen und von dort zurück zum Ausgangspunkt der Tour.

Weitere Infos: oberoesterreich.at/kalkalpen.at/nationalpark; nationalpark-gesaeuse.at

BÖRSEN-WELT:

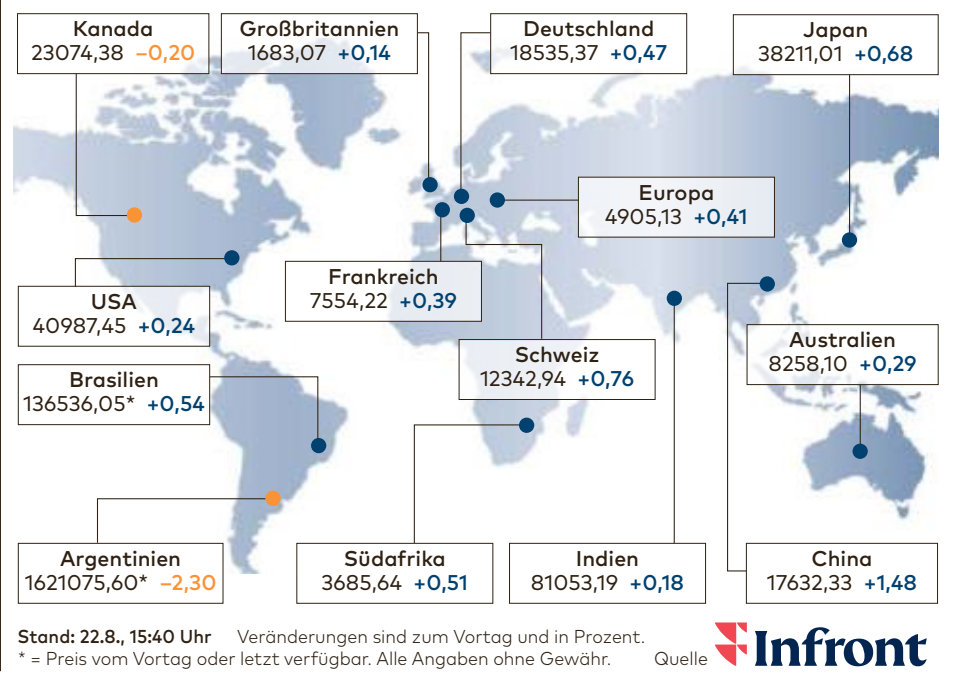


DAX

22.08. (15:40 Uhr)	Kurs in €	Veränderung Vortag in %	Tief	12 Monate Vergleich	Hoch	Marktt. Mrd. €	Div. in €	Div. Rend.	KGW 2024
Adidas NA	217,90	+0,2	154,6	242,0	39,22	0,70	0,32	76,46	
Airbus	139,30	+0,2	120,2	172,8	110,37	2,80	2,01	21,11	
Allianz vNA	272,20	+0,2	215,8	280,0	106,63	13,80	5,07	11,07	
BASF NA	44,50	+0,8	40,18	54,93	39,72	3,40	7,64	15,08	
Bayer NA	27,86	-0,9	24,96	51,32	27,37	0,11	0,39	10,92	
Beiersdorf	127,05	+0,2	118,0	147,8	31,64	1,00	0,79	28,88	
BMW St.	83,32	-0,3	77,98	115,4	48,31	6,00	7,20	4,99	
Brenntag NA	64,64	-0,6	62,24	87,12	9,33	2,10	3,25	12,80	
Commerzbank	12,90	+1,5	9,12	15,83	15,28	0,35	2,71	6,45	
Continental	59,38	-0,1	51,48	78,40	11,88	2,20	3,70	7,33	
Covestro	53,96	+0,2	44,57	55,66	10,20	-	-	67,45	
Daimler Truck	34,19	-0,4	27,97	47,64	28,14	1,90	5,56	7,35	
Dt. Bank NA	14,55	+3,8	9,44	17,01	29,01	0,45	3,09	6,61	
Dt. Börse NA	197,40	+0,5	152,6	197,7	37,51	3,80	1,93	19,35	
Dt. Post NA	37,90	-0,2	35,82	47,03	45,48	1,85	4,88	11,84	
Dt. Telekom	25,09	+0,4	19,10	25,34	125,11	0,77	3,07	14,76	
E.ON NA	12,48	+0,9	10,43	13,48	32,96	0,53	4,25	11,35	
Fresenius	32,57	+1,0	23,93	33,57	14,92	-	-	12,53	
Hann. Rück NA	250,50	+1,3	193,9	256,6	30,21	7,20	2,87	13,80	
Heidelb. Mat.	92,48	+0,7	65,24	103,6	16,84	3,00	3,24	8,29	

	Kurs in €	Veränderung Vortag in %	Tief	12 Monate Vergleich	Hoch	Marktt. Mrd. €	Div. in €	Div. Rend.	KGW 2024
Henkel Vz.	80,66	+0,7	65,88	85,74	14,37	1,85	2,29	18,98	
Infineon NA	32,17	+0,2	27,07	39,35	42,01	0,35	1,09	16,93	
Mercedes-Benz	61,70	-0,3	55,08	77,45	66,01	5,30	8,59	5,14	
Merck	171,20	+0,6	134,3	176,3	22,13	2,20	1,29	25,36	
MTU Aero	267,80	+1,1	158,2	279,1	14,41	2,00	0,75	22,89	
Münch. R. vNA	468,50	+0,6	351,8	473,6	62,67	15,00	3,20	12,09	
Porsche AG Vz.	70,70	+0,1	65,12	103,1	32,20	2,31	3,27	13,09	
Porsche Vz.	40,58	+0,4	37,99	52,32	6,21	2,56	6,31	2,33	
Qiagen	42,58	+0,7	33,75	43,85	9,72	-	-	24,33	
Rheinmetall	536,40	-0,1	226,5	571,8	23,36	5,70	1,06	26,17	
RWE St.	31,70	+0,7	30,08	42,33	23,58	1,00	3,15	10,93	
SAP	197,62	+0,6	120,3	199,2	242,78	2,20	1,11	57,28	
Sartorius Vz.	242,80	+2,1	199,5	383,7	9,09	0,74	0,30	62,26	
Siem. Energy	15,10	+1,8	6,40	27,91	20,06	-	-	21,83	
Siem. Health.	51,80	+1,1	44,39	58,14	58,43	0,95	1,83	27,26	
Siemens NA	165,90	+0,6	119,5	188,9	132,72	4,70	2,83	16,03	
Symrise	114,15	+0,1	87,38	117,2	15,95	1,10	0,96	35,12	
Vonovia NA	29,96	+0,4	19,66	30,21	24,65	0,90	3,00	-	
VW Vz.	96,42	-0,1	92,20	128,6	19,88	9,06	9,40	3,09	
Zalando	24,51	+1,1	15,95	29,62	6,47	-	-	32,68	

INDIZES



Deutscher Wirtschaft geht Puste aus

Einkaufsmanagerindex sinkt das zweite Mal in Folge

In Deutschland stehen die Zeichen auf Abschwung. Der Einkaufsmanagerindex (PMI) für die Privatwirtschaft – also Industrie und Dienstleister – sank im August überraschend den zweiten Monat in Folge. Mit 48,5 Zählern entfernte sich das wichtige Konjunkturbarometer weiter von der Wachstumsschwelle, die bei einem Wert von 50 Punkten liegt. Wie der Finanzdienstleister S&P Global zu seiner monatlichen Firmenumfrage mitteilte, ist dies das niedrigste Niveau binnen fünf Monaten. Von der Nachrichtenagentur Reuters befragte Ökonomen hatten einen kleinen Anstieg erwartet, nach einem Wert von 49,1 im Juli.

Das Barometer, bei dem Firmenchef-Manager die Geschäftsbedingungen beurteilen, gilt den Finanzmärkten als wichtiger Signalgeber für das Auf und Ab der Wirtschaft. „Die PMI-Daten enttäuschen im August einmal mehr auf ganzer Linie“, sagte Robin Winkler, Chefvolkswirt für Deutschland bei Deutsche Bank Research. „Der deutschen Wirtschaft ist über den Sommer vollkommen die Luft ausgegangen.“ Die Frage für den Rest des Jahres sei nicht mehr, wann die Erholung komme, sondern ob sich eine weitere Rezession vermeiden lasse: „Wahrscheinlich wird es auf ein Jahr der Stagnation hinauslaufen.“

Damit richten sich nun alle Blicke auf das Münchner Ifo-Institut, das am Montag die Umfrage zum Geschäftsklima im August veröffentlicht. Die Stimmung in den Chefetagen der deutschen Wirtschaft hatte sich im Juli den dritten Monat in Folge eingetrübt, was als Warnzeichen für die Konjunktur gilt. „Wir gehen derzeit davon aus, dass der Ifo-Index für August eine weitere Verschlechterung der Stimmung anzeigen wird“, meint Senior Economist Vincent Stamer von der Commerzbank.

ANZEIGE

KI WELT GIPFEL

Künstliche Intelligenz wird das Arbeitsleben grundlegend ändern. Zur Vorbereitung baut die Hochschule Macromedia die Technik nun radikal in ihren Lehrplan ein. Wie verändert das die Arbeitsweise und Leistung der Studenten? Eine Auswertung der Hausarbeiten liefert unerwartete Befunde.

Noch 18 Tage: WELT KI-Gipfel am 10. und 11. September.

▶ Jetzt lesen: [WELT.DE/KI](https://www.welt.de/KI)

Qualitätstest für Druckereien

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) sieht „dringenden Handlungsbedarf“ bei der Solarförderung. Die Beihilfen für Elektrizität aus Photovoltaik-Anlagen (PV) seien „in der Breite gar nicht mehr nötig“ und müssten „schnellstmöglich beendet werden“, sagte Lindner in einem Interview der Funke-Mediengruppe, das auf der Homepage des Ministeriums veröffentlicht ist. Noch vor wenigen Jahren hätten die einschlägigen Nichtregierungsorganisationen (NGO) aus der Umweltszene einen Politiker für solche Äußerungen als „Totengräber der Energiewende“ medial an den Pranger gestellt. Diesmal blieb der Aufschrei aus. Hat Lindner recht?

VON DANIEL WETZEL

Tatsächlich muss es zu denken geben, dass erneuerbare Energien inzwischen im Jahresschnitt 60 Prozent der deutschen Stromnachfrage ausmachen, aber weiterhin mit Milliarden subventioniert werden. Ändert sich nichts, ist der Tag, an dem die gesamte deutsche Stromproduktion vom Steuerzahler subventioniert wird, nahe. Schon 2030 soll der Ökostrom-Anteil schließlich bei „mindestens 80 Prozent“ liegen.

Die Besitzer von Photovoltaik-Anlagen waren zuletzt die größten Beihilfe-Empfänger unter allen Ökostrom-Produzenten. Laut dem letzten Monitoringbericht der Bundesnetzagentur mussten die Deutschen im Jahr 2022 über den Marktwert des Stroms hinaus rund 12,3 Milliarden Euro EEG-Beihilfen für die Ökostrom-Erzeugung zahlen, davon floss der Löwenanteil von 9,6 Milliarden Euro an die Sonnenstrom-Produzenten. Für eine Energiequelle, die angeblich keine Rechnung schickt, ein heftiger Betrag. Sozialpolitisch handelt es sich um eine Umverteilung von tendenziell einkommensärmeren Stromverbrauchern hin zu tendenziell wohlhabenderen PV-Dachbesitzern. Im Jahr 2022 war die Vergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sogar noch vergleichsweise niedrig, weil die Strompreise im Zuge des Ukrainekrieges hoch waren und die Differenzzahlungen an die Ökostromer deshalb geringer ausfielen. In diesem Jahr aber muss der

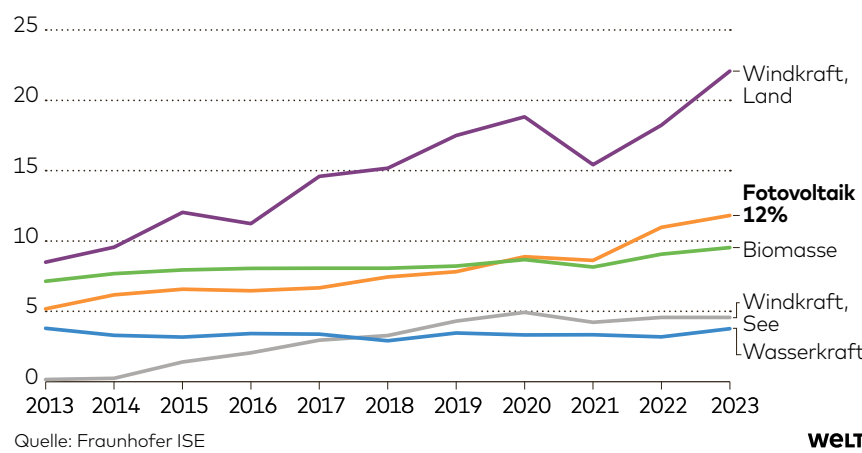
Steuerzahler voraussichtlich 20 Milliarden Euro bereitstellen, um die Subventionsansprüche der Grünstromproduzenten zu erfüllen. Der ohnehin überlastete Bundeshaushalt gibt das eigentlich gar nicht mehr her. Der Solarboom des vergangenen Jahres ist ein weiteres Indiz der Überförderung: Mehr als 14 Gigawatt Solarleistung wurde auf Dächern und Feldern installiert. Um eine Vorstellung von den Größenordnungen zu bekommen: Ein Gigawatt entspricht der Leistung eines Atomkraftwerks.

Nach dem Boom des vergangenen Jahres sind in Deutschland nun rund 90 Gigawatt Solarleistung installiert. Das übersteigt bereits die Spitzenlast im Stromnetz von knapp 85 Gigawatt. Die wird vom Verbraucher allerdings an dunklen Winterabenden abgerufen, wenn gar kein Solarstrom zur Verfügung steht. Die sommerlichen Produktionsspitzen hingegen gehen immer öfter an der Nachfrage vorbei, die Börsenpreise für Elektrizität spielen bereits verrückt, fallen immer öfter in den negativen Bereich. Doch die Bundesregierung will die Solarleistung bis 2030 auf 215 Gigawatt nochmals mehr als verdoppeln, so steht es im Gesetz. Ist diese Verdopplung in sechs Jahren noch zu schaffen, wenn die EEG-Vergütung wegfällt? Carsten Körnig, Chef des Bundesverbandes Solarwirtschaft (BSW) beharrt auf die EEG-Förderung. „Nur Solaranlagen mit einem hohen Eigenverbrauch sowie sehr große Freiflächenanlagen können derzeit unter idealen Bedingungen bereits ohne EEG-Förderung wirtschaftlich betrieben werden“, erklärte Körnig auf Nachfrage von WELT.

Allerdings werden Solaranlagen inzwischen praktisch nur noch in Verbindung mit einem Batteriespeicher verkauft. Deshalb ist ein relativ hoher Eigenverbrauchsanteil bei Neuanlagen heute die Regel – und damit wäre ein wirtschaftlicher Betrieb nach Körnigs eigener Aussage auch möglich. Wer Solarstrom vom eigenen Dach selbst verbraucht, verdrängt mit jeder Kilowattstunde Eigenproduktion den Bezug vom lokalen Versorger für 25 oder 30 Cent pro Kilowattstunde. Das ist attraktiv genug, wenn der Eigenverbrauch hoch ist. Zusätzlich EEG-Zuschüsse aus dem Steuergeld der Mitbürger braucht es da gar nicht mehr. Wer jedoch den Großteil seines Solar-

Windkraft liegt ganz vorn

Entwicklung des Anteils erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch in Deutschland, in Prozent

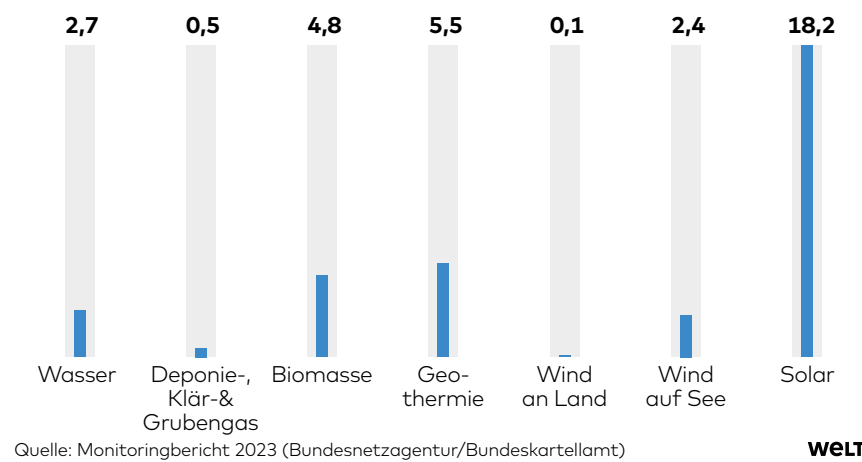


Förderstopp für Solarstrom?

Christian Lindner will die Subventionen von Photovoltaik-Anlagen „schnellstmöglich“ beenden. Die Branche reagiert entspannt

Sonnenstrom am höchsten subventioniert

Durchschnittliche Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz je Energieträger 2022, in Cent/kWh



Eine Niederlage, die ein Debakel verhindert

Die Deutsche Bank einigt sich mit früheren Postbank-Aktionären, die sie wegen eines zu niedrigen Übernahmeangebots verklagt hatten

Wenn ein Streit nach vielen Jahren einvernehmlich endet, ist das ein epochales Ereignis. Die Deutsche Bank hatte die am späten Abend des 21. Augusts verkündete Einigung mit einigen früheren Aktionären der von ihr vor rund 15 Jahren übernommenen Postbank jedoch betont nüchtern ab.

VON CORNELIUS WELP

Man begrüße die Einigung, die Kosten und Risiken aus den Prozessen erheblich reduziere, sagte ein Sprecher. Eine positive Entwicklung des Kundengeschäfts und der operativen Ergebnisse sowie Ausschüttungen an die Aktionäre hätten für die Bank „unverändert Priorität“. Der Kompromiss ist für die Bank auch kein Grund zum Feiern. Er ist kein Sieg und kein Unentschieden, sondern eine Niederlage, die ein Debakel verhindert. Ähnlich wie im

2014 nach mehr als zehn Jahren abgeschlossenen Verfahren um die Pleite des Medienunternehmers Leo Kirch musste die Deutsche Bank eingestehen, dass eine von ihr mit Nachdruck vertretene Rechtsauffassung nicht mehr haltbar war.

Ausschlaggebend dürften dabei die Erwartungen ihrer Aktionäre gewesen sein. Die fürchteten nicht nur eine Niederlage, sondern auch eine womöglich abermals jahrelange Fortsetzung der Verfahren, mit der sich nicht zuletzt die schon jetzt üppigen Verzugszinsen nochmals deutlich verteuert hätten. Die Botschaft ist angekommen, die Aktionäre der Deutschen Bank legte bis zum Mittag am nächsten Tag zeitweise um mehr als drei Prozent zu. Aufgrund des Vergleichs mit insgesamt 80 Klägern muss die Bank nun nur etwa die Hälfte dessen zahlen, was sie für diese Fälle zurückgelegt hatte. Da sie deshalb bereits gebildete Rückstellungen auflösen kann, soll

das Vorsteuerergebnis im derzeit laufenden dritten Quartal um 430 Millionen Euro besser ausfallen. Sogar die eigentlich geplanten und wegen der Rückstellungen auf Eis gelegten Aktienrückkäufe sind wieder ein Thema. „Angesichts der positiven Effekte auf unsere Kapitalplanung werden wir unsere Ausschüttungspläne prüfen und im Rahmen unseres laufenden Dialogs mit unseren Aufsichtsbörsen besprechen“, sagte ein Sprecher.

Die Deutsche Bank war im Sommer 2008 bei der Postbank eingestiegen, ihr damaliger Chef Josef Ackermann verkaufte den Deal damals als Meilenstein bei der Kehrtwende weg von der Überdominanz des Investmentbankings. Am folgenden Wochenende ging die Investmentbank Lehman Brothers pleite, wegen der folgenden Turbulenzen wurde die Transaktion mehrfach nachverhandelt. Erst 2010 unterbreitete die Deutsche Bank den Postbank-Aktionären ein

Übernahmeangebot in Höhe von 25 Euro. Wie üblich errechnete sich die Summe aus dem Kurs der Aktie in den Monaten zuvor. Die Kläger argumentierten nun, dass die Bank beim Einstieg 2008 zwar formal unter der Schwelle von 30 Prozent geblieben sei. Tatsächlich habe sie aber bereits die Kontrolle erlangt und sei deshalb zu einem Angebot verpflichtet gewesen. Wegen des wesentlich höheren Aktienkurses hätte sie entsprechend mehr zahlen müssen.

Was folgte, war ein langwieriger Streit, der sich im Wesentlichen um die Frage drehte, ob Deutsche Bank und Deutsche Post im Wege des „Acting in Concert“ zusammengewirkt hatten. Der Begriff bezeichnet informelle Absprachen zwischen Investoren börsennotierter Unternehmen, die dazu führen, dass deren Anteile zusammerechnet werden müssen. Im Detail ging es vor allem um die Interpretation der Übernahmevereinbarung, die die Deut-

stoms ins Netz einspeist, erhält bei einer Streichung der EEG-Vergütung, wie die FDP sie vorschlägt, weniger Einnahmen.

Philipp Schröder, Gründer und CEO des Energie-Startups iKOMMA⁵ aus Hamburg macht folgende Rechnung auf: „Haushalte mit einer 10 Kilowatt-Peak-Solaranlage ohne Stromspeicher verbrauchen um die 25 bis 30 Prozent ihres erzeugten Stroms selbst. Das heißt: Bei einem jährlichen Ertrag von etwa 10.000 Kilowattstunden werden weiterhin 7000 bis 7500 Kilowattstunden ans Stromnetz abgegeben. Zieht man die derzeit gültige Einspeisevergütung von 8,03 Cent pro Kilowattstunde heran, bedeutet das einen Verlust von etwa 560 bis 600 Euro im Jahr.“ Wer jedoch seine Solaranlage mit einem Heimspeicher koppelt und womöglich auch mit der Wallbox des Elektroautos, kann diesen Einnahme-Ausfall stärker begrenzen, sagt Schröder. „Der Speicher federt den Verlust bei Ausbleiben der Einspeisevergütung ab. Statt 560 bis 600 Euro verlorenem Einkommen müssen Besitzerinnen und Besitzer von Solaranlagen nur noch auf knapp 330 Euro verzichten.“

Trotz dieses Verzichts bleibt die erhebliche Einsparung durch Ersatz des teuren Netzstroms natürlich bestehen. In Zukunft könnten nicht wenige Haushalte mithilfe von Smart Metern, intelligenter Regelssoftware und dynamischen Stromtarifen die Stromversorgung vom eigenen Dach sogar so „smart“ gestalten, dass sie „nahezu null Cent pro Kilowattstunde oder weniger zahlen“, so Schröder.

Wird die EEG-Förderung gestrichen, könnte es mit dem Solarboom also weitergehen. Denn inzwischen wird praktisch jedes PV-Modul zusammen mit einem Akku verkauft, ein hoher Eigenverbrauchsanteil ist damit zu erwarten. Investoren, die kaum Eigenverbrauch haben und mit Großanlagen vor allem auf maximale EEG-Vergütung spekulieren, verlieren natürlich mit der Subvention einen Anreiz. Die Streichung der Beihilfe könnte damit einen Trend zu kleinen PV-Anlagen begünstigen. Dennoch dürften auch Gewerbebetriebe, etwa Supermärkte, weiterhin einen Anreiz haben, ihre großen Dachflächen zu belegen: Das legt auch oft schon das Dekarbonisierungsversprechen der Konzernmütter nahe.

Das Kölner Oberlandesgericht schloss sich dieser Sicht an, im Dezember 2022 hob der Bundesgerichtshof das Urteil jedoch auf. Die Deutsche Bank blieb dennoch bei ihrer Haltung und bildete weiterhin keine Rückstellungen. Das holte sie erst nach, als das Kölner OLG Ende April andeutete, zugunsten der Kläger zu entscheiden und zu Vergleichsverhandlungen riet. Die für Mittwoch vorgesehene Urteilsverkündung wurde in den Herbst verschoben. Mit den verbliebenen Klägern soll weiter verhandelt werden. Anwalt Jan Bayer sagte WELT, dass die meisten von ihm vertretenen institutionellen Investoren das Angebot als zu niedrig bewerteten.

Der reale Preisvergleich: So viel teurer sind Elektroautos

In den Verkaufspreisen kosten E-Modelle bis zu 79 Prozent mehr als entsprechende Verbrenner

Der Verkauf von Elektroautos verliert in Deutschland seit Monaten an Schwung. Das liegt nicht nur am Ende der Kaufprämie und noch immer vorhandenen Lücken im Ladenetz, sondern vor allem daran, dass E-Autos noch immer deutlich teurer sind als vergleichbare Verbrenner. Doch eine Analyse des Center Automotive Research (CAR) zu den tatsächlichen Verkaufspreisen nach Abzug von Förderungen und Rabatten zeigt, dass die Hersteller keineswegs mit einer einheitlichen Strategie unterwegs sind. Insbesondere BMW und Mercedes versuchen demnach den Preisunterschied zwischen Elektrofahrzeugen und Verbrennern möglichst gering zu halten, um einen Anreiz zu schaffen, das sich die Elektromobilität doch noch durchsetzt. Doch gerade bei den günstigeren Massenmodellen sind die Differenzen teils gewaltig.

VON PHILIPP VETTER

Durchschnittlich betrug der Listenpreis der zwanzig untersuchten Elektromodelle im August 45.040 Euro. Doch tatsächlich bezahlen mussten die Käufer von neuen E-Autos mit durchschnittlich 39.236 Euro deutlich weniger. 12,9 Prozent Rabatt gewährten die Hersteller demnach und reduzierten den Listenpreis so zum sogenannten Transaktionspreis. Allerdings waren die durchschnittlichen Nachlässe für die Verbrenner im August mit 15 Prozent sogar noch höher. Entsprechend sank der ohnehin schon niedrigere Listenpreis im Schnitt von 38.228 Euro auf einen Transaktionspreis von 32.355 Euro. Diesel- und Benzinfahrzeuge hatten damit einen durchschnittlichen Preisvorteil von fast 6900 Euro – das entspricht 21 Prozent. „Die sinkenden Marktanteile der Elektroautos in Deutschland ha-

gibt es hingegen schon für 17.303 Euro, wenn man die im Internet verfügbaren Nachlässe berücksichtigt. Damit ist die Elektrovariante fast 80 Prozent teurer als der Verbrenner. Ganz ähnlich sieht es auch beim Peugeot e-208 aus. Auch hier liegt der reale Preis 79 Prozent über dem des vergleichbaren Modells Peugeot 208 Active. Bei Volkswagen kostet der ID3 (Pure) laut der Analyse nach Rabatten noch 32.663 Euro. Damit ist das E-Auto rund 40 Prozent teurer als der vergleichbare Verbrenner, ein Golf 1,5 TSI, der nach Abzug der Nachlässe für 23.369 Euro zu bekommen ist.

Auch bei Nissan und Hyundai kosten die Elektromodelle zwischen 30 und 40 Prozent mehr als vergleichbare Modelle der Hersteller. Die chinesischen Hersteller versuchen ebenfalls nicht mit aller Macht ihre Elektro-Fahrzeuge in den Markt zu drücken. Zwei Modelle des Herstellers MG, der zum chinesischen Konzern SAIC gehört, sind bis zu 75 Prozent teurer. Bei den teureren Premiummarken sind die Unterschiede oft gering. Der BMW iX1 eDrive20 kostet nur sechs Prozent mehr in der Anschaffung als der Xi 18i sDrive. Bei Mercedes gibt es den elektrischen EQA 250 SUV – 140 kw für gerade mal sieben Prozent mehr als den GLA 180 – Super. Und ein E-VW, der ID4 (Pure), kostet demnach nach Rabatten nur noch drei Prozent mehr als ein Passat 1,5 TSI.

Verglichen wurden in der CAR-Analyse jeweils Einstiegsmodelle ohne Zusatzausstattung. „Derzeit sind es die deutschen Premiumhersteller, die scheinbar im Gegensatz zu den Politikern das Elektroauto in Deutschland forcieren“, urteilt Dudenhöffer. Seiner Einschätzung nach würden die Oberklassehersteller die E-Autos sogar mit Gewinnen aus dem Verkauf von Verbrennern „quersubventionieren“, anders ließen sich die geringen Preisun-

Erhebliche Preisunterschiede

Mehrkosten eines E-Autos im Vergleich zur entsprechenden Verbrennervariante

E-Auto-Modell	Verkaufspreis in €	Diff. ggü. Verbrenner
Opel Corsa Electric	30.937	79%
Opel Mokka Electric Elegance	36.533	35%
MG ZS EV	29.990	75%
Mini Cooper Electric Essent. Trim E	28.086	9%
Peugeot e-208 NEU	33.114	79%
VW ID 3 (Pure)	32.663	40%
VW ID 4 (Pure)	36.030	3%
VW ID 5 (Pro)	44.492	39%
Cupra Born Elektro 58 kWh	30.332	6%
Skoda Enyaq Coupé IV 85	41.933	12%
Hyundai IONIQ 5	35.345	32%
BMW iX1 eDrive20	38.879	6%
Audi 04 e-tron	45.526	7%
Volvo EX40 Essential Single	44.981	28%
Nissan Ariya 63kWh	37.011	37%
Durchschnitt	39.236	21%

Quelle: CAR Center Automotive Research

ben also einen sehr gut nachvollziehbaren ökonomischen Grund“, urteilt CAR-Direktor Ferdinand Dudenhöffer. Doch die Preis-Strategien der Hersteller seien sehr verschieden. Teils lassen sich die Modelle sehr gut miteinander vergleichen, weil es sie sowohl in einer Elektro-, als auch in einer Verbrenner-Variante gibt.

Am höchsten war die Differenz ausgerechnet bei einem kleinen Massenmodell wie dem Opel Corsa. Laut der CAR-Untersuchung kostet der E-Corsa nach Abzug der Rabatte 30.937 Euro. Den Corsa 1.2 mit Verbrennungsmotor

terschiede angesichts der deutlich höheren Herstellungskosten nicht erklären. „Man will die Elektromobilität nach vorne bringen und nimmt damit teils Verluste in Kauf“, sagt Dudenhöffer. Denn ohne starke Elektro-Modelle würden die deutschen Autobauer international ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren. „Es wirkt wie ein Anachronismus in Zeiten des Klimawandels“, so der Experte. „Die Politiker beten die Verbrenner gesund und die Autobauer versuchen mit hohen Investitionen und zum Teil Verlusten, den Autostandort Deutschland in die Zukunft zu führen.“



Wirtschaftsminister Robert Habeck zeigt sich auf der Gamescom fasziniert von einem Roboter

Deutsche Spieleindustrie verliert im Wettbewerb

Wirtschaftsminister Robert Habeck betont auf der Gamescom die Bedeutung des Standorts. Die Branche wartet aber vergebens auf Taten

Robert Habeck bleibt ehrlich vor der versammelten Community. „Ich bin kein Spieler“, sagt der Bundeswirtschaftsminister bei der Eröffnung der Computerspielemesse Gamescom in Köln. Gleichwohl ist der Grünen-Vertreter hierzulande die oberste politische Instanz für das Thema. Vorgestellt wurde er am Eröffnungabend denn auch als „Vizekanzler und Games-Minister“. Denn mit dem Regierungswechsel hin zur Ampel-Koalition vor fast drei Jahren ist die Zuständigkeit für die Gaming-Wirtschaft aus dem Verkehrsministerium ins Habeck-Ressort gewechselt. Es gibt dort sogar ein eigenes Referat mit fünf Mitarbeitern für dieses Thema.

VON CARSTEN DIERIG

„Spiele sind ein großer Wirtschaftsfaktor“, begründet der Minister. „Innerhalb der Kreativwirtschaft sind Games mit einigem Abstand diejenige Sparte, die am meisten Wertschöpfung produziert und generiert.“ Doch es knirscht zunehmend in dieser hochgelobten Branche. Das betrifft ganz aktuell die wirtschaftliche Lage mit einem Umsatzminus von sechs Prozent im ersten Halbjahr 2024, vor allem aber das Verhältnis zur Politik. „Der Games-Standort Deutschland ist international kaum noch wettbewerbsfähig“, kritisiert Felix

Falk, der Geschäftsführer des Branchenverbandes Game, im WELT-Gespräch. In Ländern wie Kanada, Südkorea und Australien oder auch in Großbritannien, Frankreich und Polen sei das Entwickeln von Computer- und Videospiele etwa 25 bis 30 Prozent günstiger. „Aus diesem Grund gibt es hier kaum große Entwicklerstudios. Die Unternehmen machen einen großen Bogen um Deutschland.“

Tatsächlich laufen die lukrativen Geschäfte vorbei an den aktuell rund 950 heimischen Anbietern. Gerade mal fünf Prozent des Spiele-Umsatzes entfallen auf die meist eher kleinen Studios, die auch hierzulande ansässig sind, meldet der Game-Verband. „95 Prozent der Ausgaben von Spielern aus Deutschland fließen also ins Ausland“, rechnet Falk vor. Dabei seien die Voraussetzungen eigentlich perfekt. „Der deutsche Games-Markt ist der größte in Europa und der fünfgrößte weltweit“, berichtet der Branchenvertreter. „Da kann und muss man doch was draus machen.“

Bislang allerdings sind es andere Staaten, die sich im Standortwettbewerb hervortun. Und die Konkurrenz wird immer größer. Auf der diesjährigen Gamescom jedenfalls hat sich die Zahl der sogenannten Länderpavillons, mit denen sich Staaten als Standort präsentieren, von 33 auf 48 erhöht. „Wir sehen andere Länder, die nicht nur vor vielen Jahren schon angefangen haben,

ihren Games-Standort zu fördern, sondern die aktuell auch einfach schneller sind und größer denken“, sagt Falk. Und das habe Auswirkungen auch in anderen Bereichen. Denn das Thema Gaming habe nicht nur eine wirtschaftliche Dimension. Ferner gehe es zum einen auch um Kultur. „In Computerspielen werden Geschichten erzählt. Und die haben dann eben keine deutsche Perspektive, sondern spielen in den USA und in China oder handeln von polnischen Mythen.“ Zum anderen verschenke Deutschland mit seiner Zurückhaltung technologisches Potenzial. „Wo die Games-Wirtschaft ist, findet sich auch Expertise in Bereichen wie Künstliche Intelligenz oder Virtual Reality“, erklärt Falk.

Minister Habeck scheint sich dessen bewusst. Er habe schon auf der Gamescom im vergangenen Jahr gelernt, wie bedeutsam Games und eine starke Spieleindustrie sind, nicht nur für gesellschaftliche Teilhabe und persönliche Entlastung, sondern auch zur Entwicklung eines digitalen Biotops, versicherte er bei der Messe-Eröffnung. „Wir sind in einer Zeit unterwegs, wo die digitale Entwicklung, die Nutzung von künstlicher Intelligenz und das Zusammenspiel von verschiedenen Branchen in einem harten internationalen Wettbewerb steht.“ Und da gehe es nicht nur um Umsätze und Geld, sondern auch darum, Kenntnisse und

Schlüsselkompetenzen im digitalen Wettbewerb zu entwickeln und zu halten. Solch warme Worte bekommt die Branche allerdings schon seit vielen Jahren zu hören. „Jede Partei sagt uns, dass sie einen starken Games-Standort Deutschland will“, berichtet Verbandsvertreter Falk. „Dafür passiert aber viel zu wenig. Wir warten auf Taten.“

Zwar wurde 2020 erstmals ein Förderprogramm mit einem Jahresbudget in Höhe von 50 Millionen Euro aufgelegt. „Das hat sofort eine regelrechte Gründungswelle ausgelöst“, berichtet Falk. Fast 100 neue Games-Unternehmen seien entstanden, allen voran in Bayern, Berlin und Nordrhein-Westfalen. Seither gab es aber schon zwei Förderstopps. Und der letzte zieht sich mittlerweile seit Mai 2023. „Das sind keine verlässlichen Rahmenbedingungen, so kann niemand planen“, kritisiert Falk und spricht von „Vollbremsung“ und „Förder-Chaos“. Die direkten Auswirkungen zeigt eine aktuelle Studie von Goldmedia im Auftrag des Game-Verbandes: Danach ist die Zahl der Neugründungen mittlerweile um zwei Drittel eingebrochen. „Die Bundesregierung muss endlich für internationale konkurrenzfähige Rahmenbedingungen sorgen“, fordert Falk.

Habecks Förderwille stehen allerdings Haushaltszwänge gegenüber. Und so liegt eine neu ausgearbeitete Förderrichtlinie aktuell unter anderem im Bundesfinanzministerium. Und selbst wenn von dort eine Freigabe kommt, fürchtet der Games-Minister ein altbekanntes Muster. „Es besteht die Gefahr, dass die Gelder irgendwann alle sind.“ Habeck will deswegen zusätzlich eine steuerliche Förderung etablieren, wie sie in anderen Staaten teils seit vielen Jahren üblich ist. Sein Haus hat daher ein sogenanntes „Tax Credit System“ vorgeschlagen. Dabei können die Firmen Investitionskosten steuerlich geltend machen und dadurch entlastet werden. Einem solchen Modell müssten allerdings auch die Bundesländer zustimmen. Das scheint aber sicher, wie Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) am Rande der Gamescom betonte: „Wenn wir da einen fairen Umgang vom Bund haben, schlagen wir ein. Da müssen wir keine föderalistischen Tänzchen miteinander machen.“ Die Branche bleibt erst mal skeptisch.

„Mal sehen, ob so etwas kommt, wann es kommt und wie nachhaltig es dann ist“, sagt Martin Thiele-Schweiz aus der Geschäftsführung von Playing History, einem Entwickler von didaktischen Spielen für unter anderem Museen oder Bildungsstätten, um komplexe Zusammenhänge möglichst einfach zu vermitteln. Dringend nötig seien Hilfen in jedem Fall. „Viele kleine Studios hängen davon ab“, sagt Thiele-Schweiz. Rockfish Games aus Hamburg zum Beispiel konnte nur durch Fördergelder sein über 500.000-mal verkauftes Erfolgsspiel „Everspace 2“ erweitern, berichtet Geschäftsführer Michael Schade. „Die Förderung sorgt für finanzielle und kreative Freiheit.“ Denn das erste Halbjahr war im deutschen Games-Markt überraschend schwach. Erstmals seit Jahren gab es in den ersten sechs Monaten ein Minus, konkret in Höhe von sechs Prozent auf 4,3 Milliarden Euro, wie der Game-Verband meldet. Hintergrund seien ein reduziertes Angebot neuer Spiele-Blockbuster und vor allem weniger Verkäufe von Hardware.

Das sind die Boom-Städte im Osten

Daten von Immowelt zeigen: Preise für Immobilien steigen in den neuen Bundesländern stärker als im Westen

Selbst über 30 Jahre nach dem Mauerfall in Berlin gelten Immobilien im Westen Deutschlands attraktiver als im Osten. Entsprechend sind Immobilien in den neuen Bundesländern vergleichsweise günstig. Doch eine Auswertung von Daten des Immobilienportals Immowelt, das wie WELT zur Axel Springer SE gehört, zeigt, dass einige Orte im Osten preislich aufholen.

VON LUKAS HOMRICH

Quadratmeterpreise für Bestandswohnungen wuchsen dort in den vergangenen fünf Jahren mit mehr als 25 Prozent sogar stärker als im bundesweiten Durchschnitt. Entsprechend finden sich auch unter den 80 Städten mit den deutschlandweit größten Preissteigerungen einige Städte in den neuen Bundesländern. Eine dieser Städte ist Rostock. Dort sind Wohnungen 42 Prozent teurer als noch vor fünf Jahren (aktuell 3.700 Euro pro Quadratmeter) – die insgesamt drittgrößten Preissteigerungen bei Wohnungen in Deutschland. Und die Preise steigen derzeit weiter, während es in einigen Städten wieder

günstiger wird. Zu erklären ist die Preisexplosion unter anderem mit der hohen Nachfrage von Bediensteten aus dem öffentlichen Sektor. In Rostock sitzen nicht nur viele Behörden des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Im Stadtteil Warnemünde ist zudem seit 2012 der Hauptstützpunkt der Marine beheimatet. Mittlerweile arbeiten dort knapp 5400 Menschen. Gleichzeitig erlebte Rostock einen Aufschwung. Im Jahr 2019 wuchs die Wirtschaft um zehn Prozent, was auch am dortigen Zehnfachen liegt, dem viertgrößten in Deutschland. Ein weiterer Grund für das Preiswachstum ist die Nähe zum Ostseebad Warnemünde – einer der beliebtesten Urlaubsregionen in Ostdeutschland. Dort boomt der Tourismus. Bedienstete und Dienstleister für Hotels zieht es ins nahegelegene Rostock.

Erfurt liegt deutschlandweit auf Rang elf. Hier stiegen nicht nur die Wohnungspreise um ein Drittel auf über 2700 Euro pro Quadratmeter. Auch die Häuserpreise legten um ein Fünftel zu. Auch Erfurt ist zu einem beliebten Reiseziel für Touristen geworden. Im Stadtkern werden viele Wohnungen an

Besucher statt an Bewohner vermietet. Aber auch Erfurt erlebte Wachstum: In den Jahren 2019 und 2021 wuchs die Wirtschaft um über vier Prozent. Seit einem Jahr legen die Preise für Wohnungen zehn Prozent zu, Häuser werden wieder günstiger.

Ein hoher Preiszuwachs von fast 27 Prozent ist bei Wohnungen in Zwickau seit fünf Jahren zu beobachten. Jedoch hat die Stadt in Sachsen mit knapp 1200 Euro pro Quadratmeter die zweitniedrigsten Preise auf der Liste. Die Preisexplosion ist vor allem durch gestiegene Baukosten zu erklären. Denn eigentlich stehen viele Immobilien leer: Laut Berechnungen der Stadt sind es 12,4 Prozent. Zudem wandern aus Zwickau seit der Wende Einwohner ab.

Die Stadt soll laut Prognosen zwischen 2018 und 2035 knapp zwölf Prozent ihrer Einwohner verlieren. Zwar verzeichnet die lokale Wirtschaft mit ihren Automobilzulieferern und dem nahegelegenen Werk von Volkswagen ein moderates Wachstum, doch das scheint gefährdet. So fertigt VW dort ausschließlich Elektrofahrzeuge, deren Nachfrage – zumindest in Deutschland

– rückläufig ist. Auf eine prosperierende Zukunft kann dagegen Magdeburg hoffen, jedenfalls wenn der Bau einer Fabrik des Chipherstellers Intel, die etwa 30 Milliarden Euro kosten und mit Zulieferbetrieben 7000 neue Arbeitsplätze schaffen soll, tatsächlich wie geplant passiert.

In der Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt stiegen die Wohnungspreise in fünf Jahren um knapp 26 Prozent auf fast 2000 Euro pro Quadratmeter. Seit zwei Jahren sinken die Preise wieder, bisher um über zwölf Prozent. Wenn die Chipfabrik einmal steht und die Mitarbeiter nicht pendeln, dürfte das dem Wohnungsmarkt vielleicht wieder einen Schub geben.

Eine andere Stadt im Osten braucht den längst nicht mehr: Potsdam ist seit jeher ein teures Pflaster. Trotzdem legen die Preise für Wohnungen in den vergangenen fünf Jahren mehr als 21 Prozent zu, bei Häusern um mehr als 33 Prozent. So liegt der Quadratmeterpreis für Wohnungen bei fast 4900 Euro und für Häuser bei 5400 Euro. Jedoch sanken die Preise in den letzten zwei Jahren wieder um etwa zwölf Prozent.

ANZEIGE



Ein langer und erfüllter Lebensweg ist nun zu Ende.

Traurig müssen wir Abschied nehmen von

Bernt Gibelius

* 16. 3. 1937 † 7. 8. 2024

Im Namen aller Angehörigen und Freunde
Dirk Gibelius

Die Beerdigung hat in aller Stille stattgefunden.

Der Bericht, der an der Wall Street gelesen wird

Goldman Sachs hat seinen Hedgefonds-Report veröffentlicht. Er zeigt, in welche Aktien die Profis investieren. Private Anleger können daraus lernen

Die Profis an den Finanzmärkten werden täglich mit hunderten Studien und Analysen geflutet. Konjunkturdaten, Aktienempfehlungen oder Marktberichte gibt es im Überfluss. Doch ein Report genießt an der Wall Street regelrechten Kult-Status und er gehört zur Pflichtlektüre in den Handelssälen: der Hedgefonds-Report von Goldman Sachs. Er analysiert, was die Meisterspekulanten gerade kaufen und verkaufen und gibt damit den „Normalos“ unter den Investoren Orientierung und Ideen.

VON HOLGER ZSCHÄPITZ

Die Lektüre des Goldman-Sachs-Reports ist durchaus lohnenswert. Denn in die Analyse fließt der sogenannte Goldman Sachs Hedge Fund VIP Index ein. Jene 50 Werte, die am häufigsten in den Top 10 der Hedgefonds-Portfolios auftauchen, kommen in diesen elitären Club. Es ist sozusagen der Index, der das Smart Money nachbildet, also Geld, das von klugen, erfolgreichen und erfahrenen Investoren kommt.

Und das beste: Dieser Goldman-Index schlägt regelmäßig den breiten Aktienmarkt. Er schafft das, was die wenigsten aktiven Fondsmanager schaffen. WELT hat den legendären Goldman-Report gelesen und verrät, welche Aktien sich auf den Smart-Money-Listen finden. Alle drei Monate kommt der Goldman-Report heraus – in diesem Quartal lohnt sich die Lektüre ganz besonders. Denn der Hedge Fund VIP Index hat auch dieses Jahr den breiten Markt besonders deutlich hinter sich gelassen. Seit Jahresanfang hat der 50 Werte umfassende Index bereits 19 Pro-

Die größten Positionen der Hedgefonds im VIP-Index

Unternehmen	Branche	Börsenwert in Mrd. Dollar
Nvidia	Halbleiter	3130
Eli Lilly	Pharma	903
Apple	Smartphones	3444
Sea	Onlinehandel	46
Tenet Healthcare	Krankenhäuser	15
MercadoLibre	Onlinehandel	102
Broadcom	Halbleiter	772
Progressive	Versicherungen	140
Netflix	Streaming	300
TSMC	Halbleiter	892

Quelle: Goldman Sachs, Bloomberg

WELT

zent zugelegt, ganze zehn Prozentpunkte mehr als der vergleichbare S&P 500 Equal Weight. Seit Anfang 2023 beträgt die Outperformance sogar sagenhafte 44 Prozentpunkte. Seit 2001 hat der VIP-Index den S&P 500 in 59 Prozent der Quartale übertraffen. Und genau das macht ihn so attraktiv.

14 Aktien sind jetzt neu in den Index hinzugekommen, nämlich der Software-Spezialist Adobe, die Unterhaltungskonzerne Caesars Entertainment, Endeavor Group Holdings, Spotify und IAC, die Cloudsoftwarefirma HashiCorp, die Biopharma-Unternehmen Inmed und Teva Pharmaceutical, der Gentest-Spezialist Natera, der Energieinfrastrukturanbieter GE Vernova, der Gesundheitskonzern UnitedHealth

Group sowie die Softwareanbieter Hubspot und Workday.

Bemerkenswert: Hubspot findet sich im Goldman-Report auch ganz oben in der Aufsteiger-Liste. Auf diese schaffen es Aktien, die in der Gunst der Profi-Investoren gestiegen sind. Hubspot wurde gleich von 33 Hedgefonds-Managern neu ins Depot aufgenommen und ist jetzt auch im VIP-Index. Das Unternehmen integriert seine CRM-Lösung mit Social Media und einer Art Redaktionssystem.

Ebenfalls unter den Aufsteigern findet sich der Versorger Vistra, der sich vor allem auf die Erzeugung grünen Stroms konzentriert hat. Die Aktie hat es in 26 Hedgefonds-Depots neu geschafft. Da sie bisher schon zu den

meist geliebten Aktien des Smart Money zählt, ist Vistra schon länger im VIP Index. Das Gleiche gilt für den Halbleiterhersteller Broadcom und Apple. Beide Aktien stiegen im vergangenen Quartal aber noch mehr in der Gunst der Hedgefondsprofis.

Andere Unternehmen von der Aufsteiger-Liste haben es noch nicht in den elitären VIP-Index geschafft. Dazu zählt der Medienkonzern Walt Disney, den 21 Hedgefonds neu ins Depot genommen haben. Aber das reicht noch nicht für den VIP-Index aus. Auch der Elektronikhersteller Amphenol, der grüne Versorger Constellation Energy, der Abfallentsorger Stericycle, der Gesundheits-ausrüster Teleflex und der Personalvermittler Paylocity sind bislang „nur“ auf der Aufsteigerliste und müssen noch mit der Aufnahme in den VIP-Index warten. Das jedoch birgt mögliches Potenzial. Anleger, die darauf hoffen, dass das eine oder andere Unternehmen den Aufstieg schafft, können sich die Aktien mal genauer anschauen. Unter den führenden Titeln im VIP-Index finden sich viele bekannte Namen wie Nvidia, Netflix, Eli Lilly, Apple, Broadcom oder auch TSMC. Weniger bekannt ist der Betreiber von Krankenhäusern Tenet Healthcare, die Versicherungsholding Progressive oder die Onlinehändler Sea und MercadoLibre.

Eine Liste des Reports trifft jedes Quartal auf ganz besonderes Interesse: Sie zeigt jene Aktien, die nicht nur bei Hedgefonds beliebt sind, sondern auch bei den Managern ganz normaler Aktienfonds. Auf dieser Liste finden sich neben den bekannten Firmen Apple, Uber, Visa, Mastercard, Workday, UnitedHealth und Progressive auch der Fintech-Anbieter Fiserv und der Baukonzern CRH.

Wer das Risiko von Einzelinvestments scheut, kann auch gleich bei der gesamten Elite zugreifen und den 50 Werte umfassenden Goldman Sachs Hedge Fund VIP als Indexfonds kaufen. Allerdings lässt sich der ETF nur über die Wall Street ordern, also dort, wo der Goldman-Report Kultstatus genießt. Von Deutschland aus ist das für private Anleger nur schwer möglich. Denn der Fonds braucht eine Zulassung durch die EU und die Bank oder Broker müssen in New York in Dollar handeln können.

Ein Drittel der Azubis muss Überstunden schieben

Durchschnittliche Vergütung bei 965 Euro im Monat

Viele der rund 1,2 Millionen Auszubildenden machen – einer Umfrage zufolge – regelmäßig Überstunden, einige sogar mehr als 20 Stunden pro Woche. Das zeigt der jährliche Ausbildungsreport des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Befragt wurden dafür mehr als 10.000 Auszubildende in den 25 häufigsten Ausbildungsberufen.

Der DGB-Report zufolge sind die meisten Auszubildenden – fast 70 Prozent – mit ihrer Ausbildung zufrieden. Dabei gibt es aber große Unterschiede zwischen den Berufsgruppen. Die Befragung zeigt zudem einen steigenden Anteil derjenigen, die nach eigenen Angaben Arbeiten erledigen müssen, die nichts mit ihrer Ausbildung zu tun haben.

Gut ein Drittel der Azubis (34,5 Prozent) gab an, regelmäßig länger zu arbeiten – deutlich mehr als in den Vorjahren, wie es vom Gewerkschaftsbund heißt. Angehende Köchinnen und Köche leisten demnach mit durchschnittlich 6,1 Überstunden pro Woche die meiste Mehrarbeit gefolgt von Hotel-Azubis (5,6 Stunden). Der Durchschnittswert für alle Berufe liegt bei rund 3,6 Überstunden pro Woche. Einige wenige Azubis gaben in der Umfrage sogar an, regelmäßig mehr als 20 Überstunden pro Woche zu machen. Fast jeder Zehnte bekomme für Überstunden weder eine Vergütung noch einen Freizeitausgleich. Das sei ein klarer Verstoß gegen das Berufsbildungsgesetz, kritisierte der Gewerkschaftsbund.

Im Durchschnitt über alle Lehrjahre verdienten Auszubildende – nach eigenen Angaben – 965 Euro pro Monat, im dritten Ausbildungsjahr waren es 1035 Euro. Dabei gibt es aber Unterschiede: Angehende Bankkauffleute (1243 Euro), Industriemechaniker (1174 Euro) oder Steuerfachangestellte (1163 Euro) kamen im dritten Ausbildungsjahr auf deutlich mehr Geld als etwa Auszubildende im Handwerk – wie etwa bei Fri-

seuren (830 Euro). Der Report sieht dennoch eine positive Entwicklung, da es auch am unteren Ende der Verdienstskala im Vergleich zum Vorjahr erneut einen Anstieg gab. „Dies kann als Hinweis darauf gedeutet werden, dass die 2020 eingeführte Mindestausbildungsvergütung ihre Wirkung entfaltet“, heißt es in dem Bericht. Darauf deutet auch hin, dass die Unterschiede zwischen den Ausbildungsberufen in den vergangenen Jahren insgesamt geringer geworden seien. Die Mindestausbildungsvergütung ist so etwas wie ein Mindestlohn für Auszubildende und wird jährlich an die durchschnittliche Entwicklung aller Auszubildenden angepasst.

Wie glücklich Azubis mit ihrer Ausbildung sind, hängt stark vom gewählten Beruf ab. 82 Prozent der angehenden Industriemechaniker gaben an, zufrieden oder sehr zufrieden damit zu sein, dahinter folgen Industrie- und Bankkauffleute (80 und 79) sowie Mechatroniker (78). Am unteren Ende der Skala stehen künftige Fachlageristen (61), Hotelfachleute (60) und Zahnmedizinische Fachangestellte, von denen sich nur 59 Prozent zufrieden mit ihrer Ausbildung zeigten.

Kritisch sieht der DGB, dass mehr als jeder sechste Befragte (15,3 Prozent) angab, immer oder häufig zu Tätigkeiten herangezogen zu werden, die nichts mit der eigentlichen Ausbildung zu tun haben. Dies sei ein neuer Höchststand. Genannt werden etwa „Kaffee kochen“ oder „putzen in der Firma“. Dies gilt bei Weitem nicht für alle Betriebe: 56 Prozent werden manchmal oder selten und nur 29 Prozent nie mit solchen „ausbildungsfremden Tätigkeiten“ betraut. Diese seien keinesfalls Teil der Ausbildung, heißt es vom DGB. „Finden sie dauerhaft statt und werden zentrale Ausbildungsinhalte deshalb nicht vermittelt, gefährden sie sogar den erfolgreichen Ausbildungsabschluss der jungen Menschen.“

dpa

100€ Urlaubsgeld für Sie!

Erleben Sie die komplette WELT – gedruckt und digital – 3 Monate lang für nur 65,99€ monatlich und sichern Sie sich eine Geldprämie in Höhe von 100€.

Mit diesem Abo sind Sie immer top informiert

DIE WELT: Die Printausgabe von Montag bis Freitag in moderner, schlanker Form.

WELT AM SONNTAG Frühausgabe: Schon am Samstag Information und Unterhaltung für Ihr Wochenende.

WELTplus Premium: Alle digitalen Inhalte von WELT auf WELT.de und in den Apps.

WELT CLUB: Events, Einblicke und viele weitere Vorteile – exklusiv für Abonnenten.

Gleich bestellen unter 0800/935 85 37* oder welt.de/urlaubsgeld

*Bestell-Nr. 10174334 / Montag-Samstag 7-19 Uhr, kostenfrei



Zum Abo-Shop

Sie erhalten 100€ als Dankeschön auf Ihr Bankkonto!

Starkes erstes Halbjahr für die Swiss Re

Versicherer konnte Prämien um acht Prozent erhöhen

Kosten für Naturkatastrophen haben beim Schweizer Rückversicherer Swiss Re im laufenden Jahr bislang nicht übermäßig zu Buche geschlagen. Der Konzern aus Zürich sieht sich deshalb nach sechs Monaten auf Kurs zu seinen Jahreszielen.

Das Kerngeschäft Schaden- und Unfall-Rückversicherung profitierte von geringen Schadenkosten für Naturkatastrophen. Allerdings stockte der Konzern die Rückstellungen für Katastrophen auf. Die größte Geschäftsparte trug 989 Millionen Dollar zum Gewinn bei und arbeitete rentabel.

Die haben doch nicht mehr alle Tassen im Schrank“, ruft Yasmin Fahimi. Fast eine Stunde hat es gedauert, bis endlich der Elefant im Raum angesprochen wird.

„Kritisch sein heißt nicht, die AfD zu wählen“

In der Lausitz endet der Braunkohle-Tagebau 2038. Mitarbeiter fürchten um ihre Jobs. Bei einem Besuch der DGB-Chefin zeigt sich Frust



DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi spricht mit LEAG-Mitarbeitern

Die Gewerkschaftsleiterin steht mit grünem Bauhelm an der Abbruchkante des Braunkohletagebaus der Lausitzer Energie Kraftwerke (Leag), ihre weißen Sneaker haben Flecken bekommen.

„Den Leuten zu versprechen, immer weiterzubuddeln und dann lösen sich alle Probleme: Das ist unseriös“, ruft die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Fahimi wird neben dem Tagebau eine Müllverbrennungsanlage besichtigen, in Leipzig mit Beschäftigten diskutieren, die die Uniklinik reinigen, und sich in Jena den Hightech-Kern Jenoptik zeigen lassen.

Schon die Zufahrtsstraße zum Gelände der Leag ist mit tausenden AfD-Plakaten gesäumt. Und die DGB-Chefin kennt die Statistiken, wonach bei der Europawahl die meisten Arbeiter für die Rechtspopulisten gestimmt haben.

Rund um den Tagebau wechseln sich Mais- mit Sonnenblumenfeldern ab, die Ortsschilder sind hier zweisprachig: Sorbisch und Deutsch.

DDR zurück. Heute produzieren zwei Blöcke mit einer Leistung von je 800 Megawatt Strom. Um die Kohle heranzuschaffen, haben sich die riesigen Schaufelradbagger kilometerweit durch das Erdreich gepflügt.

Silke Butzlaff steuert eine der gigantischen Maschinen. Sie arbeitet schon zu DDR-Zeiten hier in der Grube. Die Baggerführerin trägt einen Blaumann

und Warnjacke, mit einem Lächeln, aber auch Wehmut in der Stimme erzählt sie von ihrer Arbeit im Tagebau. Den Ausstieg 2038 werde sie wohl als Rentnerin miterleben, mache sich aber viele Gedanken.

„Es tut mir richtig weh, dass der Abbau endet“, sagt Baggerführerin Butzlaff. Die Region habe von der Kohle gelebt, macht sie Fahimi gegenüber deutlich. „Aber den Ausstieg macht doch kein Mensch mehr rückgängig.“

Ein symbolisches Beispiel hierfür sind die angekündigten Gaskraftwerke in der Lausitz. Sie sollen nach Start zu Wasserstoffkraftwerken umgerüstet werden. Ein Teil der Leag-Mitarbeiter soll zum „Wasserstoffexperten“ umgeschult werden.

Deren Inbetriebnahme ist aber noch lange nicht in Sicht, auch weil die Bundesregierung die Aufträge bislang nicht ausgeschrieben hat. Die Kosten für Pla-

nung und Bau werden wohl mehrere Milliarden betragen. Für Investitionen fehle aber die Planungssicherheit, kritisiert Personalchef Waniek und der Betriebsratschef Smith unisono. Bei überhaupt: Damit Gaskraftwerke funktionieren und „Wasserstoff-ready gemacht werden“, brauche es die entsprechenden Leitungen.

Nach einem Mittagessen in der Firmenkantine – Waniek greift zu Gordin bleu mit Kroketten – läßt der Personalchef beim Kaffee zum Gespräch mit dem Betriebsrat. Der Besuch der Anlage dauert den halben Tag. Die Leag-Belegschaft, aber auch Fahimis Presseteam, will deutlich machen: Mit einer Stippvisite ist es bei diesem komplexen Thema nicht getan.

Weil die aber fehle, profitiere die AfD, sagt die Gewerkschaftsleiterin. Die Ideen der Partei zum späteren Ausstieg seien jedoch „bloßes Herumphilosophieren“.

Veröffentlichung der Anteilspreise von Qualitätsfonds – mitgeteilt von Infront Financial Technology GmbH

Nachhaltigkeits-Fonds (ESG)



Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists various ESG funds like DBA ausgewogen, DBA dynamisch, etc.

Metzler Asset Management GmbH

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists RWS-AktienFond, ODDO BHF Asset Management.

ÖKOWORLD

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists ÖkoVision Classic, Klima, Water For Life C.

Union Investment

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists PrivatFonds: Nachh*, UnionNachh Akteu A*.

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists UniRak Nachh.K-nk*, UniRak Nachh.A.net*.

Alte Leipziger Trust

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists Euro Short Term*, Aktien Deutschland*, AL Trust Euro Relax*.

C&P Funds (Creutz & Partners)

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists C&P Funds Class*, C&P Funds Dexta*.

Commerz Real

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists hausinvest, DAVIS FUNDS SICAV.

Value Fund A*

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists AriDeka CF*, BasisStrat Flex CF*.

GlobalFonds CF*

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists Deka-GlobaleBal CF*, Deka-GlobaleBal TF*.

Deka-Treasor CF*

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists Div.StrategiefEur CF*, Euro Potential CF*.

Die besten Immobilienfonds im Vergleich

Table with columns: Titel, ISIN, Preis 22.08., 6 M., Performance in %, S.J., S.J., Lfd.Kosten %. Lists Catella European R*, Deka Immo Europa*, etc.

Alle dargestellten Investmentfonds sind Teilnehmer am Funds Service, sortiert nach 3-Jahresperformance, berechnet nach BVI (Bundesverband Investment und Asset Management) Methode.

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists Multirent-Invest*, Multizins-INVEST*, etc.

DWS

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists Offene Immobilienfunds, DekaStruk.5Ertrag*.

Gutmann Kapitalanlage

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists PRIME VAL Growth A, PRIME VAL Income A.

Halbhauser Privatbank

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists ERBA Invest OP, HAL Europ SmCap Eq*.

Deka Immobilien Investment

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists Deka Immo Europa*, Deka Immo Global*.

Deka-Vermögensmanagement GmbH

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists Deka-BaAZSt off Zs*, Deka-FlexZins CF*.

IPConcept (Luxemburg) S.A.

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists ME Fonds PERGAMONF, ME Fonds Special V.

LRI Invest S.A.

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists ALTIS Bal Value*, ALTI Global Res*.

MEAG

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists Dividende A*, ERGO Vermögens Ausgew*, ERGO Vermögens Flex*.

Metzler Asset Management GmbH

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists RWS-DYNAMIK A*, RWS-ERTRAG A*.

NOBIS

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists LiLux Convert*, LiLux-Rent*.

ODDO BHF Asset Management

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists Basis-Fonds I Nach*, Substanz-Fonds*.

Union Investment

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists PrivatFonds: Kontr*, PrivatFonds: Kontr pro*.

ANZEIGENSONDERBEREICH

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists UniGlobal-net*, UniNordamerika*.

Union Investment Luxemburg

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists PrivFidKonsepro*, UniAsia Pacific A*.

Union Invest Real Estate

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists Immobilien:Dt*, Immobilien:Europa*.

Universal Lux.

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists CondorBalance-UI*, CondorChance-UI*.

W&M Int. Asset Mgmt. Dublin

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists SouthEast Asian Eq*, SouthEast Asian Eq*.

Warburg Invest

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists DMüller Prem Akt*.

Sonstige

Table with columns: Fund Name, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists Leading Cities, Fondspreis etc. vom Vortag oder letzter verfügbar.

Es sind nur zwei Sätze – aber sie können eine Zeitenwende im deutschen Fußball einläuten. Und sie werden in ganz Europa registriert. „Ich halte von Max Eberl nichts, absolut nichts. Ich würde mit ihm nicht verhandeln.“ Ausgesprochen hat sie Fernando Carro, der Boss von Meister Bayer Leverkusen, vor mehreren Hundert Fans. Neben ihm lachten Sportchef Simon Rolfes und Trainer Xabi Alonso, die keineswegs überrascht schienen von Carros Meinung – genau wie viele Bundesliga-Bosse.

VON AXEL HESSE, ROBERT SCHREIER UND MAXIMILIAN WESSING

Als die Sätze am Mittwoch vergangener Woche öffentlich wurden, leuchtete bei vielen Liga-Chefs das Handy. Inhalt: Nicht etwa – wie es noch vor ein paar Jahren üblich gewesen wäre – Verwunderung, dass sich jemand traut, so gegen die Bayern zu schießen, sondern klammheimliche Freude und auch Zustimmung. Seit Jahrzehnten wurde kein Bayern-Vorstand so attackiert wie jetzt Eberl, der seit März im Amt ist. Dass Carro sich später für die Tragweite seiner Aussage entschuldigte, nicht aber für den Inhalt – und auch nicht ausdrücklich bei Eberl – macht deutlich: Der Rekordmeister hat an Respekt und Einfluss verloren.

Das Besondere: Früher hat sich Bayern in der Regel mit dem größten Gegner ein Duell geliefert. Heute stehen die drei größten Konkurrenten der Bayern eng zusammen: Carro, BVB-Boss Hans-Joachim Watzke und Red-Bull-Chef Oliver Mintz-laff von RB Leipzig pflegen in vielen Themen eine Allianz. Sportlich haben sie alle dasselbe Ziel: vor den Münchnern zu landen. Motto: Alle gegen Bayern!

Wer glaubt, Carro sei wegen des „Kaugummi-Pokers“ um Verteidiger Jonathan Tah einfach mal der Kragen geplatzt, der unterschätzt ihn. Der Spanier war vor seinem Wechsel 2018 auf den Chefessel in Leverkusen der Vorstandschef der Arvato AG im Bertelsmann-Konzern. Über 70.000 Mitarbeiter. Zuletzt knapp 5,6 Milliarden Euro Jahresumsatz. Das ist mehr, als alle Spieler der Bundesliga zusammen wert sind.

Wer an die Spitze eines solchen Riesen kommt, verliert nicht wegen fünf Millionen Euro hin oder her in Ablöseverhandlungen die Fassung. Schon gar nicht bei einer entspannten Fan-Veranstaltung. Carro sendet Botschaften. Wie schon bei seiner Aussage im Frühjahr im spanischen Radio, dass Offensiv-Star Florian Wirtz den Verein sicher nicht für weniger als 150 Millionen Euro Ablöse verlassen werde. Auch damals ruderte er später wegen der emotionalen Worte etwas zurück. Was blieb: 150 Millionen – mindestens.

Diesmal löste er mit 14 Worten ein Beben aus. Das Signal: Bayern ist mit Eberl an der Spitze für ihn kein seriöser Gesprächspartner („Ich würde mit ihm nicht verhandeln.“). Carro bezieht sich darauf, dass Eberl und damit die Münchner im Poker um Tah Absprachen nicht eingehalten haben. Zudem stellt er die Kompetenz des Bayern-Vorstands infrage („Ich halte von Max Eberl nichts, absolut nichts.“)

Carro wusste, dass er mit seiner Attacke nicht verlieren kann – ganz egal, wie die Reaktion der Bayern ausfällt. Die öf-



Der von Eberl verpflichtete Michael Olise soll die Bayern-Offensive beleben

SVENISCH/FRANK FÖRERMAN

fentliche Retour-Kutsche von Bayerns Vorstandschef Jan-Christian Dreesen („Wir sind enorm irritiert“), ist aus Carros Sicht kein Nachteil. Hätte Bayern sich gar nicht geäußert, wäre Eberl geschwächt worden. Auch im Pokern um Nationalspieler Tah musste Carro die zwei möglichen Bayern-Reaktion nicht fürchten. Im Gegenteil.

Option eins: Bayern lässt die Muskeln spielen und kauft Tah; Carro erzielt seinen Preis. Option zwei: Die Münchnern ziehen sich bei Tah für diesen Sommer endgültig zurück: Der Abwehrchef bleibt in Leverkusen. Dass Tah den Klub 2025 nach zehn Jahren ablösefrei verlassen könnte, ist für den Meister weniger schlimm, als ihn unter Wert zu verkaufen. Das wurde intern schon vor Wochen besprochen. Denn: Tah muss für einen Top-Vertrag im nächsten Jahr weiter Top-Leistungen bringen. Das hilft beim Ziel Titelverteidigung. Und – noch wichtiger – das Zeichen ist gesetzt: Carro und Bayer knicken nicht ein.

Schon zweimal zuvor knirschte es zwischen Bayer und Bayern in diesem Jahr. Im Endspurt der Vorsaison sagte Carro, dass für ihn nicht die Bayern, sondern Leipzig der größte Meisterkonkurrent für diese Saison sei: „Wenn ich mich entscheiden müsste, außer uns, würde ich sagen, Leipzig mehr als Bayern.“ Ende Juli zählte Bayerns Finanzvorstand Michael Diederich Leverkusen an, weil Bayer im Sommer nicht ins Ausland reiste, um die internationale Bundesliga-Vermarktung anzukurbeln. Die Bayern waren in Südkorea, Leverkusen war in Donauessingen. „Es wäre schön gewesen, wenn sich auch der Meister auf die Reise gemacht hätte“, stichelte Diederich. Carros Antwort folgte prompt: „Was wir vergangene Saison erreicht haben, hat für die Strahlkraft der Bundesliga eine wesentlich höhere Be-

Alle GEGEN die Bayern

Die Attacke von Leverkusens Carro gegen Eberl hat heftige Folgen. Der FC Bayern muss in der Liga nicht nur sportlich um die Macht kämpfen

deutung als jede Reise um den Globus. Aber: Jeder darf seine Meinung sagen, das mache ich ja auch oft.“

Den Bedeutungsverlust des FC Bayern erkennt man auch daran, dass das Machtzentrum des deutschen Fußballs inzwischen nicht mehr in München, sondern in Dortmund liegt. Bei BVB-Boss Watzke, der auch Aufsichtsratschef der Deutschen Fußball Liga (DFL), Vize des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) und Mitglied des Uefa-Exekutivkomitees ist, dem wichtigen Gremium des europäischen Fußballverbandes. Ein Umstand, der den Bayern zwar nicht gefällt, den sie aber zähneknirschend akzeptieren. Denn ein Strippenzieher wie Watzke, der national, international und in der Politik bestens vernetzt ist, fehlt ihnen.

Zwar wird Dreesen ligaweit für seine ausgleichende Art geschätzt, aber genau das bereitet ihm in München Probleme. Vielen Vereins-Granden ist er zu lieb – vertrete zu wenig die Interessen der Bayern. Dreesens Vertragsverlängerung über 2025 hinaus ist deshalb alles andere als sicher. Im Hintergrund lauert bereits Finanzvorstand Diederich. Aber dessen Standing in der Liga ist wie das des Rekordmeisters – wegen zahlreicher Alleingänge in den vergangenen Jahren – noch nicht sonderlich groß. Das Problem der Bayern: Seit dem Ausscheiden des ehemaligen Vorstandsbosses Karl-Heinz Rummenigge 2021 fehlt der klare Ansprechpartner in München. Die Meinung vieler Liga-Bosse hinter vorgehaltener Hand: Die Bayern sprechen nicht mit einer Stimme, und der wahre Boss sitzt sowieso am Tegernsee. Es ist Klub-Patron Uli Hoenes (72).

Auch Leipzig hat sich in diesem Sommer (erfolgreich) mit Bayern und Eberl duelliert: Red-Bull-Boss Mintz-laff erklärte den Transfer-Kampf um EM-Star

Xavi Simons zur Chefsache, wollte sie seinen ehemaligen Geschäftsführer unbedingt ausstecken – was ihm gelang. Das Verhältnis zu Eberl ist abgekühlt, nachdem Mintz-laff im Herbst 2022 sehr um die Verpflichtung des Ex-Gladbachers gekämpft hatte. Nachdem sich Eberl aber weder intern noch in der Öffentlichkeit vollends zu Leipzig bekannt und stattdessen mit Anfragen der Bayern kokettiert hatte, schmiss Mintz-laff seinen Manager nach nicht mal einem Jahr wieder raus.

Spannend ist, wie eng der Draht von Red-Bull-Boss Mintz-laff zu den Bossen der schärfsten Bayern-Widersacher ist. Den engsten Draht pflegt der Leipziger zu Watzke. In der Corona-Zeit näherten sich beide trotz maximal unterschiedlicher Vereinsstrukturen immer mehr an und vertreten gerade in wirtschaftlichen Fragen oft einen Standpunkt. Ähnlich ist es auch mit Leverkusens-Boss Carro, mit dem Mintz-laff einen guten Austausch pflegt. Zudem hat er einen sehr engen Kontakt zum Vorsitzenden des Gesellschaftler-Ausschusses von Bayer 04 Werner Wenning.

Interessant: Bei der Besetzung der Eberl-Nachfolge kam vor allem deshalb Leverkusens Sportdirektor Rolfes, der mit seinem BVB-Kollegen Sebastian Kehl eng befreundet ist, nicht in die engere Auswahl, weil Mintz-laff aus Respekt vor Carro und Wenning keine so wichtige Figur abwerben würde. Auch zu Frankfurts Vorstand Axel Hellmann hat Mintz-laff ein gutes Verhältnis. Bei den Bayern versteht sich der Leipziger mit Aufsichtsrat Rummenigge und Vorstandschef Dreesen sehr gut. Carro, Watzke und Mintz-laff sind zwar sportlich ebenfalls Konkurrenten – doch die Rivalität zu den Bayern macht sie zu Verbündeten. Mit dem gleichen Ziel: Vor den Bayern zu landen.

Weg frei für die ewige Nummer zwei

Nach dem Rücktritt von Manuel Neuer aus der deutschen Nationalmannschaft würdigt ihn Marc-André ter Stegen mit großen Worten

Die Liste von Spielern, Trainern oder Funktionären, die Manuel Neuer zu seiner Karriere in der deutschen Fußball-Nationalmannschaft gratulierten, ist lang. Der 38 Jahre alte Torhüter des FC Bayern hatte am Mittwoch in einem Video, das er bei Instagram veröffentlichte, nach 124 Länderspielen und acht Turnier-Teilnahmen seinen Rücktritt aus der Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) erklärt.

Auch Marc-André ter Stegen würdigte Neuer für seine Leistungen in der Nationalmannschaft. „Gratulation zu deiner Karriere im DFB-Team. Für immer ein Weltmeister und eine Legende des deutschen Fußballs“, schrieb der 32-Jährige in seiner Instagram-Story. Dazu postete ter Stegen ein Jubel-Foto von Neuer aus dem Jahr 2014, das ihn mit dem WM-Pokal in der Hand zeigt.

Eine feine Geste, kämpfte der 32 Jahre alte ter Stegen vom FC Barcelona mit dem sechs Jahre älteren Neuer doch jahrelang um die Rolle der Nummer eins im deutschen Tor. Ter Stegen hatte dabei immer das Nachsehen, zuletzt hatte er nach Neuers vollständiger Genesung im Vorfeld der EM wieder ins zweite Glied rücken müssen.

Neuer hatte sich im Dezember 2022 beim Skifahren das Wadenbein gebrochen und war danach monatelang ausgefallen. Im Nationalteam war er von ter

Stegen vertreten worden. Auf die Frage, ob es auf Dauer sein Anspruch sei, die Nummer eins im deutschen Tor zu sein, hatte ter Stegen in einem Gespräch mit WELT AM SONNTAG im Herbst 2023 gesagt: „Meine Denke ist klar: Für mich ist es wichtig, Leistung zu zeigen und zu bestätigen. Am Ende ist es doch so, dass es nur um die Leistung geht. Und wenn ich die bei der Nationalmannschaft und dem FC Barcelona zeige, dann habe ich sehr gute Chancen.“

Auf Nachfrage, ob er damit meinen würde, die Nummer eins bleiben zu wollen, fügte ter Stegen damals an: „Ich weiß, dass Sie das immer hören wollen. Natürlich ist das mein Anspruch. Das habe ich schon mehrfach kommuniziert. Und damit ist es gut.“

Ter Stegen betonte damals in dem Gespräch, dass er ein gutes Verhältnis zu Neuer habe. „Wir sind seit über zehn Jahren gemeinsam bei der Nationalmannschaft. Das Verhältnis ist von großem Respekt für den anderen geprägt. Die Kommunikation und Unterstützung waren immer gut. Wir hatten noch nie ein Problem miteinander und hatten auf professioneller Ebene immer einen sehr guten Konkurrenzkampf.“

Nun darf er sich nach dem Rücktritt von Neuer aber große Hoffnungen machen, mit Blick auf die WM 2026 DFB-Stammkeeper zu werden.

Im Mai 2012 hatte ter Stegen im Tor der deutschen Nationalelf debütiert – beim 3:5 im Test gegen die Schweiz in Freiburg. Sein zweites Länderspiel absolvierte er dann im August 2012 in Frankfurt gegen Argentinien. Er wurde für Thomas Müller eingewechselt, nachdem Robert Zieler von Hannover 96, der in dieser Partie im deutschen Tor gestanden hatte, mit einer Roten Karte vom Platz gestellt worden war. Sofort nach seiner Einwechslung hielt ter Stegen einen Elfmeter von Lionel Messi, der erstmals

ein Strafstoß in der Nationalmannschaft nicht verwandelte, kassierte danach aber noch drei Treffer. Bei der WM 2014 zählte ter Stegen nicht zum Aufgebot – Zieler und Roman Weidenfeller, damals Stammtorhüter von Borussia Dortmund, erhielten hinter Manuel Neuer den Vorzug.

Am kommenden Donnerstag wird Bundestrainer Julian Nagelsmann sein Angebot für die anstehenden Nations-League-Spiele gegen Ungarn (7. September) und die Niederlande (10. Septem-

ber) bekanntgegeben. Man darf gespannt sein, welche zwei Torhüter er neben Marc-André ter Stegen in den 23 Spieler umfassenden Kader berufen wird. Bei der EM waren ter Stegen und Oliver Baumann (1899 Hoffenheim) als Ersatz dabei. Kevin Trapp, Stammkeeper und seit dieser Saison auch Kapitän bei Eintracht Frankfurt, fehlte überraschend. Er hatte zuletzt immer zu den zwei Keepern hinter dem Stammtorhüter in der deutschen Auswahl gezählt – und auch seine Einsätze bekommen.

Weitere Kandidaten hinter ter Stegen sind Bernd Leno (FC Fulham), der jüngst wieder vom Bundestrainer berufen worden war, sich dann aber verletzt hatte – und Alexander Nübel. Der vom FC Bayern an den VfB Stuttgart ausgeliehene Torhüter zählte zum vorläufigen EM-Kader. Nach der Vorbereitung wurde Nübel dann aber überraschend wieder gestrichen. Nagelsmann und sein Trainerteam um Bundestorwarttrainer Andreas Kronenberg hatten sich – anders als ursprünglich geplant – entschieden, auf einen vierten Keeper im Kader zu verzichten. Stattdessen wurde der Dortmund Emre Can für das Mittelfeld nachnominiert. Als vierter Torhüter fungierte in den Trainingseinheiten in Herzogenaurach dann Jan Reichert vom 1. FC Nürnberg, der dafür immer extra angereist kam.



Ewige Rivalen: Die Torhüter Marc-André ter Stegen (l.) und Manuel Neuer

MARCUS BRANDT/DPA

Gladbach fordert Double-Sieger Leverkusen

Vorfreude auf den Auftakt der Bundesliga-Saison

Es ist angerichtet. Ein Meister in Top-Form und ein mutiger Herausforderer – der Bundesligaauftakt am Freitagabend zwischen Borussia Mönchengladbach und Bayer Leverkusen (20.30 Uhr/DAZN und Sat.1) könnte gleich ein Highlight werden.

„Dieses Spiel gegen den Meister, Pokalsieger und Europa-League-Finalisten ist von internationalem Interesse und für uns eine tolle Aufgabe, uns zu messen. Ich finde gut, dass man es eingeführt hat, die Saison mit einem Freitagabendspiel zu eröffnen, um die Aufmerksamkeit auf den Start der Bundesliga zu legen“, sagte Gladbachs Präsident Rainer Bonhof.

Der Titelverteidiger, Pokalsieger und Europapokalsieger aus Leverkusen kommt mit einer langen Erfolgsserie in den Ligabetrieb zurück und ist noch lange nicht titelmüde. Experten wie Lothar Matthäus sehen die Mannschaft von Trainer Xabi Alonso wieder ganz vorn. „Der Trainer und die Vereinsführung haben in den vergangenen zwei Jahren einen sensationellen Job gemacht. Ähnlich wie im vergangenen Jahr hat Bayer einen kleinen Vorsprung gegenüber der Konkurrenz“, befand Matthäus. Mit dem Gewinn des Supercups hat sich die Mannschaft auch gleich erfolgreich zurückgemeldet.

Personelle Sorgen hat Bayer-Trainer Xabi Alonso nicht. Bis auf Exequiel Palacios (Meniskus-OP) sind alle fit. „Es gibt eine große Vorfreude. In Mönchengladbach ist die Stimmung immer großartig und wir haben auch mehr als 5000 Fans dabei“, sagte der 42-Jährige. Auch die Gladbacher freuen sich auf die große Bühne und wollen zeigen, dass sie besser sind als in der enttäuschenden letzten Saison. „Wenn Bayer zu uns kommt, darf es kein Hügel sein, sondern ein Berg, den die Leverkusener besteigen müssen. Wir werden alles dafür tun, dieses Spiel zu gewinnen“, sagte Borussia Sportdirektor Roland Virkus. DW

„Alle wollen was sein, keiner mehr was werden“

Schalke Top-Ausbilder Elgert kritisiert Nachwuchs

Die Kritik an der fehlenden Leistungsbereitschaft der jungen Generation kann der erfolgreiche Talente-Ausbilder Norbert Elgert vom Fußball-Zweitligaklub Schalke 04 durchaus nachvollziehen. Der 67-Jährige sieht aber dabei durchaus auch die Älteren in der Verantwortung. „Alle wollen was sein, keiner will mehr was werden“, sagte Elgert im Podcast „Spielmacher – Fußball von allen Seiten“ von Sky-Moderator Sebastian Hellmann: „Ich glaube, dass unsere Kinder und Jugendlichen einfach begreifen müssen, dass die Erfolgsprinzipien immer gleich bleiben.“

Es gebe so was wie eine Karriere-Zeit im Leben, wo einfach mal ein paar Jahre auch Tag und Nacht gearbeitet werden müsse. „Es wird und kann nicht funktionieren, dass ich mit wenig Aufwand erfolgreich werde. Das wird auch in Zukunft unmöglich sein“, sagte er. „Und das müssen wir unseren Kindern und Jugendlichen verständlich machen. Alle wollen eigentlich heute schon so leben wie am Ende ihrer Karriere. Das wird es nicht geben, da bin ich ganz sicher.“

Elgert sieht auch sich und seine Trainer-Kollegen gefordert, auch zur Persönlichkeitsbildung der Schützlinge beizutragen. „Ich glaube, da haben wir eine ganz große Aufgabe, dass wir Trainer, wir Ausbilder jetzt und in Zukunft viel mehr sein sollten und müssen, als nur Vermittler von Technik, Taktik, Athletik, sondern auch Vermittler von gesunden Worten“, sagte er.

Elgert ist seit 1996 beim FC Schalke 04 und arbeitete vorwiegend im Nachwuchsbereich. Mit seinen Teams wurde er dreimal deutscher A-Junioren-Meister und zweimal A-Junioren-Pokalsieger. Er gilt als einer der besten Ausbilder in Deutschland. Zu den zahlreichen von ihm geformten Talenten zählen unter anderem die 2014-Weltmeister Manuel Neuer, Mesut Özil, Benedikt Höwedes und Julian Draxler. Nationalspieler Leroy Sané vom FC Bayern wurde ebenso von ihm ausgebildet. JWO/DPA



„Unsere Familie geht zur Wahl“: Wandgemälde in Russland von Anastasia Daineko (2024)

Anna Veronika Wendland schreibt in ihrem Buch „Befreiungskrieg. Nationsbildung und Gewalt in der Ukraine“ (Campus Verlag) über den deutschen Rassenkrieg: „Die Ukraine wurde als Kolonie angesehen. Die Funktion der Ukrainer und ihres Landes war die Bereitstellung von Zwangsarbeitskräften, Nahrungsmitteln und Energieträgern.“ Das alles ist heute, in Russlands Krieg gegen die Ukraine, ganz genauso.

Das Problem in Deutschland ist, dass man glaubt, es reiche, von Verantwortung zu reden, statt tatsächlich Verantwortung zu übernehmen. In diesem Sinne ist Olaf Scholz jener Realpolitiker, der der Disposition der Deutschen womöglich am genauesten entspricht. Am 17. Juli 2023, über ein Jahr, nachdem Russland den größten Landkrieg in Europa seit 1945 begonnen hat, unzählige Kriegsverbrechen in der Ukraine begangen, Hunderttausende Menschen ermordet, Abermillionen zu Flüchtlingen gemacht, ganze Städte zerstört, die Welt mit nuklearen Drohungen und mit Hungerdrohungen erpresst hat, schrieb der deutsche Bundeskanzler auf Twitter wörtlich: „Russland fühlt sich nicht verantwortlich für ein gutes Miteinander.“ Wer für Russlands Vernichtungskrieg eine derart infantile Charakterisierung findet, hat entweder den Ernst der Lage nicht begriffen oder verkauft die Bürger für dumm. Das historische Versagen des Bundeskanzlers ist es, der Bevölkerung nie erklärt zu haben, warum wir, wenn wir der Ukraine helfen, uns selbst helfen.

Was Russlands Zukunft angeht, so sollte man die Hoffnung nicht aufgeben. Es ist richtig und nötig, sich schon jetzt darüber Gedanken zu machen, wie man jenes Russland, das es nach Putin geben wird, dabei unterstützen könnte, das Wissen um die koloniale Vergangenheit bzw. Gegenwart des Landes zu befördern, die Zivilgesellschaft (wieder) aufzubauen, ein unabhängiges Justizsystem zu errichten und die Geheimdienste zu entmachten. Die schlechte Nachricht ist, dass heute nicht abzusehen ist, ob und wann dieser Fall überhaupt eintreten wird – es könnte in fünfzehn Jahren passieren, oder übermorgen, oder nie.

Die gute Nachricht ist, dass es nicht Olaf Scholz ist, der die Geschichtsbücher schreibt. Andernfalls würde dort stehen: „Adolf Hitler fühlte sich nicht verantwortlich für ein gutes Miteinander.“

Joseph Wälzholz, geboren 1980, ist Slowist und arbeitet als Übersetzer aus dem Russischen.

Ephraim Kishon kam am 23. August 1924 in Budapest zur Welt, und auf den ersten Blick scheint sein 100. Geburtstag kaum mehr zu sein als die Gelegenheit, respektvoll an einen einst berühmten Autor zu erinnern. Über zwei Jahrzehnte, etwa zwischen 1960 und 1980, war er der erfolgreichste Humorist auf dem deutschen Buchmarkt. Das ist lange her, und jüngere Leser entdecken ihn heute nur noch in den auszuräumenden Regalen ihrer verstorbenen Eltern oder Großeltern.

VON JAKOB HESSING

Doch auch hier, wie so oft, täuscht der erste Blick. Kishons große Zeit mag vorbei sein, die Geschichte hinter seinem Namen aber hat es in sich, und in diesem Jubiläumjahr führen zwei Forscherinnen uns das vor Augen. Im Verlag Langen Müller, in dem auch Kishons Werk erscheint, legt Silja Behre eine in jedem Sinne vorzügliche Biografie vor; und bei Neofelis beschreibt Birgit M. Körner, wie ein ungarischer Jude, der in Israel auf Hebräisch schrieb, zum Lieblingsautor der Deutschen wurde. Unter anderem stellt Behre die literarischen Anfänge Ephraim Kishons in Israel dar, und hier lohnt es sich, genauer hinzuschauen. Er hat die Schoa überlebt, und 1949 beschließt er, aus dem sowjetisch besetzten Ungarn in das soeben gegründete Israel zu fliehen. Seine ersten Humoresken bringt die Zeitung der ungarischen Einwanderer, „Uj Kelet“, noch in seiner Muttersprache heraus, Kishon aber weiß, dass das für ihn nur eine Übergangsstation sein kann, wenn er nicht in der Peripherie des israelischen Literaturbetriebs steckenbleiben will.

Er zwingt sich, in kaum drei Jahren Hebräisch zu lernen, schreibt zunächst für „Davar“, eine kleinere Zeitung, und wechselt dann zu „Ma'ariv“, der größten Zeitung des Landes. In ihr veröffentlicht er von 1952 bis Mitte der 1980er „Chad Gadja“, eine zunächst tägliche und später wöchentliche Kolumne, die ihn für mindestens zwei Generationen israelischer Leser berühmt gemacht hat. Kishon gelingt das Außergewöhnliche. Er ist schon 25, als er nach Israel kommt und sich mit eiserner Disziplin und phänomenaler Begabung neu erfindet. Das ist sein persönlicher Erfolg, zugleich aber auch ein Schlüssel zu Kishons Humor und der historischen Bedeutung, die sein Werk in einer bestimmten Zeit gehabt hat.

Seine Metamorphose beginnt schon mit dem Namen. Ursprünglich hieß er Ferenc Hoffmann; später nannte er sich Ferenc Kishont, weil das ungarische Wort für 1949 beschied ein Beamter der Einwanderungsbehörde, dass Ferenc fortan Ephraim sei und Kishont israelischer, wenn man das „t“ strich. Kishon hat das selbst erzählt, und in ihrer Biografie paraphrasiert Silja Behre es ungefähr so: Wie Ferenc Kishont sich in den Autor Ephraim Kishon verwandelt, das gibt es gar nicht – und gerade deshalb wird es zum Grundton seiner Lebensgeschichte. Der Holocaustüberlebende lernt Hebräisch erst als Erwachsener, dann wird er Deutschlands beliebtester Autor – beides aber kann ihm nur gelingen, weil er gar nicht weiß, dass das eigentlich unmöglich ist. Schmunzelnd schaut sich der Autor hier selbst über die Schulter und schreibt den israelischen Mythos der frühen Jahre humoristisch um. Der Israeli, so hieß es damals, sei aus dem Meer geboren, ein neuer Jude, der nicht mehr an seiner Vergangenheit leide. Das Schwierige erledigen wir sofort, witzelte man in der Gründerzeit, das Unmögliche dauert etwas länger.

Dieses Selbstbewusstsein des jungen Staates, der soeben seinen Unabhängigkeitskrieg gegen sieben arabische Armeen gewonnen hat, befähigt auch den Neueinwanderer aus Ungarn. Er überträgt es in den Witz seiner Geschichten, deren Protagonisten ihre kleinen Siege über Israels Bürokratie feiern, und die Erinnerung an eine andere, europäische Bürokratie schwingt darin mit, die weitaus gefährlicher war und Kishon fast das Leben gekostet hätte. Auch ein anderer Jude, der aus Osteuropa stammt, bemerkt solche Zusammenhänge. Kishon stirbt im Januar 2005, und in seinem Nachruf schreibt Josef Joffe, damals der Herausgeber der „Zeit“: „Diese israelischen Juden mit ihren komischen Namen wie Nebenzahl, Feinholz oder Manfred Toscanini waren wie du und ich und zugleich Panzerfahrer und Piloten, die anders als die Deutschen ihre Kriege andauernd gewannen. So durfte man gleich doppelt Trost verspüren: sich mit den Siegern identifizieren und gleichzeitig ein wenig Schuld ablassen.“

Der komplexen Frage deutsch-jüdischer Beziehungen, die in Kishons Erfolg verschlüsselt ist, widmet Birgit M. Körner ein ganzes Buch. Sie weist nach, dass man in Deutschland nicht den hebräischen Kishon kennengelernt hat, sondern eine Fassung seiner Geschichten,

Von einem, der zu lachen beschloss

Heute wäre Ephraim Kishon 100 Jahre alt geworden. Der Autor überlebte Hitler und sah dann den Nachkriegsdeutschen dabei zu, wie sie für seine Bücher Schlange standen. Würdigung einer unmöglichen Karriere



Er war der meistgelesene Satiriker überhaupt: Ephraim Kishon

die der Übersetzer Friedrich Torberg nach eigenen, auf das deutsche Publikum zugeschnittenen Maßstäben erstellte. Torberg war ein tschechischer Jude aus dem Prager Kreis, der die NS-Zeit im

amerikanischen Exil überlebte und später nach Wien zurückkehrte. Er wollte den Juden ihre verlorene Ehre zurückgewinnen, und im Werk Ephraim Kishons sah er das geeignete Mittel dazu. Der Erfolg hat ihm Recht gegeben.

Dafür musste er dieses Werk allerdings manipulieren. Es ging ihm darum, Kishon als einen harmlosen Humoristen des Alltags bekannt zu machen, dessen Witz deutsche Leser unmittelbar ansprechen würde. Der vor den Kommunisten geflohene Kishon aber war ein politischer Autor, mit seinem Humor aus dem Leben der kleinen Leute nahm er auch Israels sozialistische Regierung aufs Korn, und Torberg sparte das aus. Er konnte kein Hebräisch, seine Vorlagen waren die englischen Übersetzungen, die er frei nachdichtete. Das Recht dazu ließ er sich vom Autor vertraglich zusichern, und bei Tantiemen für 34 Millionen verkaufter Bücher musste er Kishon nicht zweimal darum bitten. „Ich wurde zum Lieblingsautor der Nachkommen meiner Henker“, schreibt er im Rückblick auf seinen Erfolg. „Das ist die wahre Ironie der Geschichte. Eine riesige Genugtuung, dass ihre Enkel Schlange stehen für eine Unterschrift von mir. Die richtige Antwort auf das Dritte Reich heißt: nicht weinen, sondern signieren.“ Es ist Kishons eigene Variante von Galgenhumor, über die sich noch einiges sagen ließe. Hier muss es genügen, auf die Ironie hinzuweisen, die nicht nur für Kishons Werk, sondern auch für seine Rezeption bezeichnend ist.

Friedrich Torberg starb im Jahr 1979, und fast symbolisch läutete sein Tod das Ende der großen Zeit Ephraim Kishons ein. Seit den 1980er-Jahren wurde eine andere israelische Literatur in Deutschland bekannt: Amos Oz und Abraham B. Jehoschua wurden übersetzt, bald auch David Grossman und viele andere. Die Euphorie der Anfänge wich dem Realismus eines Landes, das seine Kriege längst nicht mehr gewann. Israels Weg in die Normalität eines Staates, der seinen Platz in der Welt gefunden hatte, war sehr viel länger als es bei Kishon zu lesen stand.

Er hat das alles gewusst und sehr genau beobachtet. Aber Ephraim Kishon hatte Hitler überlebt, und er beschloss, zu lachen.

Jakob Hessing ist emeritierter Germanistik-Professor der Hebräischen Universität Jerusalem. 2020 erschien sein Buch „Der jiddische Witz. Eine vergnügliche Geschichte“ (C.H. Beck).

wäre, würde man auch auf Vergleiche mit Hitler nicht so allergisch reagieren. Der Denkfehler bei diesen Reaktionen ist, dass Putin stets an der Judenvernichtung gemessen wird. Möchte Putin über 35 Millionen Ukrainer in Gaskammern schicken? Nein. Wenn man Putin hingegen nicht an Hitlers Szenario für die Juden, sondern an Hitlers Szenario für die Ukrainer misst, springen die Parallelen geradezu überdeutlich ins Auge: Vernichtung des politisch aktiven Bevölkerungsteils; Einschüchterung und Assimilation des Rests; Kolonisation durch „Volksrusen“ (damals: „Volksdeutsche“).

RÄTSEL UND SUDOKU VON STEFAN HEINE

A crossword puzzle grid with 11 columns and 11 rows. Clues are provided in German. Some cells contain numbers indicating the start of words. The grid is partially filled with letters.

A 6x6 grid for a 3x3 Sudoku puzzle. The numbers are: Row 1: 4, 6, 3; Row 2: 8, 2, 5; Row 3: 1, 9; Row 4: 8, 2; Row 5: 7, 4; Row 6: 6, 2.

A 6x6 grid for a 3x3 Sudoku puzzle. The numbers are: Row 1: 1, 6, 4, 1, 5; Row 2: 4, 9, 2, 8; Row 3: 7, 5, 1, 6; Row 4: 5, 7; Row 5: 8, 3, 9, 5; Row 6: 9, 3, 4, 5, 1, 2.

Jede Ziffer von eins bis neun wird in jeder Spalte, jeder Zeile und in jedem 3x3-Feld genau einmal eingetragen. Das obere Sudoku ist von mittlerer Schwierigkeit, das Rätsel darunter etwas leichter.

Two 6x6 grids for a 3x3 Sudoku puzzle. The numbers are: Row 1: 9, 6, 1, 2, 7, 8; Row 2: 5, 2, 8, 9, 4, 6; Row 3: 7, 8, 6, 1, 2, 9; Row 4: 1, 8, 5, 7, 9, 2, 6; Row 5: 2, 7, 6, 5, 1, 8, 9; Row 6: 4, 9, 6, 2, 8, 5, 7, 1.

„Der Spiegel“ erwägt einen neuen Erscheinungstag

Jahrzehntlang lag die Zeitschrift montags am Kiosk, dann samstags, nun wird der Freitag geprüft

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ könnte in Zukunft mit seiner gedruckten Ausgabe am Freitag statt am Samstag erscheinen. Am Montag soll „Spiegel“-Chefredakteur Dirk Kurbjuweit in der großen Morgenkonferenz der Redaktion gesagt haben, dass die Umstellung geprüft werde, aber sowohl Geschäftsführung wie Chefredaktion den Schritt befürworteten. Nicht zuletzt sei der Freitag leichter für den Vertrieb des Magazins. Auf WELT-Nachfrage sagte eine Sprecherin des Nachrichtenmagazins: „Wir prüfen seit einiger Zeit die Verlegung des ‚Spiegel‘-Erscheinungstages auf den Freitag. Das Wochenende beginnt für viele Menschen immer öfter faktisch am Freitag – wir schauen uns das deshalb an.“ Es handle sich aber um einen längeren Prozess.

VON CHRISTIAN MEIER

Früher war der Montag mal der „Spiegel“-Tag. Das Nachrichtenmagazin erschien einige Jahrzehnte an diesem Tag, denn die wichtigsten Themen sollten zum Wochenanfang gesetzt werden. Wer (nicht nur im Regierungsviertel) in der Woche zuvor mit Fragen vom „Spiegel“ behelligt worden war, verbrachte dann für gewöhnlich ein unruhiges Wochenende. Der Montag war für den „Spiegel“ auch ein Nachweis des Einflusses und der Möglichkeit, Themen auf die Agenda zu setzen.

Tempi passati. Die Kunst des Agenda-Setzens ist weiter eine journalistische Disziplin, natürlich streben es Medien an, mit exklusiven Geschichten zu punkten, um bei einem Thema als Referenz

”

DIE WARE INFORMATION IST MITTLERWEILE SCHNELL VERDERBLICH

der Berichterstattung zu gelten. Doch die Digitalisierung hat die Bedeutung von Erscheinungstagen drastisch gesenkt. Wo früher die Redaktionen vor allem von wöchentlichen oder monatlich erscheinenden Magazinen darauf hinarbeiteten, pünktlich zur Veröffentlichung am Kiosk mit einem Scoop für Aufmerksamkeit zu sorgen, hat das Internet den Journalismus quasi verflüssigt. Eine exklusive Geschichte kann und muss immer dann sprudeln, wenn sie fertig ist.

Anfang 2015 war der „Spiegel“ auf den Erscheinungstag Samstag gewechselt.

Zwei Gründe nannte der damalige Chefredakteur Klaus Brinkbäumer damals – zum einen rückten der Redaktionschluss und der Verkaufsstart enger zusammen. Zudem hätten sich die Lesegeohnheiten verändert. Am Wochenende bliebe nun mal mehr Zeit. Nun, fast zehn Jahre später, prüft man einen erneuten Wechsel des Erscheinungstages – auf den Freitag. Diesen Schritt ist in diesem Februar bereits der „Focus“ gegangen. Dessen Chefredakteure Franziska Reich und Georg Meck sagten zur Begründung: „Freitag ist klassisch der Tag, an dem sich Leute in Supermärkten und an Kiosken für das Wochenende bereit machen und ein Magazin mit nach Hause nehmen.“ Die Leute könnten jetzt das ganze Wochenende lesen.

Es geht, wie Reich und Meck sagten, vor allem um die Käufer, die gelegentlich eine Zeitschrift im Supermarkt oder an der Tankstelle kaufen. Der Einzelverkauf von Zeitungen und Zeitschriften ist allerdings in den vergangenen Jahren deutlich gesunken. Der „Spiegel“ kam im zweiten Quartal des Jahres auf eine verkaufte Auflage von knapp 675.000 Exemplaren, doch nur 92.700 Exemplare davon wurden auf diese Weise abgesetzt. Und im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sank der Einzelverkauf um 18,5 Prozent. Aufgefangen wird der Rückgang über die leichte Zunahme bei Abonnements, die zu einem stark steigenden Anteil aber digitale E-Paper-Abos sind. Vor zehn Jahren setzte der „Spiegel“ im Einzelverkauf noch rund 251.000 Hefte ab.

Das sind freilich Entwicklungen, die fast alle Medien, die noch mit gedruckten Ausgaben erscheinen, betreffen, auch WELT und WELT AM SONNTAG. Das Lesen und damit auch der Kauf journalistischer Produkte verlagert sich seit vielen Jahren ins Digitale – mit erheblichen Konsequenzen für die gedruckten Ausgaben. Es mag die Hoffnung auf eine Art Renaissance hochwertiger gedruckter Medien geben, doch verlassen sollte man sich nicht darauf, dass eine solche Ära irgendwann kommt.

Denn die Ware Information ist mittlerweile schnell verderblich, d.h. sie verbreitet sich rasend schnell – künftig zunehmend auch mithilfe künstlicher Intelligenz – und ist dann „durch“. Gedruckte Ausgaben leisten sich dann nur noch die Menschen, die Zeit und Interesse haben, sich zu einem Thema genauer zu informieren und die Papier vorzuziehen. Die Ankündigung von Chefredakteur Kurbjuweit kam offenbar überraschend und etwas beiläufig daher, was teilweise für Unmut in der Konferenz sorgte haben soll. Wenn die Prüfung positiv beschieden wird, könnte die Umstellung voraussichtlich im kommenden Jahr vorgenommen werden, aber das ist noch Spekulation. Der Redaktionsschluss des gedruckten Magazins würde dann auf den Mittwoch vorverlegt werden müssen.

Der Turm der Garnisonkirche ragt in Potsdam wieder empor. Nicht ganz so raketenartig wie auf alten Fotos und Gemälden.

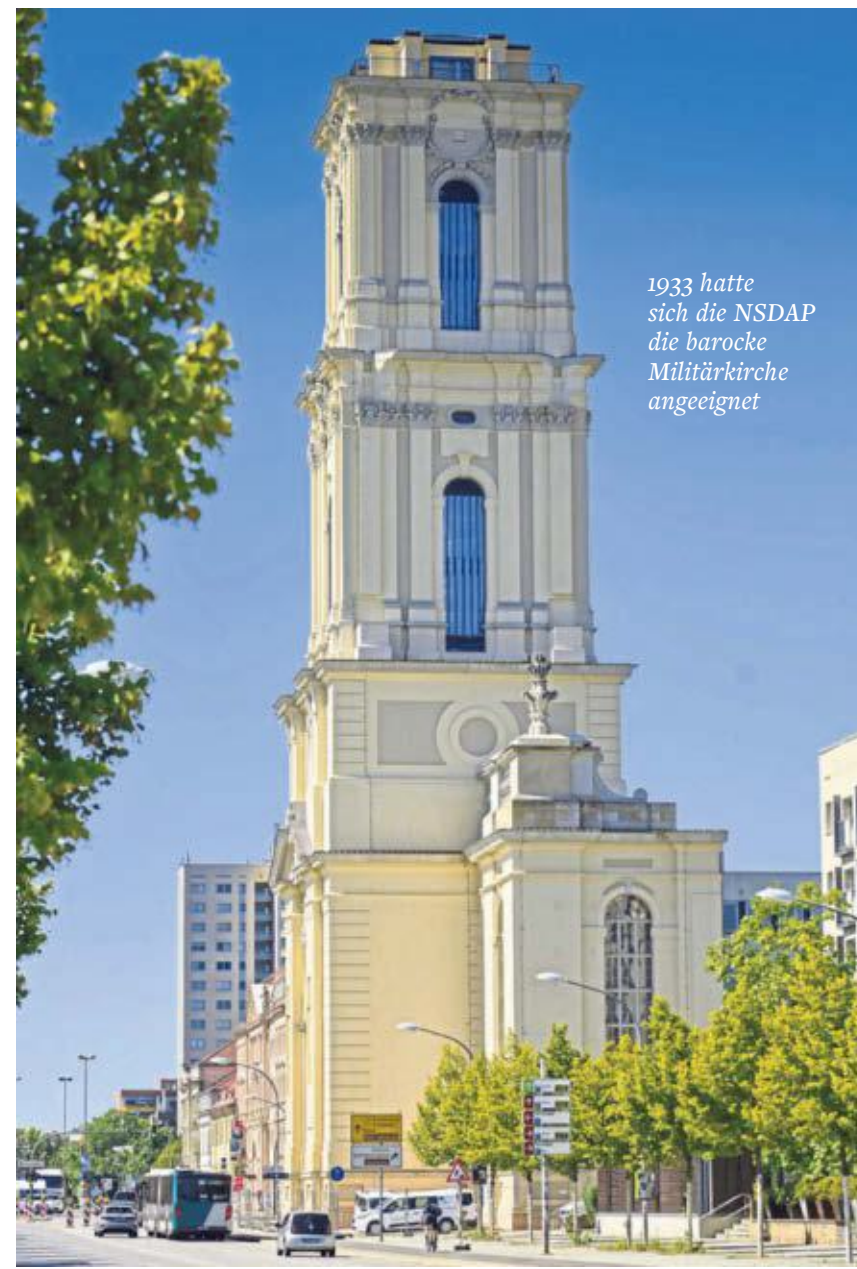
Denn dem rekonstruierten Kirchturmstumpf fehlt noch die von Kuppel und Wetterfahne bekrönte Haube, um auf die ursprünglichen 88 Meter zu kommen, mit denen das Bauwerk nach der für 2026 geplanten Vollendung wieder das höchste der Stadt sein würde. Die vielen Verfechter der historischen Rekonstruktion in einer von Krieg und sozialistischer Stadtplanung gezeichneten ehemaligen Residenzstadt aber sind jetzt schon glücklich über den Wiederaufbau. Sie sprechen von Heilung.

VON MARCUS WOELLER

Für die Gegner der Rekonstruktion ist es Kosmetik, der Garnisonkirchturm nur ein Schönheitspflasterchen mehr im Antlitz der Stadt. Sie glauben sogar, der Wiederaufbau – er kostete rund 42 Millionen Euro und wurde hauptsächlich vom Bund finanziert – sei gefährlich. Mit dem Turm werde nicht nur einer unseligen Preußen-nostalgie gehuldigt, hier könne auch eine Wallfahrtsstätte für Rechtsradikale entstehen. Tatsächlich hat die 1730 bis 1735 von Philipp Gerlach gebaute Hof- und Garnisonkirche unrühmliche Flecken in ihrer Geschichte. Die Nazis hatten sich die barocke Militärrkirche am 21. März 1933 angeeignet, um den Staatsakt der ersten Reichstagsöffnung nach der Machtübernahme der NSDAP zu begehen. Propagandaminister Joseph Goebbels erklärte das Treffen dann als „Tag von Potsdam“.

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Kirche stark beschädigt. 1968 wurde sie auf Befehl der SED trotz großen Widerstands in der Bevölkerung gesprengt. Auf dem Gelände des Kirchenschiffs wurde dann ein Rechenzentrum errichtet. Noch in den 1980er-Jahren bildete sich eine „Traditionsgemeinschaft“, die das Glockenspiel der Garnisonkirche samt fragwürdiger Gravuren im Geläut nachbauen ließ. Die Idee kam von Max Klar, einem rechtsnationalen Bundeswehroffizier, der später Millionen sammelte, um den Wiederaufbau der gesamten Kirche anzustoßen. Hier setzt die Kritik von Philipp Oswald an. Der Architekt und Professor an der Uni Kassel ist Deutschlands wohl bekanntester Gegner von Rekonstruktionen. Er kritisiert nicht nur generell den Wiederaufbau, etwa des Berliner Schlosses, sondern vor allem eine damit verbundene Errichtung „rechter Räume“, etwa aufgrund intransparenter Spenden. Die Konzeption des Wiederaufbaus und seiner Nutzung entspreche, so Oswald, „bis heute“ dem Vorschlag, den Klar dem damaligen Bischof Wolfgang Huber im Juli 2000 unterbreitet hatte.

Die evangelische Kirche ist mittlerweile Träger des Projekts, hat im Turm die Nagelkreuzkapelle eingerichtet. Die Stiftung Garnisonkirche betreibt Ausstellungsräume und die Aussichtsplattform im „Wow-Wahrzeichen“. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat den Garnisonkirchturm am 22. August 2024 als Schirmherr feierlich eingeweiht. Und Philipp Oswald, der wegen des Wiederaufbaus, der seiner Ansicht nach ei-



1933 hatte sich die NSDAP die barocke Militärrkirche angeeignet

SCHOENING/PICTURE ALLIANCE

Sichtbarer BRUCH

Die Potsdamer Garnisonkirche hat eine wechselvolle Geschichte – nun wurde ihr Turm rekonstruiert. Ein Ortstermin

nen „Schulterschluss zwischen Kirche, Staat und Militär inszeniert“, vor sieben Jahren demonstrativ aus der Kirche ausgetreten war, wandte sich am 15. August 2024 in einem offenen Brief an den Bundespräsidenten.

Die Geschichte der Kirche wie ihres Wiederaufbaus verlange einen „eindeutigen, unmissverständlichen und sichtbaren Bruch“ mit den Traditionen, so schreibt Oswald in seinem Brief. Der Bau sei „nicht nur ein zentrales Symbol für den preußisch-deutschen Nationalismus, sondern auch für Rechtsextreme“, so habe etwa die rechtsextreme Zeitschrift „Compact“ das Wiederaufbauprojekt unter dem Titel „Preußens Herz muss wieder schlagen!“ vereinnahmt. Oswald fürchtet, dass dieser „Ort mit seiner jahrhundertlang abgründigen Gewaltge-

schichte eine Anschlussfähigkeit für Rechtsradikale bietet“.

In der Eröffnungsrede des Festakts nahm Christian Stäblein, der Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, diese Furcht – auch vieler Demonstranten, die sich wieder auf der Breiten Straße vor dem Turm versammelt hatten, um mit Bannern gegen die „Nazikirche“ und das „Wahrzeichen des Terrors“ zu protestieren – auf: „Feinde der Demokratie werden hier keinen Ort haben, dafür sorgen wir“, erklärte Stäblein und dankte den Gegnern des Wiederaufbaus ausdrücklich dafür, diese Verantwortung angemahnt zu haben. Die erste Ausstellung „Glaube, Macht und Militär“ im Turm sei bereits mit diesem Anspruch entstanden.

In seinem Brief, den unter anderem die Denkmalpflegerin Gabi Dolff-Bonekämper, die amerikanische Judaistin Susannah Heschel und der britische Historiker Geoff Eley mitunterzeichnet haben, formulierte Oswald die Bitte an Steinmeier, sich dafür einzusetzen, dass die Stiftung sich dreier konkreter Forderungen annehmen möge. Auf den Wunsch, sie möge eine umstrittene Stelle ihrer Satzung ändern, kann freilich auch der bürokratischste Bundespräsident in einer Festrede nicht konkret eingehen. So sagte Steinmeier, die Garnisonkirche dürfe „nicht für den Geschichtsrevisionismus missbraucht werden“, und forderte: „Lassen Sie uns zusammen daran arbeiten, dass dieser Ort etwas wird, was er über lange Strecken seiner Geschichte nicht war: ein Ort der Demokratie.“

Auch auf den zweiten Wunsch Oswalds, man möge doch auf die weitere Verzierung des Turms mit militärischem Bauschmuck verzichten, ging Steinmeier nicht ein. Zwischen den Zeilen aber konnte man hören, dass eine Rekonstruktion ohne entscheidende Details für ihn der zukünftigen Rolle des Turms wohl nicht gerecht werde. Die Garnisonkirche sei ein „zentrales Symbol für die Macht Preußens“ gewesen, das „Symbol einer Allianz von konservativer Tradition und Nationalsozialismus“ und ein Ort, an dem „die Religion in den Dienst militärischer Propaganda genommen wurde“, so Steinmeier.

In der Beschäftigung mit diesem Ort, sei es ihm wichtig, dass „wir Geschichte nicht beschönigen und nichts ausklammern“. Der Turm rufe dazu auf, zu erinnern, zu differenzieren, aber keinesfalls zu vergessen, mahnte der Bundespräsident. „Jedem Versuch, deutsche Verantwortung zu leugnen, unsere Erinnerungskultur als Schuldkultur zu diskreditieren, stellen wir uns entschieden entgegen.“ Zu Philipp Oswalds jahrelangem und letztlich erfolglosem Kampf gegen den Wiederaufbau des Turms gehörte auch der Kampf für den Erhalt des Rechenzentrums aus DDR-Zeiten. In den Augen der Traditionalisten ist der erhaltene Verwaltungsbau von 1969 bis 1971 kein architektonisches Schmuckstück wie „das Hauptwerk des norddeutschen Barock“ nebenan, aber sein Mosaikzyklus „Der Mensch bezwingt den Kosmos“ im Stil des sozialistischen Realismus steht unter Denkmalschutz.

Und auch für den Wiederaufbau der abgerissenen Rechnerhalle, in der einst drei „Robotron 300“ vor sich brummen, gibt es in der streitbaren Urbanistenzene Befürworter. Oswald richtete in dem seit 2015 als Atelierhaus genutzten Bau einen „Lernort Garnisonkirche“ ein. Er dürfte aufgehört haben, als Steinmeier sagte: „Das Rechenzentrum sollte erhalten bleiben, beide Gebäude müssen eine Koexistenz führen.“ Auch Potsdams Bürgermeister Mike Schubert sprach nur von „Ensemble“. Vielleicht weist Ensemble ja gerade darauf hin, was in einem von historischen Brüchen geprägten Stadtgefüge mehr Heilung verspricht als der Traum von der kosmetisch intakten Silhouette: das mal harmonisch, mal disruptive Neben- und Miteinander von historischen Stilen und der konstruktive Streit um ästhetische Ansprüche an Gebäude, wie um ihre angemessene gegenwärtige Nutzung.

FAMILIENBANDE

MATTHIAS HEINE



Das Finale von 1974 und das strenge Urteil meiner Tochter

Weit verbreitet ist ja heutzutage die Ansicht, man solle seine Religion den eigenen Kindern nicht aufdrängen. Viel schlimmer erscheint es mir, wenn Väter oder Mütter den Nachwuchs mit ihrer Liebe zum eigenen Fußballverein indoktrinieren. Ganz bestimmt hat die aufgezwungene Zugehörigkeit beispielsweise zur evangelischen Kirche Deutschland niemals so viel Elend in einer jungen Seele angerichtet, wie die Zwangstaufe zum Fan von Schalke 04, dem 1. FC Köln oder dem HSV, um mal nur einige der bekanntesten Unglücksbringer zu nennen.

Besonders absurd ist diese Heimatvereins-Erziehung, wenn die Kinder nicht in der Stadt geboren wurden und leben, in der ihre Eltern geboren und aufgewachsen sind. Was in Leuten vorgeht, die ihre Berliner Kinder auf Wattenscheid oder Cottbus verpflichten, müssen Psychologen erkunden. Ich persönlich finde es jedenfalls wesentlich leichter, meinen Kindern die Existenz Gottes und die Auferstehung Jesu Christi zu erklären, als ihnen darzulegen, warum Eintracht Braunschweig natürlich trotz allem der „geilste“ Fußballverein der Welt ist.

Anders verhält es sich mit der deutschen Nationalmannschaft. Die Zugehörigkeit zu einer Nation legt man ja nicht so leicht ab. Meine Töchter werden noch ihr Leben lang für gewisse Ereignisse von 1933 bis 1945 in Verantwortung genommen werden. Als

Ausgleich für diese Last, erscheint es nur gerecht, wenn man sie an anderen, weitaus erfreulicheren Ereignissen 1954, 1974, 1990 und 2014 teilhaben lässt. Niemals sind meine Töchter näher daran, ganz unschuldig den Satz „Ich bin stolz, eine Deutsche zu sein“ auszusprechen, als beim Anblick der vier Sterne auf dem Trikot der Nationalmannschaft.

Deswegen haben die Fußballbegeisterter von den dreien und ich jetzt angefangen, mal nachzuschauen, wie es eigentlich dazu kam. Das Finale von 1974 gibt es komplett bei YouTube. Und wir haben es uns angesehen. Hier sind die 17 Dinge, die wir daraus gelernt haben.

1. „Was sind denn das für Typen?“ Gemeint war die karnevalsartig uniformierte Kapelle, die die Hymne spielte. „Damals kam die Nationalhymne nicht vom Band?“

2. Niemand im Stadion sang die Hymne mit. Auch nicht Helmut Schmidt und Walter Scheel, die vor dem Spiel zusammen mit gefühlt 50

anderen Leuten auf dem Platz alle Spieler begrüßten.

3. In der Nahaufnahme während der Hymne waren bei den Holländern sehr viele Halsketten zu sehen. Vom dezenten Silberschmuck bis zum bunten Hippiedings.

4. „Die haben alle die gleichen Frisuren.“ Gemeint waren mäßig lange Haare mit Seitenscheitel. „Bis auf den mit dem, na, wie heißt das? Afro? Aber wenn man keiner ist?“ Gemeint war Paul Breitner.

RUDI MICHEL SCHWEIGT
5. Der Kommentator Rudi Michel redete viel weniger und verkiff sich fast gänzlich die Emotionen. Nichts was mit legendären „Rahn müsste schießen...“ aus der Radioreportage von 1954 vergleichbar war. Manchmal ein oder zwei Minuten Stille.

6. Die Spieler waren bei Fouls völlig frei von Theatralik und standen meist schnell wieder. Sogar Hölzenbein bei seiner spieltscheidenden Halbschwabe, die zum Elfmeter führte.

Entsprechend wurden auch nur ein bis zwei Minuten nachgespielt.

7. Total genervt war meine Tochter von den dauernden Rückspielen zum Torwart, der den Ball dann mit der Hand aufnehmen durfte. Auch über die Masche (vor allem vom deutschen Sepp Maier), den Ball hinzulegen und wieder aufzunehmen, war sie entsetzt: „Das dürfen noch nicht mal wir“ – also die D-Jugend-Mädchen. Ich habe ihr erklärt, dass das verboten wurde, weil die Dänen es im EM-Finale gegen Deutschland damit übertrieben haben.

8. Was meine Tochter genauso irritierte, war das häufige „Übergeben“ des Balles. Statt zu passen, lief man aufeinander zu, und dann legte der eine dem anderen den Ball auf kürzester Distanz vor die Füße.

9. Beeindruckt war sie von Maiers weiten und kräftigen Abschlüssen. Dagegen fiel ihr das fast schon Manuel-Neuer-hafte Herauslaufen und Mitspielen des holländischen Torhüters Jan Jongbloed, das damals neuartig war, gar nicht auf, weil das heute normal ist.

10. Völlig fasziniert stellte sie irgendwann fest, dass Jongbloed keine Handschuhe trug. Googeln ergab, dass der Brite Gordon Banks 1970 in Mexiko der erste Nationaltorhüter war, der Torwarthandschuhe trug. Sepp Maier wiederum, daran erinnerte ich mich, entwarf zusammen mit Adidas sogar eigene Handschuhmodelle, darunter solche, die auf der Innenseite

Frottee hatten und mit denen man angeblich bei Regen besser den Ball festhalten konnte.

11. „Die lupfen aber cool, Papa!“ Ja, das macht man heute überhaupt nicht mehr, aber damals vor allem Beckenbauer ständig. Es brachte selten etwas. War eher eine Demonstration von Eleganz und Technik.

ULI HOENESS RENNT

12. „Papa, kann es sein, dass die schneller waren als heute?“ Zwar wurde insgesamt weniger gerannt, aber die Sprints insbesondere vom jungen Hoeness und von Bonhof sahen wirklich sehr rasant aus. Wir vermuten, dass es daran liegt, dass die Spieler „dünnere“ waren, also nicht solche schweren Bodybuildingpakete. Vielleicht wirkte es aber auch nur so, weil heute nicht mehr ständig Spieler mit dem Ball quer übers ganze Feld rennen.

13. Es gab fast nur hohe Bälle in den Strafraum, auch die modernen Holländer schlugen bei ihrem Dauerpressing in der zweiten Halbzeit die Dinger immer fast von der Mittellinie hoch rein und suchten Cruyff.

14. „Der Torwart sieht aus wie ein ganz normaler Spieler, nur in anderen Sachen.“ Auch hier meinte sie, glaube ich, dass die Torhüter heute meist besonders breite und wuchtige Typen sind. Sepp Maier war verglichen mit Neuer ja eher ein Hänfling. Die neu-modischen gepolsterten Torwarttrikots verstärken diesen Eindruck noch.

15. Wenig Posing mit dem Pokal hinterher, kein großes emotionales Getue mit Zum-Himmel-Blicken etc. nach dem Sieg. Man beglückwünschte sich und freute sich, machte aber keine Show daraus. Insta war noch nicht erfunden.

16. Einzige Ausnahme von 11: Sepp Maier, der irgendwann einfach den Pokal nicht mehr hergab und eine Ehrenrunde mit dem Pott einmal ums Stadion lief.

17. Es wurde weniger aus mittlerer Distanz geschossen. In Positionen, die heute definitiv zum Abschluss einladen, wurde oft noch mal gedribbelt oder gepasst. Besonders auffällig war das in der zweiten Halbzeit, als Uli Hoeness einmal quer, relativ unbedrängt den ganzen Strafraum entlang rannte und dann doch abgab. Das fiel uns besonders auf, weil im Finale 2014, das wir uns ein paar Tage später angesehen haben, Lionel Messi einen ganz ähnlichen Weg vor dem deutschen Strafraum ging, aber am Ende schoss.

Das Urteil der Expertin – sie hat in jeder Beziehung sowohl analytisch als auch spielerisch mehr Talent als ich es je hatte – fiel dann nach dem Finalvergleich ziemlich vernichtend aus: „Der Fußball von 2014 gefällt mir besser.“ Das zitiere ich hier auch, um mich vom Verdacht, religiöser Indoktrination freizuwaschen. Denn ich selbst kann natürlich die Namen der elf Spieler von 1974 noch heute herunterbeten wie das Vaterunser.